



BÜRGERGUTACHTEN
Glaube in der Stadt

Impressum

Verfasserinnen und Verfasser:

171 Bürger:innen der Stadt Düsseldorf

Auftraggeber:

Evangelischer Kirchenkreis Düsseldorf

Heinrich Fucks

Bastionstraße 6

40213 Düsseldorf

Unabhängige Durchführungsträgerschaft, Herausgabe, Zusammenfassung zu Texten, Diagrammen und Tabellen:

Bergische Universität Wuppertal

Yazgülü Zeybek, Jannos Karabotsos-Galonski, Simon Villa Ramirez

Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften

Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF)

Bendahler Straße 29

42285 Wuppertal

www.idpf.uni-wuppertal.de

Gestaltung, Infografiken, Satz und Layout:

okkool.berlin

Meike Bunten

Kantstr. 149

10623 Berlin

www.okkool.berlin

Zeichnungen und Graphic Recording:

Dipl. Designerin Antje Rieder

Schreinerstr. 9

42105 Wuppertal

www.graphic-recording.net

Logos auf den Seiten 4, 9, 122, 138:

Hüsch & Hüsch GmbH

Mühlradstraße 3-5

52066 Aachen

Druck:

Halm Kommunikation

Lönsstraße 9

42289 Wuppertal

Bilder:

Superintendent: Sergej Lepke

Trauerort: PSZ Düsseldorf e.V.

Parkour-Exerziten: Jugendkirche

Die Bilder der Teilnehmenden wurden für die Veröffentlichung von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern zur Verfügung gestellt.

Erschienen im Oktober 2021

Auflage: 300 Stück



GLAUBEIN DERSTADT

Bürgergutachten 2021



*Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Düsseldorf
Dr. Stephan Keller*

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Gutachten, das Sie aktuell in Händen halten, findet das von der Evangelischen Kirche Düsseldorf und der Bergischen Universität Wuppertal gemeinsam entwickelte Projekt zum Thema Glaube in der Stadt seinen Abschluss.

Ich selbst habe das Projekt gerne unter anderem mit Videobotschaften und durch die Übernahme der Schirmherrschaft begleitet und freue mich, dass es auf eine rege Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger stieß.

Alle Mitwirkenden haben sich mit ihren Ideen, mit ganz persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen eingebracht, um Impulse zu setzen und die vielfältigen Themen von Stadt- und Kirchenentwicklung mitzugestalten. Diese aktive Beteiligung spiegelt ein großes Vertrauen darauf wider, dass ihre Anregungen Gehör und Beachtung finden und aufgeschlossen erörtert werden.

Dieses Vertrauen, dieser offene Diskurs und die Chance auf Beteiligung sind Wesenselemente einer offenen, demokratischen, einander achtenden und wertschätzenden Gesellschaft. Dafür gilt mein Dank den Bürgerinnen und Bürgern, die mitgemacht haben.

Ich danke zudem den Initiatorinnen und Initiatoren der Evangelischen Kirche Düsseldorf und der Bergischen Universität Wuppertal, dass sie sich dieses Themas angenommen, den Dialog mit den Gläubigen und anderen Interessierten begonnen und auch dabei neue Beteiligungsformate wie Planungszellen genutzt haben.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre und der Evangelischen Kirche in Düsseldorf alles Gute dabei, die gewonnenen Erkenntnisse in ihre segensreiche Arbeit zum Wohle der Menschen in Düsseldorf einfließen zu lassen.

A handwritten signature in black ink, which reads "Stephan Keller". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Düsseldorf

Liebe Lesende,

die Evangelische Kirche ist von Hause aus auf Teilhabe und Dialog angelegt. Ihre Leitungsorgane sind durch demokratische Wahlen legitimiert, Gemeindeversammlungen binden die Gemeinde in Entscheidungsprozesse ein. Auf kommunaler Ebene wirken Vertreter:innen der Evangelischen Kirche und ihrer Diakonie in Stadtteilkonferenzen und anderen Gremien mit. Man könnte meinen dieser formelle innerkirchliche wie kommunale Austausch würde hinreichend Möglichkeiten bieten Gemeinde und Kirche in Düsseldorf innerkirchlich und kommunal im Gespräch und Austausch zu halten. Diese Meinung teilte die Mehrheit der Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf nicht, als sich die Synode dafür aussprach, das Bürgergutachten zu beauftragen. Sie folgte der Einsicht, dass es weiterer Möglichkeiten bedarf den Dialog von Stadtgesellschaft und Evangelischer Kirche zu fördern und auch innerkirchlich ins Gespräch zu kommen und zu bleiben.

Ein erster Anlauf im vergangenen Jahr lief unter den Bedingungen der Covid 19 Pandemie ins Leere. Dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung bin ich dankbar – namentlich Prof. Hans J. Lietzmann und Yazgülü Zeybek - dass auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie ein digitaler Weg gefunden wurde, die Schritte zur Erstellung des vorliegenden Gutachtens zu gehen. Dankbar bin ich für die Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf und danke Thomas Geisel und Dr. Stephan Keller, dass sie als Oberbürgermeister unserer Stadt jeweils die Schirmherrschaft übernommen haben. In der Evangelischen Kirche im Rheinland findet das Vorgehen Interesse und Unterstützung. Seitens der Kirchenleitung haben Manfred Rekowski und Dr. Thorsten Latzel die kirchliche Schirmherrschaft als Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland übernommen. Ihnen danke ich für ihr Engagement.

Dank gilt den Expert:innen, die am Entstehen mitgewirkt haben. Ganz besonders danke ich den Teilnehmer:innen, die sich 4 Tage Zeit für ihre Stadt und die Evangelische Kirche in Düsseldorf genommen haben. Ihre Hinweise, Anregungen und Nachfragen werden uns helfen unseren Ort in der Stadt in einer Zeit großer Veränderungen zu finden und Kontur hervortreten zu lassen. Die Ergebnisse sind über den Kreis der Evangelischen Kirche, der Kirchen und Religionsgemeinschaften von Interesse. Viele der angesprochenen Themen und Fragen sind nur in Kooperation oder von kommunaler Seite anzugehen. Darauf und die Arbeit mit dem Gutachten in der Kreissynode und darüber hinaus freue ich mich sehr. Den Leser:innen des Gutachtens wünsche ich eine aufschlussreiche Lektüre.

Heinrich Fucks
Superintendent



*Superintendent
des Evangelischen
Kirchenkreises
Düsseldorf
Heinrich Fucks*

Vorwort der unabhängigen Durchführungsträger



Prof. Dr. Hans J. Lietzmann

Wie in unserer Gesellschaft gedacht und gehandelt wird, ist einem ständigen Wandel unterworfen. Das gilt umso mehr dort, wo es um innere Haltungen geht. Besonders in unseren vielfältigen Stadtgesellschaften. Mentalitäten und Einstellungen liegen nicht offen zutage, sondern kommen nur im vertrauten Gespräch und in geschützten Räumen unseres Miteinanders zur Sprache. Als IDPF haben wir gerne die Aufgabe übernommen, einen solchen vertrauensbildenden Diskussionsraum für die Frage nach den Glaubensorientierungen in Düsseldorf zu organisieren.



Yazgülü Zeybek, M.Sc.

Die Planungszelle ist ein solcher Diskussionsraum, bei dem ein breiter Querschnitt der Einwohnerschaft eingeladen wird, mehrere Tage für ihr Gemeinwesen aktiv zu werden. Erreicht wird dies durch eines der ältesten demokratischen Prinzipien: das Losverfahren. Die Zufallsauswahl ermöglicht eine vielfältige Zusammensetzung aus allen Altersgruppen und Interessenschwerpunkten und bindet sogar solche Menschen ein, die sich möglicherweise nie in dieser Weise mit dem Thema Glaube in der Stadt auseinandergesetzt hätten. Im gemeinsamen Gespräch und Austausch miteinander, mit jeweils eigenen Erfahrungen und gemeinsam herausgebildeten Hintergrundinformationen haben sie Empfehlungen für die Zukunft der Evangelischen Kirche in Düsseldorf ausgesprochen.

Dieses Bürgergutachten fasst die Ziele und Einschätzungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen. Es dokumentiert zudem den Weg zu den Vorschlägen und Empfehlungen und gibt Daten über die Beteiligten und ihre Bewertung des Verfahrens wieder.

Den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern danken wir herzlich für ihre Arbeit und dafür, dass wie in so freundlicher, offener und konzentrierter Arbeitsatmosphäre mit ihnen und für sie arbeiten durften. Wir danken ihnen auch dafür, dass sie sich auf die Zusammenarbeit im digitalen Raum eingelassen haben, denn das ist nicht für alle selbstverständlich oder einfach.

Der Evangelischen Kirche Düsseldorf, Superintendent Heinrich Fucks sowie den weiteren Mitgliedern des Kreissynodalvorstandes, Heike Schneiderei-Mauth und Dr. Martin Fricke, danken wir für ihr Vertrauen. Zudem bedanken wir uns herzlich bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller für die Schirmherrschaft. Wir wünschen der Evangelischen Kirche Düsseldorf ebenso wie der Stadt Düsseldorf gutes Gelingen bei der Verwirklichung der Empfehlungen und Anregungen des Bürgergutachtens.

Für die gute Zusammenarbeit haben wir vielen herzlich zu danken, ganz besonders der Pressestelle und Superintendentur des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf, den Referentinnen und Referenten des Verfahrens, den unterschiedlichen Organisationen, die ihre Türen für die Exkursionen geöffnet haben und der Volkshochschule Düsseldorf.

Bei dem Bürgergutachten handelt es sich um Empfehlungen und Anregungen zum Konkreten und Sichtbaren, aber auch zu Grundsätzen und Leitlinien, organisatorischen Aspekten und Zukunftsszenarien. Dazu gehören die Fragen: Welche Rolle spielt Glaube in einer Stadt wie Düsseldorf? Welche Werte sollte die Evangelische Kirche in Düsseldorf verkörpern? Wie kann die Evangelische Kirche Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit bieten?

Diese und viele anderen Fragen lassen sich nicht mit ja oder nein beantworten; ihnen geht dieses Bürgergutachten nach und gibt Antworten aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kirchenmitglieder.

Was hier vorliegt, sind die Ergebnisse der 171 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, die damit der Evangelischen Kirche Düsseldorf und der Stadt Düsseldorf ihr Gutachten präsentieren.

Institut für Demokratie- und
Partizipationsforschung

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann
und **Yazgülü Zeybek** Projektleitung

Inhaltsverzeichnis

WIEVIELKIRCHE
BRAUCHTDIESTADT?



Verfahren	11
Auftrag und Verfahren.....	11
Bürgergutachten durch Planungszellen	12
Bürgergutachten Glaube in der Stadt	14
Ablaufplan	17
Phase I	18
Mitwirkende	19
Arbeitsprogramm	22
Ergebnisse der Phase I	29
Phase II	64
Mitwirkende	65
Arbeitsprogramm	68
Ergebnisse der Phase II	78
Anhang	122
Verfahrensbewertung.....	123
Teilnehmendenstatistik	138

Schlüsselergebnisse

DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DÜSSELDORF IM JAHR 2035

- setzt sich ein für die Bewahrung der Schöpfung durch vorbildhafte Beiträge zum Klimaschutz und zur Biodiversität,
- zeigt unverwechselbare und selbstbewusste Präsenz im öffentlichen lokalen Raum,
- kehrt zurück zur echten Gemeinnützigkeit und trennt sich von Profit-Centern,
- verkörpert eine Wertegemeinschaft und vertritt ihre Werte authentisch ohne zu missionieren,
- ist offen, digital und nahbar,
- stärkt die Transparenz und ihre Glaubwürdigkeit,
- ist „Kirche für alle“ – tolerant, vorurteilsfrei und barrierefrei,
- predigt weniger und handelt mehr.

IHRE ZUKÜNFTIGEN SCHWERPUNKTE SOLLTEN SEIN:

- die maßgeschneiderte Betreuung von Jugendlichen in Sprache, Projekten und Aktion,
- die Seelsorge als lebensbegleitende und geistlich-spirituelle Begleitung vor Ort in allen Lebensphasen,
- die Mitmenschlichkeit und Fürsorge,
- der Ausbau aller bestehenden Angebote, die besser an Zielgruppen gebracht werden sollen,
- die persönliche Ansprache und eine Willkommenskultur,
- die Verknüpfung der Religionen als Mitgestalter des Miteinander aller Glaubensrichtungen,
- die Öffentlichkeitsarbeit, denn die Kirche sollte ihre Arbeit stärker präsentieren,
- die Leitlinien Inklusion, Diversität, Integration, Weltoffenheit und Antidiskriminierung als Verfechter demokratischer und sozialer Werte,
- eine klare Positionierung, laute Stimme und dementsprechendes Handeln
- eine Vorreiterrolle in der Bildung, sodass die Kirche für alle Menschen eine moderne Bildungsplattform bietet.

[mehr auf den Seiten 112-121](#)

Verfahren

Auftrag und Verfahren

Die Bedeutung von Glaube und Kirche in der Gesellschaft, insbesondere in städtischen Kontexten, durchläuft einen tiefgreifenden Wandel. Die Evangelische Kirche, ebenso wie andere Konfessionen, Glaubensrichtungen und organisierte Religionsgruppen, ist mit einer zunehmend säkularen Umgebung konfrontiert. Auch andere Entwicklungen – wirtschaftlicher, kultureller, demografischer, politischer Art – treffen die Evangelische Kirche. Dies erfordert ein Um- und Neudenken bestehender Strukturen und Abläufe.

Die Evangelische Kirche möchte sich vor dem Hintergrund dieser weitreichenden Veränderungen in der Gesellschaft neu aufstellen und diesen Transformationsprozess mit den Menschen in Düsseldorf gemeinsam gestalten. Deshalb beauftragte sie ein umfangreiches Beteiligungsverfahren, das weit über eine Mitgliederbefragung hinausgeht. In zwei Phasen und mit bis zu 200 Düsseldorferinnen und Düsseldorfern sollte in der Beteiligung herausgearbeitet werden, was Lebensqualität in Düsseldorf ausmacht und wie die Evangelische Kirche dazu beitragen kann. Damit unterschiedliche Vorstellungen von einem guten Leben in der Stadt und der Rolle der Evangelischen Kirche berücksichtigt werden, wurden bis zu 100 Menschen aus der Stadtgesellschaft, unabhängig davon ob oder an was sie glauben, sowie bis zu weitere 100 Menschen, die Mitglieder der Evangelischen Kirche sind, gebeten sich zu beteiligen. Etwa ein Viertel der Mitwirkenden sollten junge Menschen im Alter von 14 bis 28 Jahren sein, damit auch die Meinung der jüngeren Generationen Beachtung findet.

Den Auftrag für die Durchführung der Beteiligung erhielt das Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal mit seinem Beteiligungskonzept „Bürgergutachten durch Planungszellen“.

Bürgergutachten durch Planungszellen

Das Beteiligungsverfahren Planungszelle wurde Anfang der 1970er-Jahre an der Bergischen Universität Wuppertal entwickelt. Professor Peter C. Dienel konzipierte es so, dass es die Bürgerrolle optimal verwirklichen sollte. Was ist das Besondere an diesem Bürgerbeteiligungsverfahren?

In dem Bestreben, Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungsprozesse beratend einzubinden und dazu auf ihre Meinung, Erfahrung und Kompetenz zurückzugreifen, ist der Leitgedanke der Planungszelle wohl am besten ausgedrückt. Informiertheit, Gemeinwohlorientierung und gründliche Beratung prägen das Verfahren und ermöglichen die Einbindung von unterschiedlichen Bevölkerungsschichten mit ihren jeweiligen Perspektiven.

Wesentliche Eigenschaften des Verfahrens sind:

- Die Teilnehmenden werden im Zufallsverfahren ausgewählt. Dadurch werden Menschen angesprochen und eingeladen, die sich sonst vermutlich nicht beteiligt hätten. In diesem Bürgergutachten wurden die Teilnehmenden für die städtischen Planungszellen aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Düsseldorf ausgewählt: ab 14 Jahren und unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Religion. Die Teilnehmenden der evangelischen Planungszellen wurden aus dem Melderegister der Evangelischen Kirche ausgewählt. Die Teilnehmenden der Jugend-Planungszellen wurden sowohl aus dem städtischen als auch dem kirchlichen Melderegister bestimmt, jedoch aus einer Altersspanne von 14 und 28 Jahren.
- Diejenigen, die teilnehmen möchten, werden dabei unterstützt. Dazu erhalten sie auch entweder eine Aufwandsentschädigung oder Bildungsurlaub. Es handelt sich nämlich um ernsthafte Arbeit im Dienst des Gemeinwesens.

- Die Teilnehmenden arbeiten in Planungszellen, das sind Gruppen von jeweils ungefähr 25 Personen, die vier Tage zusammenbleiben und ihr Arbeitsprogramm absolvieren. Um eine höhere Repräsentanz der Ergebnisse zu erzielen, finden mehrere Planungszellen statt, die unabhängig voneinander das gleiche Arbeitsprogramm durchlaufen und die gleichen Themen bearbeiten. Dadurch können zufällige Einflüsse und Verzerrungen in den Ergebnissen minimiert werden.
- Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter werden von Fachleuten und Interessenvertretungen möglichst vielseitig bis kontrovers informiert, damit die Bandbreite von Sichtweisen, Erkenntnissen und Interessen spürbar wird.
- Der Austausch der Teilnehmenden untereinander ist eines der wichtigsten Elemente; so können Wissen, Meinungen und Lebenserfahrungen miteinander geteilt werden – ein Unterschied zu bloßen Meinungsabfragen. In dieser wertvollen Diskussionszeit lernen die Teilnehmenden sich und die Motive und Werte der anderen besser kennen. Dies funktioniert am besten in Kleingruppen von je fünf Personen, die immer wieder neu zusammengesetzt werden.
- Das Arbeitsprogramm ist so vorbereitet und aufgebaut, dass möglichst effizient und verdichtet gearbeitet werden konnte. Es enthält die Themen, genaue Zeitpläne, die Referentinnen und Referenten, die Fragen und Aufgaben für die Kleingruppen und Leitfäden für die Prozessbegleitung und Tagungsassistenzen.
- Die Vorbereitung des Arbeitsprogramms, Verantwortung für die Auswahl der Referentinnen und Referenten, Prozessbegleitung und Tagungsassistenten, Auswertung, Verdichtung der Ergebnisse sowie das Schreiben des Bürgergutachtens liegen in den Händen des unabhängigen Durchführungsträgers, hier dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung an der Bergischen Universität Wuppertal.
- Jedes Bürgergutachten wird veröffentlicht.

Bürgergutachten Glaube in der Stadt

Dieses Bürgergutachten wurde von 171 Düsseldorferinnen und Düsseldorfern erarbeitet. Es stellt die Beteiligung und Ergebnisse aus zwei Arbeitsphasen dar: Die erste Phase fand im April, die zweite Phase im Juni und Juli 2021 statt. In beiden Phasen haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in jeweils vier digitalen Planungszellen zusammengearbeitet.

Im Folgenden wird das Verfahren genauer vorgestellt. Darauf folgt die Darstellung der Mitwirkenden, des Arbeitsprogramms und der Ergebnisse aus Phase I und Phase II. Abschließend sind die Teilnehmenden-Statistik und die Verfahrensbewertung im Anhang abgedruckt.

Phase I

Planungszelle 1 + 2	07. bis 10. April 2021
Planungszelle 3 + 4	12. bis 15. April 2021

Phase II

Planungszelle 1 + 2	30. Juni bis 03. Juli 2021
Planungszelle 3 + 4	05. bis 08. Juli 2021

**Im Rahmen des gesamten Beteiligungsverfahrens
„Bürgergutachten Glaube in der Stadt“ fanden statt:**

1. eine große öffentliche Auftaktveranstaltung mit anschließender Beteiligungsmöglichkeit über Postkarten und das Internet im Februar 2020
2. ein Runder Tisch zur Besprechung des Arbeitsprogramms im Februar 2020

Planungszellen geplant im April und August 2020; Verschiebung aufgrund der Corona-Pandemie in das Jahr 2021

3. acht Planungszellen zu je vier Tagen in zwei Phasen; Phase I im April und Phase II im Juni und Juli 2021.

Zur Auftaktveranstaltung am 13. Februar 2020 im Plenarsaal des Düsseldorfer Rathauses war die gesamte Öffentlichkeit eingeladen. Zu Anfang des Abends begrüßte Oberbürgermeister Thomas Geisel als Schirmherr die eingeladenen Gäste. Superintendent Heinrich Fucks umriss die Beweggründe für die Beauftragung des Bürgergutachtens und den Rahmen für die Bürgerbeteiligung und das IDPF stellte das Verfahren vor. Nach einer ausführlichen Frage- und Diskussionsrunde folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wieviel Kirche braucht die Stadt?“. Hier diskutierten Manfred Rekowski, ehemaliger Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Dirk Sauerborn, Polizeihauptkommissar und Mit-Initiator von Lobby für Demokratie in Düsseldorf, Maria Fischer, Vorsitzende des Düsseldorfer Bundes Katholischer Unternehmer, Jonas Einck, Vorsitzender der Evangelischen Jugend Düsseldorf und Samuel Coppes, Gemeindegründer im Düsseldorfer Süden.

Die Postkarten mit Informationen zur Beteiligung wurden in den Tagen danach in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen zur Mitnahme ausgelegt. Gleichzeitig konnte auf www.wieviele-kirche-braucht-die-stadt.de jede und jeder Interessierte seine Meinung und Anregungen zu Stadt- und Kirchenentwicklungen einsenden.

Der Runde Tisch am 14. Februar 2020 ermöglichte es den Expertinnen und Experten, Verbänden und politischen Akteuren ihre Anliegen strukturiert und verdichtet für die weitere Beteiligung bereitzustellen.

Nochmals wurde das Verfahren kurz vorgestellt. Dann brachten alle etwa zwanzig Vertreter:innen von Vereinen, Verbänden, Kultureinrichtungen und Kommunalpolitik in kurzen Stellungnahmen ihre Anliegen ein. Diese wurden erfasst und später für die Vorbereitung der Planungszellen herangezogen. Wie bei jedem Bürgergutachten gab es auch interessante Themen, die trotz vergleichsweise viel Zeit (vier Tage) nicht vertieft behandelt werden konnten. Dazu gehörte beispielsweise der Umgang mit Säkularisierung und Atheismus. Im Frühjahr traf die Covid-19-Pandemie auch das Bürgergutachten. Die Zufallsauswahl der Teilnehmenden konnte zwar noch vor der Pandemie getroffen werden und die ausgelosten Personen erhielten im Frühjahr 2020 ihre Einladung, sich im April an dem Verfahren zu beteiligen. Doch aufgrund des dann folgenden Kontaktverbotes und der allgemeinen Unsicherheit in der Gesellschaft konnten die Planungszellen nicht durchgeführt werden. So wurde entschieden, die Planungszellen, das Herzstück des gesamten Verfahrens, auf das Jahr 2021 zu verschieben. Da auch im Frühjahr und Sommer 2021 die Pandemie weiterhin das öffentliche Leben bestimmte, wurden die Planungszellen erstmals digital durchgeführt. So konnten etwa 25 Personen je Planungszelle in einem „digitalen Raum“ zusammenkommen und miteinander in einen Austausch treten.

Die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Teilnahme für April 2020 zugesagt hatten, konnten stattdessen im April 2021 im Verfahren mitwirken. Zusätzlich wurde zu Jahresbeginn eine neue Zufallsauswahl unter der Düsseldorfer Bürgerschaft und Mitgliedern der Evangelischen Kirche getroffen und zur Teilnahme eingeladen.

Die Besonderheit in diesem Verfahren: Da aufgrund des Corona-Infektionsschutzes ein Treffen vor Ort im Haus der Kirche in Düsseldorf nicht möglich war, wurden die Planungszellen erstmals digital als Videokonferenz durchgeführt.

Ablaufplan

Das Arbeitsprogramm enthält 16 Arbeitseinheiten von jeweils einer Stunde bis eineinhalb Stunden Dauer. Diese Arbeitseinheiten sind auf den nächsten Seiten genauer beschrieben.

Ein typischer Ablauf ist so:

- 15 bis 30 Minuten Impulsreferate
- 10 bis 20 Minuten sachliche Nachfragen in der Planungszelle
- Auslösen der Teilnehmenden auf fünf Kleingruppen zu je ungefähr fünf Personen
- Bearbeitung einer Aufgabe in den Kleingruppen:
 - Diskussion und Einigung in der Kleingruppe auf die wichtigsten oder besten Vorschläge
 - Vorstellung der Vorschläge aller Kleingruppen wieder in der Planungszelle
 - Bewertung der Vorschläge durch jede einzelne Bürgergutachterin und jeden einzelnen Bürgergutachter, anonym und individuell mithilfe einer Abstimmungssoftware.

Auf diese Weise ergänzen sich Großgruppen-, Kleingruppen- und Einzelarbeit und haben die Teilnehmenden Gelegenheit, immer wieder in Austausch zu treten, aber auch ihre eigenen Gedanken und Willensimpulse deutliche zu machen und einzubringen.

Das Verfahren hat sich seit den 1970er-Jahren auf allen Ebenen von der Kommune bis zur Europäischen Union und zu vielen Fragen von der Gestaltung einer Straße über viele Planungsfragen bis zur Gesundheits- und Verbraucherpolitik sowie zur Zukunft der ländlichen Räume in Europa bewährt.



**Bürgergutachterinnen
und Bürgergutachter
der Phase 1**

Phase I Mitwirkende

Vorbemerkungen zum besseren Verständnis

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wurden durch ein elektronisches Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Kirchenregister der Evangelischen Kirchengemeinde Düsseldorf bestimmt. Ziel war es, etwa 100 Teilnehmende zu erreichen – vier Planungszellen zu je 25 Personen. Die eingeladenen Personen erhielten einen persönlichen Einladungsbrief des IDPF, ein Anschreiben des Oberbürgermeisters und eine Antwortpostkarte. Diese konnten sie an das IDPF zurücksenden. Sie konnten sich auch telefonisch oder per E-Mail anmelden.

Zeitgleich mit den Einladungen half die Volkshochschule Düsseldorf, die Veranstaltung als Bildungsveranstaltung einzurichten, zur Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung (nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz). Zudem wurde das gesamte Verfahren von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannt, sodass Landes- und Bundesbeamte Sonderurlaub beantragen konnten.

Die Zusammensetzung der Planungszellen

Die Zusammensetzung der Planungszellen unterschied sich: Planungszelle 1 und 4 („städtische Planungszellen“) waren Teilnehmende ab einem Alter von 14 Jahren und wurden aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt. In Planungszelle 2 („städtische Jugendplanungszelle“) waren Teilnehmende von 14 bis 28 Jahren, deren Adressen ebenso zufällig aus dem städtischen Einwohnermelderegister gezogen wurden. Die Planungszelle 3 („evangelische Planungszelle“) wurde aus dem Kirchenregister bestimmt – also aus dem Kreis der Mitglieder der Evangelischen Kirche Düsseldorf – und setzte sich aus Teilnehmenden ab 14 Jahren zusammen. Am Verfahren nahmen 81 Personen teil, da einige kurzfristig absagen mussten.

Planungszelle 1	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren
Planungszelle 2	„städtisch-jugendlich“, Einwohnermelderegister, 14-28 Jahre
Planungszelle 3	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 4	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

Gabriel Marcel Abu Rabia

Onur Acikgöz

Ira Maria Fatima Ischah Mohamed Amin Abdel Aziz

Barbara Blazejak

Hannah Linea Boecker

N. N.

Jens Bunde

Leonie Bäumer

N. N.

Michael Büßelmann

Silvia Camara Varandas

N. N.

Kurt Danner

Gabriele Anna Dressel

Brigitte Eisenhauer-Braun

Kaoutar El Hadiyin

Claudia Elfert

Rosalie Engler

Volker Erb

Renata Fantinel Spindler

Gudrun Felder

Sonja Friedrich

Kathrin Geldmacher

Jutta Giovannoni

Fabian Ernesto Grebert Perez

Rüdiger Griep

Tanja Gries

Doris Gölz

Petra Haase

Joel Hansen

Astrid Hantke

N. N.

Birgit Heilmann

Bernd Helbig

Jet Hendriks

Gabriele Henke

Janine Indeché

Jan Irlenkaeuser

Karin Jungjohann

Regina Kerwien

Tristan-Philipp Kinner

Renate Koch-Metge

Tim Kunkel

Sotirios Lagopatis

Soraya Lashkari

Beatrice Lindecke

Monika Lohmann-Riemer

Klas Lorenz

Annika Maus

Sven Messerschmid

Angelina Monego

Raagavan Muruganathan

Kjamil Musliji-Schumacher

Emma Friederike Nagerski

Celina Nothen

Maya Kiara Pinto Hahn

Heike Ransome-Jones

Selbi Rasulova

Beata Rauschnig

Thomas Ribaucourt

N. N.

Erika Rubinstein

Raphaëla Rödel

Mohamed Hany Abdelhamid Ayoub Sabry

Marion Schmidt

Olga Schneider

Janne Scholten

Kay Schweden

Jennifer Schwohl

Antonia Schäfer

N. N.

Annette Szczygielski

Verena Tan

Dominique Thiess

Shipra Tholia

Natalie Thurn

Ulrike Tiepermann

Lasse Vogt

Stefan Vonderstein

Lena Wegner

Emma Whitehouse

Die Referentinnen und Referenten

Anja Bierwirth,
Wuppertal Institut

Achim Blackstein,
*Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Hannovers*

Klaus Burmeister,
Zukunftsforscher, ForesightLab

Heinrich Fucks, Superintendent,
Evangelische Kirche Düsseldorf

Rainer Gallus,
Handelsverband NRW

Nada Haddou-Temsamani,
Jugendrat Düsseldorf

Esther Heckmann,
Baukultur NRW

Dr. Stephan Keller,
Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf

Holger Kirchhöfer,
Initiativkreis Armut in Düsseldorf

Dr. Ursula Kleefisch-Jobst,
Baukultur NRW

Prof. Dr. Georg Lämmlin,
*Sozialwissenschaftliches Institut der
Evangelischen Kirche Deutschland*

Jochen Molck,
zakk Düsseldorf

Gudrun Nolte,
*Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
(KDA) der Nordkirche*

Carina Peretzke,
Handelsverband NRW

Julia Ritter,
„hallo nachbar!“

Margit Risthaus,
zentrum plus Benrath

Tara Runze,
Fridays for Future Düsseldorf

Hans Rusinek,
Transformationsforscher

Dirk Sauerborn,
Lobby für Demokratie e.V.

Mark Schimmelpfennig,
AWO Düsseldorf

Heike Schneidereit-Mauth,
*Kreissynodalvorstand,
Evangelische Kirche Düsseldorf*

Erik Stephan,
Jugendrat Düsseldorf

Das Team des IDPF

Natalie Hoost
Sabrina Hosono, M.A.
Jonas Klein
Joel Müller
Dipl. biol. Timo Rieg
Simon Villa Ramirez
Nils Wadenpohl, M.A.
Yazgülü Zeybek, M.Sc

Arbeitsprogramm

In zwei aufeinanderfolgenden Wochen tagten jeweils zwei Planungszellen im Abstand von einer Stunde. Die ersten beiden Planungszellen tagten vom 07. bis 10. April 2021, also von Mittwoch bis Samstag, von morgens bis spätnachmittags. Die dritte und vierte Planungszelle tagte jeweils vom 12. bis 15. April 2021, also von Montag bis Donnerstag, ebenso von morgens bis zum späten Nachmittag. Zwischen den einzelnen Arbeitseinheiten hatten die Teilnehmenden Kaffee- oder Mittagspause. Zuvor hatte die Evangelische Kirche Düsseldorf den Teilnehmenden ein Päckchen mit kleinen Aufmerksamkeiten, wie Tee und Schokolade, zugeschickt.

Die Teilnehmenden wählten sich in die Videokonferenz über die Software „Zoom“ ein. Einigen Teilnehmenden, die zuhause nicht die Möglichkeit einer digitalen Teilnahme hatten, wurde ein ausgestatteter Arbeitsplatz im Haus der Kirche zur Verfügung gestellt. Zudem gab es die Möglichkeit für die Teilnahme von zuhause technische Ausstattung, z. B. ein Headset oder eine Kamera, zu erhalten, falls diese nicht verfügbar war.

Jede Planungszelle wurde betreut von einem Prozessbegleiter oder einer Prozessbegleiterin, einer Tagungsassistenz sowie einer Person, die zuständig für die technische Unterstützung war.

PZ 1+3 PZ 2+4	Tag 1	Tag 2	Tag 3	Tag 4
08:00 – 09:00 09:00 – 10:00	<i>Arbeitseinheit 01:</i> Begrüßung und Einführung	<i>Arbeitseinheit 05:</i> Start-Plenum	<i>Arbeitseinheit 09:</i> Start-Plenum	<i>Arbeitseinheit 13:</i> Teilhabe und Mitwirkung
09:30 - 11:00 10:30 – 12:00	<i>Arbeitseinheit 02:</i> Weltbilder und Orientierung im städtischen Leben	<i>Arbeitseinheit 06:</i> Die soziale Stadt Armut & Reichtum	<i>Arbeitseinheit 10:</i> Sonntagsruhe Städtische Arbeitswelt	<i>Arbeitseinheit 14:</i> Gesellschaft im Wandel! Von Digitalisierung bis Klimawandel
12:30 – 14:00 13:30 – 15:00	<i>Arbeitseinheit 03:</i> Lebenswenden und Rituale	<i>Arbeitseinheit 07:</i> Lebensräume Raum und Wohnen	<i>Arbeitseinheit 11:</i> Freizeit & Gemeinschaft	<i>Arbeitseinheit 15:</i> Schlussempfehlungen
15:00 – 16:00 16:00 – 17:00	<i>Arbeitseinheit 04:</i> Exkursion Gesundheit und Gemeinschaft	<i>Arbeitseinheit 08:</i> Exkursion Jung & Alt & alles dazwischen	<i>Arbeitseinheit 12:</i> Im Gespräch mit Superintendent und Oberbürgermeister	<i>Arbeitseinheit 16:</i> Verabschiedung und Ausklang

Arbeitseinheit 01 **Begrüßung & Einführung**

Zu Beginn begrüßte der Schirmherr des Bürgergutachtens, Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, die Teilnehmenden in einer Video-Ansprache. Er dankte ihnen für die Mitwirkung und dafür, dass sie auf diesem Weg gesellschaftliche Verantwortung für die Stadt übernehmen. Der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf, Heinrich Fucks, erläuterte den Teilnehmenden die Beweggründe, weshalb sich die Evangelische Kirche Düsseldorf entschloss, erstmals ein Bürgergutachten durch Planungszellen in Auftrag zu geben. Er wünschte den Teilnehmenden spannende neue Einblicke, Erfolg und Spaß.

Nach einer kurzen Darstellung über die Verschiebung des Verfahrens aufgrund der Covid-19-Pandemie und über die digitale Durchführung, führte die Prozessbegleitung des IDPF durch den Ablauf und die Organisation des Verfahrens.

Arbeitseinheit 02 **Weltbilder & Orientierung** **im städtischen Leben**

Der Einstieg in die inhaltliche Arbeit des Bürgergutachtens begann mit der zweiten Arbeitseinheit und dem Thema, Weltbilder und Orientierungen, die das Leben in Düsseldorf prägen. Der Publizist und Transformationsforscher Hans Rusinek gab den Teilnehmenden einige philosophische und emotionale Impulse zur Bedeutung einer Stadt für ihre Menschen. Menschen brauchen die Stadt nicht nur für ihre Grundbedürfnisse wie Essen und Obdach, sondern auch als Raum, um ihre Vorstellungskraft, Kreativität und Solidarität zu entwickeln. Die Gemeinschaft der Unterschiede mache eine Stadt, in der es „glatte“ und „raue“ Berührungspunkte gebe, besonders.

Die Kleingruppen diskutierten daraufhin, welche Werte und Grundhaltung Menschen in Düsseldorf als bereichernd erleben könnten.

Die Arbeitseinheiten



Arbeitseinheit 03 **Lebenswenden & Rituale**

Mit den Lebenswenden, die alle Menschen erleben, Geburt, Jugend, Partnerschaft und Tod, setzten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in der dritten Arbeitseinheit auseinander. Der Referent, Prof. Dr. Georg Lämmelin, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche Deutschland, stellte die Grundfragen vor, die sich während der unterschiedlichen Lebenswenden ergeben. Insbesondere die Frage, welche Rolle Glaube zu diesen Wendepunkten im Lebens eines Einzelnen spielt, wurde im Kontext von freien Ritualen ebenso wie den kirchlichen Ritualen – den sogenannten Kasualien – thematisiert. Herr Prof. Lämmelin wies zudem darauf hin, dass sich immer wieder neue Rituale formen, wie z. B. bei der Einschulung oder beim Renteneintritt.

In den Kleingruppen sprachen die Teilnehmenden anschließend genauer über die Frage, welche Möglichkeiten der spirituellen, rituellen und seelsorglichen Begleitung es für die unterschiedlichen Lebenswenden geben sollte.

Arbeitseinheiten 04/05 Exkursion Gesundheit & Gemeinschaft und Start-Plenum

Die Arbeitseinheit 04 wurde als Spaziergang gestaltet, da sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Corona-Infektionsschutzmaßnahmen nicht mehr als zwei Haushalte draußen treffen durften. Den Spaziergang im eigenen Stadtbezirk, am Rhein oder in der Natur nutzten die Teilnehmenden für eine Reflexionsphase zum Thema Gesundheit und Gemeinschaft. Insbesondere mit Blick auf das vergangene Jahr unter schwierigen Bedingungen erhielt das Thema Gesundheit eine andere Bedeutung und war manchmal mit den Bedürfnissen der Gemeinschaft nicht in Einklang zu bringen. Für diese Arbeitseinheit reflektierten die Teilnehmenden über ihre eigene, subjektive Erfahrung und sollten überlegen, welche persönliche seelsorgliche Unterstützung Menschen im vergangenen Jahr gebraucht haben und welche Unterstützung sie selbst dafür eingebracht haben.

Zu Beginn des nächsten Tages führte Achim Blackstein, Beauftragter für digitale Seelsorge in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover in Arbeitseinheit 05 in einem Impulsvortrag in das Thema Seelsorge ein. Die Teilnehmenden konnten – selbstverständlich freiwillig – von ihren Eindrücken und Erfahrungen des vergangenen Jahres erzählen. Die Beiträge wurden, anders als bei den anderen Arbeitseinheiten, nicht bewertet, da sie sehr subjektive Erfahrungen abbildeten. Das Gespräch und die Berichte wurden während des Start-Plenums von einer Grafikerin in Form eines Graphic Recordings, einer Art zeichnerischem Protokoll, aufgezeichnet. Die Zeichnungen finden sich unter den Ergebnissen auf [Seite 36-37](#).

Arbeitseinheit 06 Die soziale Stadt

Zum Thema „Die soziale Stadt – Armut & Reichtum“ hielten Mark Schimmelpfennig, Referent der Kreisgeschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Düsseldorf und Holger Kirchhöfer, aus dem Initiativkreis Armut Düsseldorf, einen Kurzvortrag. Diese Arbeitseinheit thematisierte die Armut und soziale Ungleichheit in einer – auf den ersten Blick – wohlhabenden Stadt wie Düsseldorf. Herr Schimmelpfennig führte die unterschiedlichen Armutsfaktoren aus, wie ein niedriges Bildungsniveau, Wohnungslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit sowie Alter oder alleinerziehender Status, und stellte dabei die Arbeit und Angebote der AWO Düsseldorf vor. Herr Kirchhöfer trug wichtige Zahlen und Fakten rund um das Thema Armut auf der Welt und in Düsseldorf vor. Er berichtete von der Arbeit des Initiativkreises Armut und der Altstadt-Armenküche, die insbesondere während der Corona-Zeit lebenswichtig für viele Menschen war.

Nach den Vorträgen setzten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen mit der Frage auseinander, wie soziale Teilhabe im Quartier und in der Stadt gesichert werden kann.

Arbeitseinheit 07 Lebensräume

Die Lebensräume in Düsseldorf neu zu denken, war das Thema der nächsten Arbeitseinheit. Die Referentinnen setzten unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Vorträgen. Anja Bierwirth, Leiterin des Forschungsbereichs Stadtwandel im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energiestellte die aus ihrer Sicht wichtigsten Herausforderungen im urbanen Umfeld Düsseldorf vor und bezog sich dabei insbesondere auf die Schaffung neuer Lebensräume durch eine Umgestaltung der aktuellen Stadtplanung: die Neuverteilung des Verkehrsraumes, die veränderte Nutzung von Wohn- und Arbeitsräumen und eine nachhaltige Stadtentwicklung durch doppelte Innenverdichtung. Im zweiten Vortrag ging es dann um konkrete Ideen für die Umnutzungen von Kirchenräumen, um andere Lebensräume zu schaffen. Esther Heckmann und Dr. Ursula Kleefisch-Jobst von Baukultur.NRW stellten das Projekt „Zukunft-Kirchen-Räume“ vor. Durch die Umwidmung und Umgestaltung ungenutzter Kirchengebäude wurden innovative Gemeinschaftsprojekte entwickelt. Mal wurde eine Kapelle mit Gastronomie kombiniert, woanders wurde eine Kirche zum Multifunktionsraum mit Wohnungen, Büro und Kindertagesstätte. Damit wurden die vielen Möglichkeiten gezeigt, wie Kirchen(innen)räume eine veränderte Rolle in der Stadt einnehmen können.

Den Vorträgen folgte die Kleingruppenarbeit, in der besonders sinnvolle und realisierbare Ideen für Lebensräume in Düsseldorf herausgearbeitet wurden.

Arbeitseinheiten 08/09 Exkursion Jung & Alt und Start-Plenum

Der zweite Spaziergang folgte am Nachmittag des zweiten Tages. Die Teilnehmenden wurden gebeten, sich bei einem Rundgang durch ihr Quartier in die Perspektive einer 8- oder 88-jährigen Person hineinzusetzen. Dabei sollten sie ihr Lebensumfeld genauer betrachten und ihre Eindrücke notieren.

Am nächsten Morgen wurden im Start-Plenum in Arbeitseinheit 09 die Eindrücke des Spaziergangs gesammelt und besprochen. Die Referentin Margit Risthaus, Koordinatorin der „zentren plus“ der Diakonie, hielt dazu ein Impulsreferat über die Arbeit dieser sozialen Einrichtungen im Quartier. Insgesamt zehn „zentren plus“ in Trägerschaft der Diakonie Düsseldorf bieten unterschiedliche Beratungs-, Versorgungs- und Freizeitangebote für Menschen im fortgeschrittenen Alter an. Das Angebot ist sehr vielfältig und dient dazu, den Menschen eine selbstbestimmte Lebensführung auch im Alter zu ermöglichen. Dabei wurden gerade zu Corona-Zeiten Schwerpunkte auf die psychosoziale Beratung und die Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte gesetzt, um Einsamkeit entgegenzuwirken.

Nach dem Vortrag setzten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen zusammen, um über die Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen zu beraten und Vorschläge zu erarbeiten, was Düsseldorf den unterschiedlichen Altersgruppen bieten sollte.

Arbeitseinheit 10 Sonntagsruhe

Ein konkretes Beispiel zeigte, wie die Debatte über die Rolle des Glaubens in der Stadt aktuell auch geführt wird, nämlich in Bezug auf die Sonntagsruhe. In der Betrachtung der Sonntagsruhe stellt die klassische Gegenüberstellung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen die Komplexität nicht ausreichend dar. Dass der wirtschaftliche Aspekt dennoch ein bedeutsamer ist, stellten der Referent Rainer Gallus und die Referentin Carina Peretzke vom Handelsverband NRW vor. Anlassbezogene Öffnungen am Sonntag wurden dabei als wichtige Existenzgrundlage für Einzelhändler dargestellt, die insbesondere durch den Lockdown im vergangenen Jahr besonders zu leiden hatten. Aus Sicht des Handelsverbands war dabei ein Überdenken der strikten Sonntagsruhe vor dem Hintergrund der veränderten Struktur und Bedeutung der Innenstädte – weg von reinen Einkaufszonen hin zu Begegnungsräumen – sehr wichtig. Als zweite Referentin stellte Gudrun Nolte, Leiterin des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) der Nordkirche in ihrem Vortrag ein kurzes Video vor, das die Bedeutung der gemeinsamen freien Zeit am Sonntag für Einzelne, für die Familie und die Gemeinschaft veranschaulichte. Die Sonntagsruhe ermögliche eine Entschleunigung, um den Herausforderungen des (Berufs-)Alltags zu entkommen.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten anschließend in den Kleingruppen, ob die Sonntagsruhe gesetzlich geregelt werden sollte. Sie arbeiteten zudem heraus, was ihnen an der Sonntagsruhe wichtig ist.

Arbeitseinheit 11 Freizeit & Gemeinschaft

In dieser Arbeitseinheit ging es in erster Linie, um die Bedeutung von Freizeit und Gemeinschaft im Alltag der Stadt Düsseldorf. Exemplarisch für die Verbindung der Freizeitgestaltung mit dem Gemeinschaftssinn stellte Jochen Molck, Leiter des zakk Düsseldorf, die Angebote dieses soziokulturellen Zentrums vor. Das zakk ist eine der ältesten und bekanntesten Kultureinrichtungen Düsseldorfs und wirkt als Gemeinschaftszentrum in das Quartier und in die Stadtgesellschaft hinein. Julia Ritter, Sozialarbeiterin bei vision:teilen berichtete vom Projekt „hallo nachbar“, einer Initiative der Nächstenhilfe für vereinsamte und bedürftige Menschen in Düsseldorf, das durch die ehrenamtliche Tätigkeit von vielen Menschen erst möglich wird. Eine Begleitung im Alltag, verlässliche Ansprechpartner, gemeinsame Spaziergänge oder Freizeitgestaltung stärken, so Frau Ritter, den Zusammenhalt in der Nachbarschaft. In der darauffolgenden Kleingruppenarbeit diskutierten die Teilnehmenden über die Gestaltung der Freizeit und Situationen bzw. Orte, wo Gemeinschaft erlebt wird.



Arbeitseinheit 12 Im Gespräch mit Superintendent und Oberbürgermeister

Fester Bestandteil des Bürgergutachtens nach der Methode Planungszelle ist das Gespräch und der Austausch zwischen den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern sowie den Entscheidungsträgern, die dafür verantwortlich sind, die Empfehlungen des Bürgergutachtens umzusetzen. In einer Online-Diskussion am Nachmittag trafen zwei Planungszellen in einer großen Runde auf den Superintendenten des Evangelischen Kirchenkreises, Heinrich Fucks und Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller. Heike Schneiderei-Mauth vertrat Herrn Fucks in der ersten Gesprächsrunde mit den Planungszellen 1 und 2. Eingangs diskutierten Superintendent Fucks und Oberbürgermeister Dr. Keller, ob die Stadt die Kirche, und anders herum, ob die Kirche die Stadt braucht. Die Teilnehmenden beider Planungszellen konnten anschließend abwechselnd den beiden wichtigen Vertretern von Stadt- und Kirchenverwaltung Fragen zu ihren bisher gewonnenen Erkenntnissen, Erwartungen und Einsichten stellen.

Auf eine Dokumentation wird hier verzichtet, da die Informationsgewinnung der Bürgergutachterinnen und -gutachter im Vordergrund stand.

Arbeitseinheit 13 Teilhabe & Mitwirkung

Am letzten Tag startete das Programm mit einem Fokus auf Teilhabe und Mitwirkung der Menschen in Düsseldorf. Hierbei wurde thematisiert, warum eine Beteiligung wichtig ist, wenn Entscheidungen, insbesondere politischer Art, getroffen werden. Die Sprecherin des Düsseldorfer Jugendrates, Nada Haddou-Temsamani präsentierte die Zusammensetzung, Wahl und Tätigkeiten des Jugendrates. Als junge engagierte Düsseldorferin hob sie den Stellenwert der Mitsprache und Mitgestaltung von Jugendlichen hervor. Der zweite Referent, Dirk Sauerborn, Initiator und Vorsitzender des Vereins Lobby für Demokratie, setzte den Schwerpunkt seines Impulsvortrages auf der politischen Bürgerbeteiligung. Sowohl die formelle als auch die informelle Bürgerbeteiligung wurden umfangreich dargestellt. Herr Sauerborn plädierte dabei insbesondere für zufallsbasierte Auswahlverfahren der Teilnehmenden bei einer Bürgerbeteiligung, um einer überproportionalen Teilnahme der „üblichen Verdächtigen“ vorzubeugen.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter formulierten anschließend in den Kleingruppen wichtige Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement in politischen, sozialen oder religiösen Kontexten.

Arbeitseinheit 14 Gesellschaft im Wandel

Zu den Umbrüchen und Veränderungen in der Gesellschaft wurden auch die großen Fragen der Zukunft gestellt. Von der Digitalisierung bis zum Klimawandel reichen die Herausforderungen, auf die die Stadt Düsseldorf sowie die Evangelische Kirche Antworten suchen und finden müssen. Tara Runze, Vertreterin von FridaysforFutureDüsseldorf, thematisierte die Dringlichkeit des Klimaschutzes und die Forderungen der Jugendbewegung in diesem Zusammenhang. Klaus Burmeister, Zukunftsforscher und Leiter des „foresightlab“ sprach über die zukünftigen Veränderungen in der Demographie, der Digitalisierung und der technischen Innovation sowie den Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitswelt und Alltag.

Die Kleingruppen der Planungszellen diskutierten über die Chancen und Herausforderungen dieser Prozesse für die Gesellschaft. Sie sollten dabei herausarbeiten, welchen Beitrag die Bürgerinnen und Bürger selbst dazu leisten können und sollten und was es dafür brauchen würde.

Arbeitseinheit 15 Schlussempfehlungen

In der vorletzten Arbeitseinheit wurden die Schlussempfehlungen entwickelt, die das zentrale Ergebnis dieser Phase I darstellen. Hierzu gab es keinen Vortrag oder Impuls durch einen Experten oder eine Expertin. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter konnten in einem Rückblick die Ergebnisse der vorangehenden Tage noch einmal genauer betrachten und diese abwägen. Über den Verlauf der vier Arbeitstage wurden die Bedürfnisse der Düsseldorfer Stadtgesellschaft in den unterschiedlichen Lebensbereichen, wie Gesundheit, Wohnen, Armut, Teilhabe und Gemeinschaft thematisiert. Dabei ging es auch darum, festzustellen, was den Teilnehmenden gefehlt hat oder ihnen besonders wichtig geworden ist.

Anschließend folgte eine längere Kleingruppenarbeit, in der die Schlussempfehlungen entwickelt wurden. Dabei galt es in den Kleingruppen zu bedenken, dass mit diesen Schlussempfehlungen und Aussagen die nächste Phase des Bürgergutachtens gestaltet werden würde. Die zweite Phase wiederum sollte diese Bedürfnisse in konkrete Handlungsempfehlungen für die Evangelische Kirche einfließen lassen. Daher wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter der Phase I gebeten, ihre Empfehlungen an die Teilnehmenden der nächsten Phase zu richten.

Arbeitseinheit 16 Verabschiedung und Ausklang

Zum Schluss des Arbeitsprogramms füllten die Teilnehmenden mehrere Fragebögen anonym aus: zur Statistik und zur Bewertung des Verfahrens. Es gab außerdem eine Schlussrunde, in der alle Teilnehmenden nochmals zu Wort kamen. Heinrich Fucks, Superintendent des Kirchenkreises, bedankte sich zum Abschied bei den Teilnehmenden für die intensive Mitarbeit am Bürgergutachten und versprach die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Empfehlungen des Bürgergutachtens.



Ergebnisse der Phase I

Vorbemerkungen zu Auswertung und Punktzahlen

Alle vier Planungszellen haben unabhängig voneinander das gleiche Arbeitsprogramm durchlaufen. Die Kleingruppen einigten sich auf ihre wichtigsten Aussagen – manchmal wurden diese begrenzt auf die drei oder fünf wichtigsten Empfehlungen. Die Punktwerte bedeuten also keine „Stimmen“ wie bei Wahlen. Daher werden auch keine Prozente gerechnet. Die Punkte sind stets nach der Wichtigkeit oder Zustimmung vergeben worden.

Alle Ergebnisse der Arbeitseinheiten (AE) sind mit dem Hinweis zu versehen, dass es im Laufe der vier Tage zu Meinungsänderungen und Neubewertungen gekommen ist. Die Arbeitseinheit 15 bildet das Endergebnis dieser Phase I.

Üblicherweise werden in einem Bürgergutachten die Ergebnisse aller Planungszellen in einer einzigen Tabelle dargestellt. Da zwei Planungszellen in diesem Bürgergutachten in der Zusammensetzung ihrer Teilnehmenden eine Besonderheit bilden, werden deren Ergebnisse auch getrennt betrachtet. Planungszelle 1 und 4 haben die gleiche Zusammensetzung („städtisch“); ihre Ergebnisse wurden daher zusammengefasst. Planungszelle 2 („städtisch-jugendlich“) und Planungszelle 3 („evangelisch“) werden getrennt dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Planungszellen im Detail aufgeführt. Unter jeder Fragestellung ist zu erkennen, wie viele Punkte die Teilnehmenden jeweils verteilen konnten.

In den Arbeitseinheiten 01, 12 und 16 gab es keine Kleingruppenarbeit und dementsprechend auch keine Sammlung und Bewertung von Empfehlungen. Die Arbeitseinheiten 04 und 08 wurden als Exkursionen gestaltet und sind daher gemeinsam mit den direkt darauffolgenden Arbeitseinheiten 05 und 09 aufgeführt.

AE 02

Weltbilder & Orientierung im städtischen Leben

Nach der Begrüßung und Einführung in das Verfahren in der ersten Arbeitseinheit, diente die Arbeitseinheit 02 zur Darstellung der vorherrschenden Weltbilder und Orientierungen im städtischen Leben. Die Teilnehmenden sollten diskutieren, welche Werte und Grundhaltung Menschen in Düsseldorf als bereichernd erleben könnten.

In den Planungszellen 1 und 4 wurden die Diversität und Toleranz Düsseldorfs als multikulturelle Stadt voller menschlicher Vielfalt als klar bereichernd bewertet. Zudem empfanden diese beiden Planungszellen Freundlichkeit und Höflichkeit, Solidarität, Nachbarschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft als bereichernde Werte, die besonders hervorgehoben wurden. Eine Grundhaltung, die den Teilnehmenden als wichtig erschien: die Offenheit für Neues. Damit ist sowohl die Weltoffenheit des internationalen und vielfältigen Düsseldorfs gemeint, aber auch das Respektieren anderer Lebenswelten und Lebensentwürfe.

Die „städtisch-jugendliche“ Planungszelle (PZ 2) legte einen großen Wert auf bezahlbaren Wohnraum, der aktuell als zu wenig erfasst wurde. Deshalb fanden die jungen Teilnehmenden, dass mehr soziales und weniger kapitalistisches Denken die Stadt und ihre Menschen bereichern könnte. Ein weiterer wichtiger Aspekt war in dieser Planungszelle das höhere Bewusstsein für die Umwelt, denn Grünflächen und naturnahe Orte in Düsseldorf könnten den Menschen zugutekommen. Als ein wichtiger Wert wurde auch hier die Toleranz genannt, die Grundlage für ein auskömmliches und friedliches Leben.

In Planungszelle 3, der evangelischen Gruppe, gab es keine eindeutigen Favoriten unter den Werten und der Grundhaltung, die in den Kleingruppen diskutiert wurden. Das zivilgesellschaftliche Engagement insbesondere in der Flüchtlingshilfe wurde hervorgehoben, ebenso wie die Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Denn hier wurde betont: Wenn Not in Düsseldorf herrscht, packen die Menschen an. Auch in dieser Planungszelle waren die Toleranz und Vielfältigkeit, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Glauben erfahren können, ein wichtiger Aspekt. Für eine Stadt wie Düsseldorf war Planungszelle 3 wichtig, dass nicht nur Besserverdienende, sondern alle Menschen Platz zum Leben haben und gehört werden.

PZ 1+4 AE 02	Summe
Diversität und Toleranz: Individualität, Multikulturalität und menschliche Vielfalt - unterschiedliche Schichten, Religionen, Herkünfte	27
Freundlichkeit und Höflichkeit, Solidarität, Nachbarschaftlichkeit, Hilfsbereitschaft	25
Offenheit für Neues: Weltoffenheit und das Respektieren anderer Lebenswelten	17
Begegnungen für den Zusammenhalt in den Vierteln: Stadtteilzentren, lebendige Glaubensgemeinden, Stadtteilfeste, Räume für die Interaktion der Bewohner:innen	14
Stadtkultur: Wir-Gefühl - die Stadt gehört allen; Lebendigkeit, Fröhlichkeit	13
Städtebau: bezahlbarer Wohnraum in der Innenstadt, grüne Freiflächen, bessere Nutzung von städtischen Gebäuden, Schutz und Pflege von alten Bauten	12
Wertschätzung der Natur: Parks und Gärten, der Rhein als trostreiche Präsenz	12
Kultur für alle Bedürfnisse: Museen, Theater, vielfältige Angebote, Kunstakademie; die Angebote für junge Menschen sind nicht immer präsent	9
Nachhaltigkeit: Bei allen Maßnahmen, die von der Stadt getätigt werden, den Klimawandel stark berücksichtigen	9
Familienfreundlichkeit: niedrigschwellige Angebotsvielfalt für Familien, Kinder, Jugendliche	9
Nicht zu groß und nicht zu klein - man trifft immer Leute, die man kennt	8
Physische Bewegungsfreiheit, Barrierefreiheit und Zugänglichkeit aller Orte für alle Bürger:innen (insbesondere für ältere Menschen, Familien mit Kindern etc.)	7
Achtsamkeit, Fürsorge, Empathie	6
Stadtteillandschaft: Die Stadtteile sind sehr unterschiedlich, dadurch ist Wahrnehmung der Stadt sehr unterschiedlich	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	177

02: Welche Werte und Grundhaltung könnten Menschen in Düsseldorf als bereichernd erleben?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 2 AE 02	Summe
Zu wenig bezahlbarer Wohnraum, deshalb braucht es mehr soziales und weniger kapitalistisches Denken (Projekte fördern)	25
Höheres Bewusstsein für die Umwelt schaffen (Grünflächen und naturnahe Orte)	16
Offenheit verbessern, um aus der eigenen Blase herauszukommen (aufgeschlossen und kommunikationsbereiter sein), auch um Diversität zu fördern und zu unterstützen	16
Toleranz ist ein wichtiger Grundwert für ein auskömmliches und friedliches Leben.	7
Vereine sind für die Geselligkeit ein wichtiger Ort.	6
Volksfeste in den Stadtteilen publik machen, um den Austausch zu fördern.	6
Orte der Begegnung schaffen	6
Werte (Solidarität, Toleranz, Demokratie sollten im Religions-/Ethik-/Philosophieunterricht vermittelt werden	5
Menschen sollen sich frei fühlen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	95

PZ 3 AE 02	Summe
Wenn Not in Düsseldorf ist, packen die Menschen an: zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe.	10
Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Glauben, sollen Toleranz und Vielfalt erfahren.	9
Nicht nur Besserverdienende, sondern alle Menschen sollen Platz zum Leben haben und gehört werden.	8
Empathie und Räume zum Kennenlernen	7
Offene, freundliche Stadt	5
Respekt nicht nur füreinander sondern auch dem gegenüber, was wir haben.	5
Begegnung: in Stadtteilzentren, bei Festen, beim Karneval, beim Frankreichfest, in Begegnungststätten, in Sportvereinen und Kirchengemeinden	5
Natur wird groß geschrieben: Respekt vor der Umwelt	5
Ruhe und Entspannung in der Stadt	5
Zugänglichkeit von Begegnungsräumen gewährleisten: Die Stadt soll das finanziell ermöglichen!	4
Sicherheit: Auf den meisten Plätzen fühlt man sich sicher, die Zugewandtheit trägt dazu bei.	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	16
Summe	82

AE 03 Lebenswenden & Rituale

Lebenswenden und Rituale in Düsseldorf waren die Themen der nächsten Arbeitseinheit. Im Vordergrund dieser Arbeitseinheit standen die Rituale und Feiern, die zu den Wendepunkten im Leben stattfinden und die Frage, wie sie sich auf den Glauben und den Gemeinschaftssinn auswirken.

Die Teilnehmenden diskutierten konkret, welche Möglichkeiten der spirituellen, rituellen und seelsorglichen Begleitung es für die unterschiedlichen Lebenswenden geben sollte.

Planungszellen 1 und 4, die städtischen Gruppen, befürworteten eine flexiblere und offenere Gestaltung der kirchlichen Rituale für alle Menschen. Dabei nannten sie Beispiele wie dies gelingen kann: mit der Umgestaltung von Gottesdiensten oder der Möglichkeit, kirchlich zu heiraten, auch wenn der Partner eine andere oder keine Religion hat. Die Teilnehmenden befanden zudem, dass es eine Begleitung durch Menschen geben sollte, denen es ähnlich geht. Dies könnte in Räumen der Begegnung, wie z. B. in Stadtteilbüros, öffentlichen Orten und Parks stattfinden. Zudem bräuchte es laut Planungszellen 1 und 4 neutrale Orte für Rituale und von der Kirche unabhängige, nicht-konfessionelle Gesprächspartner, die den Menschen in den unterschiedlichen Lebensphasen beiseite stehen.

Die jungen Teilnehmenden aus Planungszelle 2 empfahlen, dass es bei traumatischen Erlebnissen, wie einer Fehlgeburt, Sonderurlaub geben sollte. Außerdem äußerten sie den Wunsch, dass die Bandbreite der Möglichkeiten, Rituale zu feiern, inkl. nichtreligiöser Rituale, besser präsentiert werden müsste. Dies sollte beispielsweise in der Schule passieren. Planungszelle 2 befand auch, dass mit allen Begleitungsangeboten, die es bereits gebe, jeder die Freiheit haben sollte, alles oder nichts in Anspruch nehmen zu können.

In der evangelischen Planungszelle 3 bewerteten die Teilnehmenden ein Übergangsritual als wichtig, das zwischen Jugendalter und Erwachsenwerden sowie zwischen dem aktiven Arbeitsleben und dem Rentendasein angeboten werden könnte. Sie forderten außerdem, dass kirchliche Rituale in Bezug auf die Art und Weise und die Orte der Durchführung aufgebrochen werden sollten. Somit sollen Eintrittsbarrieren für diese Rituale und deren Feiern abgebaut werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt waren die Begegnungsräume, die geschaffen werden sollten, um in Gruppen mit Kontrasten, z. B. älteren und jungen Menschen, Verbindungen zu schaffen. Insbesondere für junge Menschen forderten sie die spirituelle Begleitung beim Schulein- und austritt sowie die enge Begleitung beim Erwachsenwerden und bei der Konfirmation.

PZ 1+4 AE 03	Summe
Flexiblere und offene Gestaltung der kirchlichen Rituale für alle Menschen (z.B. Umgestaltung von Gottesdiensten, Möglichkeit kirchlich zu heiraten, auch wenn der Partner eine andere/keine Religion hat)	28
Begleitung durch Menschen, denen es ähnlich geht, in Räumen der Begegnung (Stadtteilbüros, Quartiersmanagement, öffentliche Orte, Parks, Gärten, Plätze, Häuser, Kirchen etc.)	21
Neutrale Orte für Rituale & unabhängige, nicht-konfessionelle Gesprächspartner, die für unterschiedliche Lebensphasen zur Verfügung stehen - ein Ort der freien Religionen	16
Kirche muss moderner werden, insbesondere beim Konfirmandenunterricht (guter Internet-Auftritt, soziale Medien)	12
Ankunftsfest bei der Geburt (unabhängig von Religion), Namensgebungszeremonie, Neugeborenenempfang	9
Angebote zur Aufnahme in ein neues Umfeld (Umzug, neue Gemeinde) fehlen	8
Rituale bei Jahreszeitenwenden: Frühlingsbeginn, Sommersonnenwende	8
Kulturelle Feste (z.B. Japantag), Brauchtumsveranstaltungen	7
Beratungsstelle von der Stadt für alternative, spirituelle und seelsorgliche Begleitungen	7
Finanzielle und organisatorische Unterstützung bei der Ausgestaltung der einzelnen Rituale	7
Warum gibt es keine Gemeindegewestern mehr?	6
Keine (neuen) Angebote erforderlich (Familie und Freunde können begleiten)	6
Trauer- und Sterbegleitung, insbesondere von Menschen, denen es ähnlich geht	6
Neuanfänge im Leben ritualisieren (auch die, die ungewollt passieren, wie z. B. bei einem Unfall)	5

03: Welche Möglichkeiten der spirituellen, rituellen und seelsorglichen Begleitung sollte es für die unterschiedlichen Lebenswenden geben?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

Bestehende Angebote transparenter machen (z. B. durch guten Internetauftritt)	5
Ersatzrituale zwischen Konfirmation und Tod, z. B. Silber-/Goldhochzeit	4
Begleitung, die einem langfristig aus einer Situation heraushelfen kann	4
Wunsch: mehr Ökumene	4
Telefonseelsorge (neutraler; für Tipps oder die erste Hilfe)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	171

PZ2 AE 03	Summe
Es sollte bei traumatischen Erlebnissen, wie z. B. einer Fehlgeburt, einen Sonderurlaub geben.	20
Die Bandbreite der Möglichkeiten, inkl. der nicht-religiösen Rituale, muss besser präsentiert werden (z. B. in der Schule).	14
Jeder sollte die Freiheit haben, alles oder nichts in Anspruch nehmen zu können.	12
Ist die Trennung von konfessionellem Religions- und Ethik- oder Philosophieunterricht noch sinnvoll?	7
Die Bürokratie für Übergangsphasen muss reduziert werden.	6
Psychosozialer Beistand sollte vermehrt außerhalb von kirchlichen Strukturen und von Personen angeboten werden, die nicht an die Kirche angebunden sind.	6
Übergangsangebote sind vorhanden, müssten aber intensiver beworben werden, weil sie schambehaftet sind.	5
Rituale sind schwer festzulegen, da jeder seinen Lebensweg individuell gestaltet.	5
Kollektive Lebenswenden (z.B. Kriegsende, Pandemiestart) sollten kollektiv begleitet werden.	4
Bei Begleitung von Übergängen sollten die Anbietenden auf Augenhöhe begegnen: mehr Authentizität, weniger von oben herab	3
Lebenswenden sind individuell und nicht definierbar, festsetzbar oder vorhersehbar.	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	89

PZ3 AE 03	Summe
Übergangsritual zwischen Jugend und Erwachsenen erden sowie zwischen dem Arbeitsleben und dem Rentendasein	12
Aufbrechen der kirchlichen Rituale in Bezug auf Durchführung und Orte (Eintrittsbarrieren abbauen)	11
Begegnungsräume schaffen: Gruppen mit Kontrasten sollen Verbindungen schaffen und sich ergänzen (z. B. Alt und Jung).	8
Schulein und -austritt: spiritueller Aspekt	7
Erwachsen werden & Konfirmation: Anreize schaffen, Vorbilder finden, Paten vermitteln, vom Ritual zum Prozess	7
Jährliches Begrüßungsritual für neu hinzugezogene	6
Kontakt- & Vertrauenspersonen aus der (evangelischen) Gemeinde, die vermitteln können	5
Lebensphase Pubertät - Bindung der Jugendlichen an Kirche stärken, sichtbare Angebote schaffen (Vermittlung christlicher, sozialer Werte)	5
Schuleintritt und -austritt: seelsorgerischer Aspekt - neutraler Ansprechpartner, Raum für Ängste	4
Verlust von Bezugspersonen bei Kindern: mehr Initiative von Kirche, Vereinen und Stadt, mehr Räume für individuelle Verarbeitung, aktive Verabschiedung	4
Jobverlust & Arbeitsverlust: Seelsorge-Aspekt	3
Wer wird vermittelt? Personengruppen z. B. Paten, Netzwerke	3
Wie wird kommuniziert und das Angebot der Gemeinde verbreitet? (Soziale Medien - was ist angesagt?)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	83

AE 04/ AE 05 Exkursion zum Thema Gesundheit & Gemeinschaft und Start-Plenum

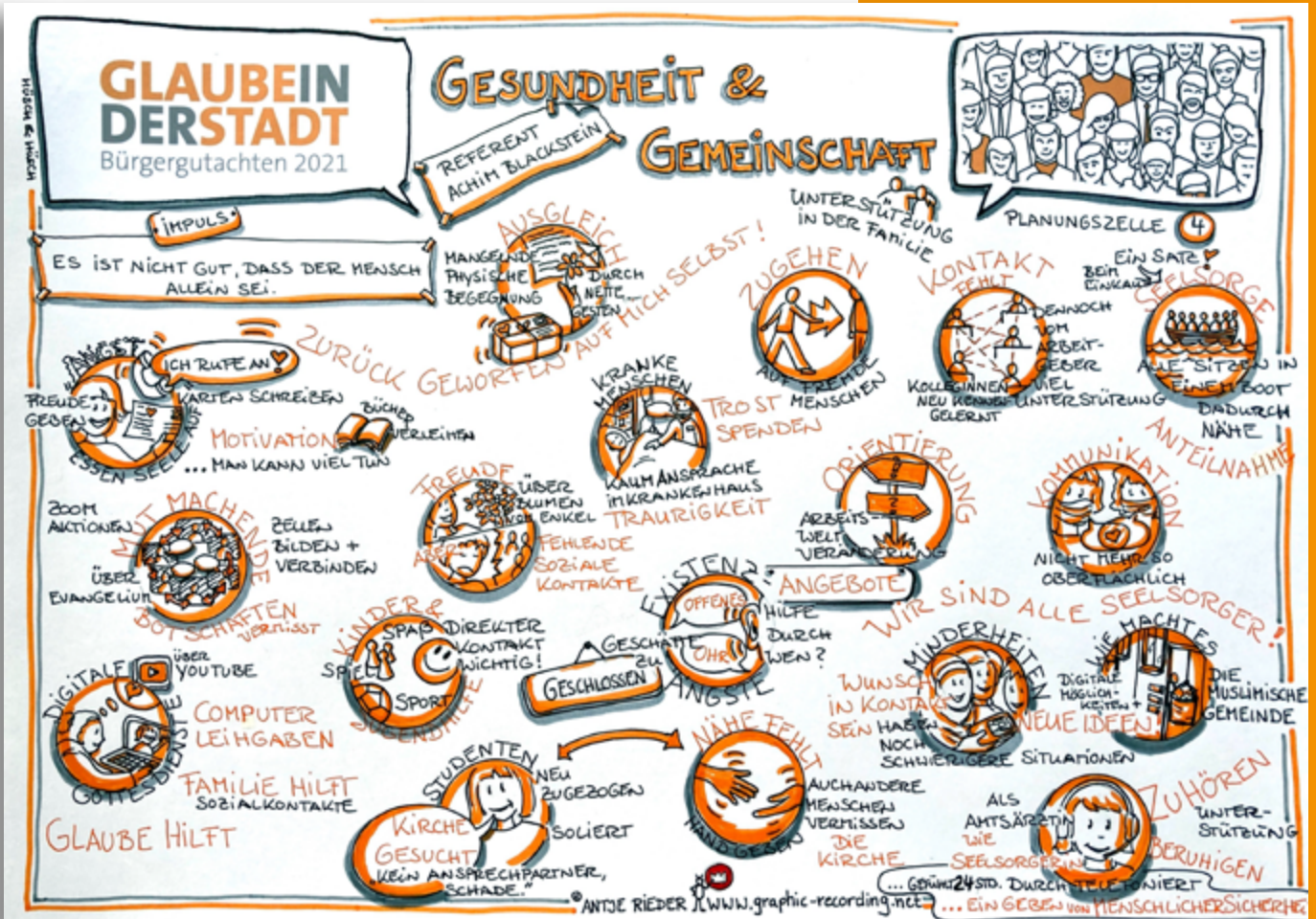
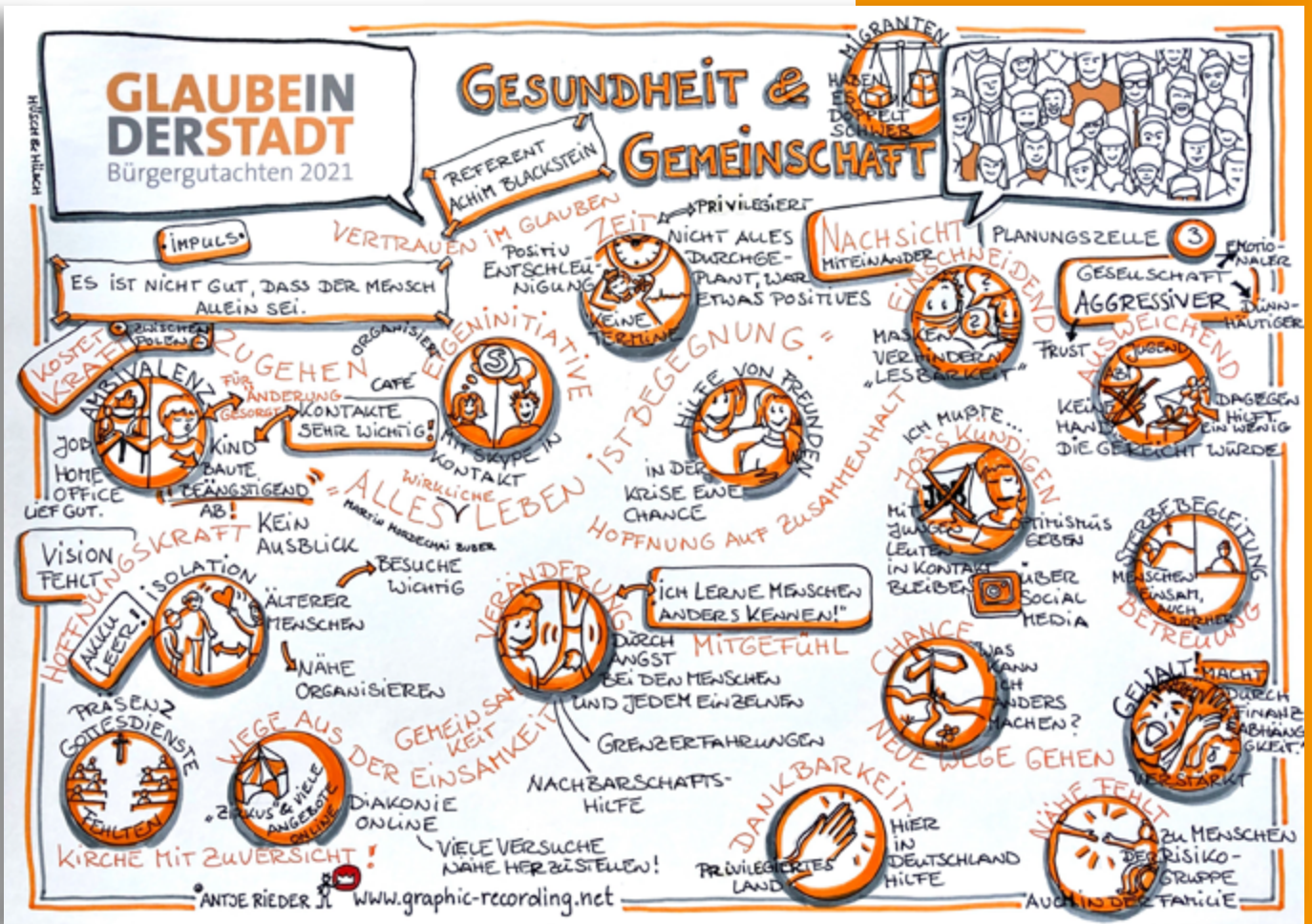
Die Exkursion in Arbeitseinheit 04 wurde als Corona-konformer Spaziergang gestaltet, sodass sich die Teilnehmenden an der frischen Luft und mit etwas Bewegung Gedanken über das Thema Gesundheit und Gemeinschaft machen konnten. Dabei erhielten sie eine Aufgabenstellung: Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sollten sich überlegen, welche persönliche seelsorgliche Unterstützung Menschen im vergangenen Jahr gebraucht haben und welche Unterstützung sie selbst dabei einbringen konnten.

Am nächsten Tag wurden die Eindrücke der Teilnehmenden gerahmt durch einen Impulsvortrag. Das Gespräch in dieser fünften Arbeitseinheit wurde aufgezeichnet mit einem Graphic Recording, einem grafischen und zeichnerischen Protokoll. Jede Planungszelle wurde einzeln von einer erfahrenen Grafikerin gezeichnet. Die Ergebnisse des Start-Plenums zum Thema Gesundheit, Gemeinschaft und die Bedeutung von Seelsorge sind sehr persönlich und wurden daher nicht gewertet oder bepunktet. Sie sind dennoch aussagekräftig, da sie ein differenziertes und tiefgehendes Bild über die Vielzahl an Erfahrungen mit Seelsorge und Unterstützung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter darstellen.



Welche persönliche seelsorgliche Unterstützung haben Menschen im vergangenen Jahr gebraucht?

Welche Unterstützung haben Sie eingebracht?



AE 06

Die soziale Stadt: Armut & Reichtum

In der sechsten Arbeitseinheit wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Düsseldorf, eine Stadt großer Vielfalt, thematisiert. Dabei war wichtig herauszufinden, was konkret getan werden kann, um Armut und sozialer Ungleichheit entgegen zu wirken. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten, wie soziale Teilhabe im Quartier und in der Stadt gesichert werden könnte.

Aus Sicht der Planungszellen 1 und 4 war besonders wichtig, dass bei allen Maßnahmen und Angeboten die menschliche Würde berücksichtigt werden sollte. Dabei ging es auch um eine Grundhaltung, die Toleranz und Akzeptanz ausstrahlen sollte. Dafür sollten entsprechende niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, eine Sensibilisierung der Stadtbevölkerung stattfinden und das Aufbrechen der Strukturen vorangebracht werden. Einen wichtigen Weg, um der Armut zu entkommen, erkannten Planungszellen 1 und 4 im Bildungsangebot, das verbessert werden sollte. Insbesondere die Sprachförderung, ein Bildungs- und Teilhabepaket für ältere Menschen sowie Bildungsgutscheine wurden als konkrete Maßnahmen genannt. Mehr Angebote, insbesondere im Bildungs-, Sport- und Kulturbereich wurden außerdem für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen gefordert. Die gleiche Punktzahl wie dieser Aspekt erhielten auch die Empfehlungen, die aktive Vertreibung von Obdachlosen zu unterbinden und mehr soziale Arbeit für Wohnungslose sicherzustellen sowie mehr Koordination vor Ort in den Stadtteilen, z. B. durch ein Quartiersmanagement.

In Planungszelle 2 forderten die jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an erster Stelle das bedingungslose Grundeinkommen, um soziale Teilhabe in Düsseldorf sicherzustellen. Zudem wurden als wichtige Empfehlungen vorgeschlagen, Essensreste von Supermärkten und Restaurants zu spenden sowie – mit gleicher Punktzahl – den sozialen Wohnungsraum zu thematisieren. Planungszelle 2 schlug auch vor, dass dafür Zuschüsse für Vermieter, ein gut ausgearbeiteter Mietendeckel sowie der Ausbau der Wohnungsgenossenschaften die richtigen Mittel sein könnten. Eine weitere Maßnahme richtete den Blick auf die Schule, wobei gewünscht wurde, dass Schulfächer und Themen eingeführt werden, die auf das Leben vorbereiten, wie ein Debattier-Club, digitale Medienkompetenz, Finanzen und der Lebenswandel.

Die Stadtstruktur in Düsseldorf wurde in Planungszelle 3, der evangelischen Gruppe, in der am meisten bepunkteten Empfehlung aufgegriffen: Um soziale Schichten aufzubrechen, sollte eine Stadtentwicklung für „gemischte“ Viertel betrieben werden. Die Erreichbarkeit von armen Menschen und Familien sollte zudem durch Flyer verbessert werden. Diese könnten sowohl Informationen über die Angebote für ärmere Menschen als auch einen Spendenaufruf, gerichtet an wohlhabendere Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, enthalten. Die gleiche Punktzahl erhielt die Empfehlung ein besonderes Augenmerk auf die Verwertung von Lebensmitteln zu richten. Dabei sollte das Containern straffrei und dafür die Entsorgung von verwertbaren Lebensmitteln verboten werden. Planungszelle 3 hatte in diesem Zusammenhang auch praktische Ideen, wie z. B. ein Kaffee-Sponsoring (ein gekaufter Kaffee ergibt einen zusätzlichen Kaffee für jemanden, der in finanzieller Not steckt), einen Essensstand auf dem Wochenmarkt mit kostenfreiem Essen sowie die App „Too good to go“, einem digitalen Food-Sharing Angebot.

PZ 1+4 AE 06	Summe
Menschliche Würde berücksichtigen und Bewusstsein schaffen: Grundhaltung Toleranz und Akzeptanz. Dafür: niedrighschwellige Angebote, Sensibilisierung, Strukturen durchbrechen	23
Bildung, um der Armut zu entkommen: Verbesserung des Bildungsangebotes, Ausbau der Sprachförderung, mehr Angebote für nicht-deutschsprachige Menschen, Bildungs- und Teilhabepaket für ältere Menschen, Bildungsgutscheine	20
Für Kinder und Jugendliche: Bildungs-, Sport- und Kulturangebote für Jugendliche aus armen Verhältnissen (z. B. in Form einer Stiftung); zudem mehr Ehrenamtliche in der Nachhilfe	13
Keine aktive Vertreibung von Obdachlosen; mehr soziale Arbeit für Wohnungslose (sozialpsychiatrischer Dienst)	13
Koordination vor Ort: mehr Macht und Gestaltungsfreiraum für Stadtteile; Quartiersmanagement als zentrale Stelle für Angebote und Ausbildung von Netzwerken	13
Fehlender Wohnraum ist ein Problem, die Stadt sollte Wohnraum vermitteln.	12
Abbau bürokratischer Hürden bei der Beantragung von Teilhabehilfen: Hemmschwelle senken und Einstieg vereinfachen	12
PR und Marketingbegleitung der verschiedenen Angebote und Initiativen um ein Wir-Gefühl in der Stadt zu erzeugen	11
In den Quartieren: Nachbarschafts- und Stadtteilstefte; Vereine, Gemeinden und Kirchen sollten sich stärker öffnen und Angebote publik machen	11
Erreichbarkeit der Betroffenen: Online Angebote besser vermitteln; Familien, die gerade in der Pandemie in die Armut abstürzen, besser erreichen; mehrsprachiges Informationsmaterial	10
Bedingungsloses Grundeinkommen	9

06: Düsseldorf ist eine Stadt großer Vielfalt. Wie kann soziale Teilhabe im Quartier und in der Stadt gesichert werden?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

Begegnungsorte (auch zwischen Arm und Reich); z. B. Gemeinschaftsgärten, Reparaturcafés, Kleinkunst	7
Gebundene Ganztagschule als zentraler Ort zur Erfassung der Hilfsnotwendigkeiten - Sozialarbeit an Schulen verstärken	7
Konkrete Hilfen: Gutscheinbuch für Bedürftige; kostenfreies Ticket der Rheinbahn für Sozialhilfeempfänger	7
Bei Festen spontane Spende-Möglichkeiten von Gästen der Gastronomie, z. B. Café Grenzenlos	6
Es braucht Vorbilder: Ehrenamtliche, die es aus eigener Kraft geschafft haben, aus der Armut raus zu kommen	4
Initiative aus der Bürgerschaft - Unterstützung durch die Stadt	4
Es gibt bereits genug Angebote (z. B. für Wohnungslose oder Kinder)	4
Bedürfnisse der Betroffenen abfragen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	195



PZ 2 AE 06	Summe
Ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen	16
Spenden der Essensreste von Supermärkten, Restaurants etc.	10
Sozialer Wohnraum: Zuschuss für Vermieter, vernünftig ausgearbeiteter Mietendeckel, Wohngenossenschaften ausbauen	10
Schulfächer einführen, die auf das Leben vorbereiten (z. B. Debattier-Club, digitale Medien, Finanzen, Lebenswandel)	9
Keine profitorientierten medizinischen oder sozialen Einrichtungen	7
Kostenloses Ganztagsangebot mit Essen zur Unterstützung von finanziell schwachen Kindern	6
Wie kann man die Angebote finanzieren? Steuern oder Kirche?	6
Kostenlose soziale Einrichtung für Obdachlose und Arme	5
Kostenlose Angebote, die das gemeinsame Miteinander fördern (Straßenfeste, Jugendtreffs)	5
Mehr Aufklärung, Verfügbarkeit und Prävention (in der Schule und als niedrigschwellige Angebote) von physischer und psychischer Gesundheit.	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	8
Summe	85

PZ 3 AE 06	Summe
Aufbrechen von sozialen Schichten; Stadtentwicklung für „gemischte Viertel“	13
Erreichbarkeit von armen Menschen/ Familien durch Flyer verbessern: mit Angeboten für arme Menschen und einem Spendenaufruf an reiche Menschen	10
Verwertung von Lebensmitteln: Das „Containern“ muss straffrei werden und die Entsorgung von verwertbaren Lebensmitteln sollte verboten werden; Tafel-Spenden sind nicht so einfach (Hygienevorschriften); kostenfreier Essensstand auf dem Wochenmarkt; Kaffee-Sponsoring; TooGoodtoGo-App ausweiten	10
Angebote als Teil der Stadtentwicklung: Bildungsangebote für Benachteiligte; kulturelle und soziale Teilhabe	9
Schaffung von Quartiersräumen für Bedürftige und „Normale“ zum Austausch (z. B. für Reparaturen oder Nachbarschaftshilfe)	7
Museen, Schwimmbäder, Theater, Sportveranstaltungen bieten kostenfreien Eintritt an.	5
Freiwerdende Büroräume müssen in Wohnraum umgewandelt werden (städtische Verantwortung).	5
Sachspenden ermöglichen, z. B. „GiveBoxen“ auf dem Kirchengelände	5
Wunschkäuze im ganzen Jahr (nicht nur für materielle Dinge)	5
Kommunikation: Wie hole ich diese Menschen ab? Wie trage ich es an sie heran? (Vorstellung von „Anbietern“, „Gesicht zeigen“)	4
Mehr Geschäfte in die Sachspenden aufnehmen und weitervermitteln werden (z. B. „Fairhaus“)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	80

AE 07

Lebensräume: Raum & Wohnen

In der Arbeitseinheit Lebensräume diskutierten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter über Raum und Wohnen in Düsseldorf. Dass Wohnraum in Düsseldorf knapp und teuer ist, ist allgemein bekannt. In den Planungszellen wurde jedoch bewusst nicht nur Wohnraum, sondern auch öffentlicher Raum näher betrachtet. Dabei spielte eine Rolle, dass auch die Kirchen Düsseldorfs Raum bieten können – neben ihrer wichtigen Funktion als Räume, in denen Religion gelebt wird. Die Teilnehmenden beschäftigten sich tiefergehend mit der Frage, welche Ideen für Lebensräume (Wohnraum, öffentlicher Raum, Gemeinschaftsraum) in Düsseldorf besonders sinnvoll und realisierbar sind.

Die Teilnehmenden in den Planungszellen 1 und 4 betonten stark den Gewinn an öffentlichem Raum, der mit einer Begrenzung an Raum für das Auto in Düsseldorf entstehen könnte: für Fußgänger, Fahrradfahrer, Außengastronomie. Dabei wurde das Ideal „autoarme Stadt“ genannt. Um kurzfristig Raum, z. B. für Wohnen, zu schaffen, schlugen die beiden Planungszellen zudem vor, dass leerstehende Gebäude von Gewerbe oder Industrie zu diesem Zweck (um-)genutzt werden sollten, wenn notwendig auch als Zwischennutzung. Eine aktive Rolle für die Stadt sahen die Teilnehmenden in der Kompetenz, (soziale) Auflagen an die Nutzung von Flächen auszusprechen, sodass Grünflächen mitgeplant und Kindertagesstätten und Spielplätze errichtet werden könnten. Gewerbeflächen sollten demnach nur für Wohnraum freigegeben werden dürfen, wenn dabei auch sozialer Wohnraum geschaffen wird. Grundsätzlich forderten Planungszellen 1 und 4 mehr Begrünung in Düsseldorf, insbesondere in den rauen Stadtteilen, um diese attraktiver zu gestalten.

Auch Planungszelle 2 sprach in ihren Empfehlungen eine große Priorität für die verkehrliche Umgestaltung Düsseldorfs aus. Die Verkehrswende bedeutete laut den jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern eine autofreie Innenstadt, den Ausbau der Radwege und des ÖPNV und einspurige Autostraßen. Ähnlich wie in Planungszellen 1 und 4 war auch hier die Begrünung der Dächer und Fassaden und die damit gewonnene Lebensqualität wichtig. Zudem riefen die Teilnehmenden dazu auf, Anreize für ein Umdenken, z. B. durch eine staatliche Förderung, zu schaffen und Wohnraum vor allem bezahlbar zu gestalten. Um auch die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen, rieten sie zu einer Subventionierung der öffentlichen Verkehrsmittel bis hin zu kostenlosem ÖPNV.

In der evangelischen Planungszelle stand an allererster Stelle der Empfehlungen die Schaffung von Mehrgenerationenprojekten, z. B. durch ein Zusammenlegen von Kindertagesstätten und Altenpflegeheimen. Genau wie in den anderen drei Planungszellen, war auch hier der Ausbau des ÖPNV wichtig und wurde als zweite Priorität gewichtet. Die Vorschläge für den Düsseldorfer Verkehr waren die Modernisierung der Haltestellen, ein Shuttleservice, deutlich weniger Autoverkehr in der Innenstadt und dafür mehr Raum für Grünflächen. An dritter und vierter Stelle standen mit gleicher Punktzahl die Empfehlungen, die Gemeinschaftsräume von Schulen, Jugendherbergen oder Kirchen der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen sowie bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, z. B. durch eine Umnutzung von Gewerbeflächen (ähnlich wie in den anderen Planungszellen).

07: Welche Ideen für Lebensräume (z. B. Wohnraum, öffentlicher Raum mit Aufenthaltsqualität, Gemeinschaftsraum) sind in Düsseldorf besonders sinnvoll und realisierbar?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1+4 AE 07	Summe
Weniger Raum für das Auto, mehr für Fußgänger, Fahrradfahrer und Außen-gastronomie. Ideal: autoarme Stadt	25
(Zwischen-)Nutzung von leerstehenden Gebäuden (Büro/Industrie), u. a. für Wohnraum oder in der Innenstadt für kleine Gastronomen (mit günstiger Miete)	20
(Soziale) Auflagen an die Nutzung von Fläche durch die Stadt: Grünflächen mitplanen, Flächen für KiTas, Spielplätze; Gewerbeflächen nur für den Wohnungs-bau freigeben, wenn auch sozialer Wohnraum geschaffen wird.	17
Mehr Begrünung (z. B. in den rauen Stadt-teilen): Begrünung und Pflege von Baum-scheiben durch Private möglich machen; Parkplätze in Tiefgaragen verlegen für mehr Grünanlagen	15
Mehrfachnutzung von Kirchen (z. B. für außerkirchliche Veranstaltungen und als Gemeinschaftsräume; Kirche als Stadt-teilzentrum und Gemeinschaftstreffpunkt für Jung und Alt	11

Gemeinschaftsräume im Quartier: Treff-punkte für den Häuserblock/die Mieter; gemeinschaftliche Freizeitangebote; Bürgersäle in allen Stadtbezirken

10

Mehr öffentliche Toiletten und Abfallent-sorgung in der Innenstadt

9

Dächer (von öffentlichen Gebäuden) für Klimaschutz nutzen: Photovoltaik, Stadtimkerei, Dachbegrünung

9

Verkehrsplanung und Lebensraumgestal-tung zusammendenken, z. B. mit einer temporären Umnutzung oder autofreien Umgestaltung von Straßen und Plätzen mit Grün, z. B. für Spielstraßen und Nachbarschaftsfeste

9

Wohnungstausch ermöglichen und besser öffentlich bewerben

8

Attraktiveres Mobilitätsangebot: bequemer, günstiger und öfter sowie eine höhere Taktung der Rheinbahn

8

Begegnungsorte: offen zugängliche Gemeinschaftsgärten mit Nutzpflanzen in Parks; Urban Gardening, Mini Parks

7

Spekulation und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

7

Förderung von Mehrgenerationshäusern in allen Stadtteilen

6

Subventionierter Wohnraum für Arme in zentralen Lagen

6

Öffentliche Innenräume (z. B. für Homeschooling) für Menschen, die beengter wohnen

3

Leerstehende Hallen zu Sportplätzen für Jugendliche umbauen

3

Sonstiges (2 Punkte oder weniger)

16

Summe

189

PZ 2 AE 07	Summe	PZ 3 AE 07	Summe
Verkehrswende: Straße den Bürger:innen zurück geben; autofreie Innenstadt (z. B. autofreie Kö, Straßen zeitweise sperren und Parkflächen zu Alleen umgestalten), Radwege ausbauen, dafür Autostraßen einspurig; ÖPNV/U-Bahn-Netz ausbauen, vor allem in den Randlagen	16	Mehrgenerationenprojekte (KiTas und Altenpflegeheime zusammenlegen)	14
Häuser begrünen: Dachgärten oder begrünte Außenwände	11	Ausbau des ÖPNV und Modernisierung der Haltestellen; Shuttleservice, deutlich weniger Autoverkehr in der Innenstadt, mehr Raum für Grünflächen	9
Attraktivität für ein Umdenken schaffen (Fahrrad/ ÖPNV); als Ansporn mit einer staatlichen Förderung	9	Schulen, Jugendherbergen oder Kirchen haben Gemeinschaftsräume, die der Öffentlichkeit oder Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden können.	8
Bezahlbarer Wohnraum	8	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnzwecken)	8
ÖPNV kostenlos bzw. Subventionierung der öffentlichen Verkehrsmittel	7	Menschen mit viel Wohnraum öffnen ihn für Familien, um sich gegenseitig zu unterstützen.	6
Alte Industrie- und Gewerberäume in Wohnraum umwandeln	5	Pop-Up-Stores / Urban-Up-Cycling: Leerstehende Ladenflächen sollten unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.	5
Bei Neubauten Natur mit Architektur verbinden; verpflichtend naturverbunden konzipieren	5	Spekulativen Leerstand verhindern	5
Barrierefreiheit in der Stadt muss geschaffen werden.	5	Ausbau von Stadtstränden	4
Bezahlbarer Wohnraum auch für Studierende und Azubis	4	Jugendliche benötigen Räume (z. B. Skaterparks, Schulgelände, mobile Jugendzentren)	4
Mehr Grünflächen, weniger aggressive-building; Rückbau von Vertreibungsvorrichtungen wie z. B. einigen Parkbänken	3	Angebote/Anlaufstelle für neue Düsseldorfer:innen	4
Flächen allgemein gerechter verteilen (für Verkehrsteilnehmer; Wohnfläche)	3	Sozialen Wohnungsbau stärker fördern	4
Öffentliche Räume (z. B. Kirchen) für Obdachlose vor allem über Nacht öffnen	3	Größere Wohnprojekte - Verkapselung von neuen Wohnquartieren muss aufgehoben werden	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5	Preisgünstiges Angebot an Treffpunkten für Jugendliche (z. B. Leerstandnutzung, Happy Hours in Cafés)	3
Summe	84	Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	12
		Summe	89

AE 08 / AE 09 Exkursion zum Thema Jung & Alt und Start-Plenum

Die zweite Exkursion in Phase I fand in Arbeitseinheit 08 ebenso als Spaziergang statt. Auch hier erhielten die Teilnehmenden eine Aufgabenstellung, über die sie sich Gedanken machen sollten. Sie wurden gebeten, während eines Spaziergangs durch ihr Quartier die Perspektive einer 8 oder 88-jährigen Person einzunehmen und ihr Lebensumfeld aus dieser Sicht zu betrachten. Am nächsten Morgen in Arbeitseinheit 09 wurden diese Eindrücke nach einem kurzen Impulsvortrag im Start-Plenum gesammelt und die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten daraufhin wieder in Kleingruppen über die Bedürfnisse der unterschiedlichen Altersgruppen in Düsseldorf. Wichtig war dabei herauszufinden, welche Angebote Düsseldorf den jungen und den älteren Bewohnern der Stadt bieten sollte. Die Arbeitseinheit 09 umfasste daher zwei Arbeitsaufträge.

Bezüglich der Angebote für junge Menschen setzten die Planungszellen 1 und 4 ihren ersten Schwerpunkt auf Plätze für Bewegung und Sport. Demnach sollten die Außensportplätze der Schulen auch außerhalb der Schulzeiten geöffnet und nutzbar sein. Zudem nannten die Teilnehmenden Beispiele der gewünschten Gestaltung: Skaterparks und Bolzplätze. Um eine sichere und selbstständige Bewegung im öffentlichen Raum zu gewährleisten, forderten die beiden Planungszellen an zweiter Stelle ein Überdenken der Verkehrswege hin zu einer fahrradfreundlichen Gestaltung, guten Straßenverhältnissen für das Auto sowie einem verlässlichen und gut getakteten Nahverkehrsangebot. Die Begegnungsmöglichkeiten mit anderen jungen Menschen wurden als ein wichtiges Angebot in Düsseldorf herausgearbeitet. Mehr Jugendzentren und überdachte Treffpunkte, insbesondere für Gruppen, wurden als Beispiele genannt. Die Jugendplanungszelle forderte als wichtigsten Aspekt mehr Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im politischen Raum. Den Teilnehmenden war dabei wichtig, dass ihre Meinung und die der anderen jungen Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in politischen Debatten Gewicht erhält. Der zweite wichtige Aspekt in Planungszelle 2 war die Errichtung eines öffentlichen universitätsübergreifenden Studienzentrums mit Bibliothek und Studienräumen, die gleichermaßen von Studierenden, Azubis und Schülerinnen und Schülern genutzt werden könnten. Die Gestaltung des öffentlichen Raums wurde mit den Empfehlungen, mehr Grünflächen und sichere Fahrbahnübergänge zu gewährleisten, thematisiert.

In Planungszelle 3 setzten die evangelischen Teilnehmenden ihren ersten Schwerpunkt mit der Forderung nach zielgruppengerechten Orten für Jugendliche über 14 Jahren. Auch in dieser Planungszelle wurde die Gestaltung des öffentlichen Raums hoch bewertet: Gleich an zweiter Stelle der Empfehlungen stand der Wunsch nach einer kindgerechten Infrastruktur. Dabei wurde insbesondere die Sicherheit im Verkehr genannt, wie breitere Gehwege auf Schulwegen. Diese Planungszelle empfand zudem, dass mehr öffentliche Toiletten für längere Aufenthalte und Begegnungen im Freien, z. B. in der Nähe von Spielplätzen, wichtig seien. Die Gestaltung der Spielmöglichkeiten sollte demnach vielfältiger sein, denn wilde Spielplätze und freie Flächen, die Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, fanden die Teilnehmenden ebenso wichtig.

09a: Was sollte Düsseldorf ihren jungen Menschen bieten?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1+4 AE 09a	Summe
Plätze für körperliche Bewegung und Sport: Außensportplätze der Schulen nach Schulschluss und am Wochenende öffnen, Skaterparks, Bolzplätze (eigener Aufbau möglich)	24
Verkehrswege bedenken: fahrradfreundlich, sichere und selbstständige Bewegung im öffentlichen Raum, gute Straßenverhältnisse für das Auto; flexible, verlässliche und gut getaktete Verbindung mit dem Nahverkehr	18
Begegnungsmöglichkeiten mit anderen jungen Menschen: mehr Jugendzentren und überdachte Treffpunkte, altersgerechte Gruppenangebote	15
Mehr multifunktionale Spielplätze für kleinere und größere Kinder ab 8 Jahren; Parks und Spielstraßen	11
Angsträume beseitigen	9
Ort der Fähigkeiten, um Neues zu lernen, z. B. Handwerken mit erfahrenen Menschen und in Kooperation mit den Schulen	8
KiTa und Grundschule in der Nähe; Nahversorgung verbessern	7
Begegnungsangebote für mehrere Generationen, z. B. im Rahmen jahreszeitlicher Feste oder in einem Haus der Generationen	5
Kostenloses oder preisreduziertes Kinder- und Jugendticket	5
Beratungsangebote für jüngere Leute (z. B. bei der Sozialversicherung)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	110

PZ2 AE 09a	Summe
Mehr Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im politischen Raum (mit Gewicht der Meinung).	10
Öffentliches, universitätsübergreifendes Studienzentrum mit Bibliothek und Studienräumen für Schüler:innen, Azubis, Studierende.	7
Mehr Grünflächen	6
Sichere Fahrbahnübergänge	5
Größeres Angebot an Indoor-Freizeitaktivitäten	5
Allgemeine Sicherheit auf Gehwegen erhöhen (Beleuchtung, Wege befestigen)	4
Mehr öffentliche Sportflächen	3
Mehr Straßenfeste, Jahrmärkte, Volksfeste	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	48

PZ 3 AE 09a	Summe
Zielgruppenpassende Orte fehlen für Ü14	9
Kindgerechte Infrastruktur: Mehr Sicherheit im Verkehr, breitere Gehwege, insbesondere auf Schulwegen	8
Mehr öffentliche Toiletten für längere Begegnungen im Freien	6
Vielfältigere Angebote schaffen: „wildere“ Spielplätze und freie Flächen zur Verfügung stellen	6
Bahnsteige behinderten- und altersgerecht zugänglich machen	4
Fehlende Überwachung von Ordnungsämtern; subjektives Sicherheitsgefühl stärken	4
Ungenutzte Plätze wieder nutzbar machen	4
Für Kinderrechte in allen Bereichen sensibilisieren	4
Gegenseitige Akzeptanz und Toleranz von Alt und Jung	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	54

Der zweite Diskussionsschwerpunkt in dieser Arbeitseinheit lag bei den Angeboten für die älteren Menschen in Düsseldorf. Hierfür wurde in Planungszellen 1 und 4 an erster Stelle die Notwendigkeit von gepflegten öffentlichen Toiletten genannt, die es auch kleiner und preis- und raumgünstig geben sollte. Um die Mobilität der älteren Menschen im Alltag zu gewährleisten, wurden zudem der Ausbau des Nahverkehrs (für Ältere kostenlos oder kostengünstig), eine flexible Anbindung sowie barrierefreie Zugänge im ÖPNV aufgeführt. Ein gepflegtes und sicheres Umfeld und dementsprechend mehr Sicherheit und Ordnung in der Stadt empfanden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter als wichtige Bedürfnisse älterer Menschen, die in Düsseldorf sicher gestellt werden sollten.

Die jungen Teilnehmenden in Planungszelle 2 versetzten sich ebenso in die Perspektive der älteren Menschen hinein und kamen zu folgenden Ergebnissen. Sie forderten die Verstaatlichung der Pflegeheime, damit diese nicht mehr profitorientiert agieren. Mit deutlichem Abstand standen auf Platz zwei und drei der Empfehlungen mit gleicher Punktzahl das Ausbessern der Gehwege (barrierefrei und befestigt) sowie ein größeres Freizeitangebot, wie z. B. Büchercafés, mehr Straßen- und Volksfeste oder Jahrmärkte. Um die Kontakte zwischen Älteren und Jüngeren zu intensivieren, sollten Kinderheime und Altenpflegeheime zusammengelegt werden.

Auch Planungszelle 3 empfand die Verkehrssicherheit als wichtig. So sollten sich ältere Menschen in Düsseldorf im öffentlichen Raum sicherer bewegen können, z. B. durch längere Ampelphasen und große Verkehrsinseln für die sichere Fahrbahnüberquerung sowie breitere Gehwege.

Die nächsten beiden Aspekte erhielten die gleiche Punktzahl: Die barrierefreie oder -arme Gestaltung der Bahnsteige war ebenso wichtig wie die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für mehrere Generationen auch außerhalb der eigenen Familie.

PZ 1+4 AE 09b	Summe
Gepflegte öffentliche Toiletten; auch kleinere, preis- und raumgünstige; z. B. auf Spielplätzen	20
Nahverkehr ausbauen (kostenlos oder kostengünstig): flexible Anbindung, barrierefreie Zugänglichkeit	16
Gepflegtes, sicheres Umfeld: mehr Sicherheit und Ordnung in der Stadt	12
Barrierefreie Wege und Bahnhöfe sowie die Pflege der barrierefreien Möglichkeiten (z. B. Aufzüge)	11
Begegnungsorte: Nähe zu Restaurants, Cafés und Kneipen; Seniorentreffpunkte weiter ausbauen (z. B. zentrenplus)	11
Viel mehr Verweilmöglichkeiten (z. B. an Bürgersteigen)	10
Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten und Infrastruktur (Ärzte etc.)	8
Barrierefreies Wohnen zur Verfügung stellen	7
Kommunikation deutlich verbessern und Angebote zugänglicher und sichtbarer machen (z. B. mit Infokästen)	7
Verkehr beruhigen	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	2
Summe	108

09b: Was sollte Düsseldorf ihren älteren Menschen bieten?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ2 AE 09b	Summe
Pflegeheime verstaatlichen, damit sie nicht mehr profitorientiert agieren	14
Ausbessern der Gehwege, befestigen und barrierefrei gestalten; sichere Fahrbahnüberquerung	6
Ein größeres Freizeitangebot für Aktivitäten: Büchercafé, mehr Straßenfeste, Jahrmärkte und Volksfeste	6
Kinderheime und Altenpflege zusammenlegen für den Kontakt zwischen den Altersgruppen; Alt-Jung-Tandem	5
Mehr Grünflächen	4
Mehr Barrierefreiheit in den Wohnräumen	4
Mehr Sportflächen (z. B. Boccia)	3
Bessere Sicherheit (Ausleuchtung)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	51

PZ 3 AE 09b	Summe
Verkehrssicherheit: längere Ampelphasen für die Überquerung der Straße; Verkehrsinseln ausreichend groß gestalten; breitere Gehwege, auch auf Parkflächen	10
Barrierefreiheit / Barrierearmut: Bahnsteige behinderten- und altersgerecht gestalten	8
Mehrgenerationen-Settings schaffen: Kontakte zu Jüngeren auch außerhalb der eigenen Familie finden (durch regelmäßige altersübergreifende Veranstaltungen)	8
Mehr Anlaufpunkte, Haltepunkte, Ruhezonen, Begegnungszonen für ältere Menschen (z. B. in der Nähe von Spielplätzen, mit gegenüberliegenden Bänke, überdachten Sitzgelegenheiten, Schattenplätzen)	6
Ungenutzte Stadträume wieder nutzbar machen: Schaffung von Mehrgenerationenraum; die Stadt sollte Bürgerinitiativen unterstützen.	5
Unterstützung von Senior:innen durch aktive Nachbarschaft, Patenschaft, Ehrenamtsarbeit in Einrichtungen	4
Fehlende Überwachung von Ordnungsämtern für das Sicherheitsgefühl	3
Öffentlicher Nahverkehr: bessere Anbindung und flexiblere Modelle (z. B. Clever-Shuttle).	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	51

AE 10 Sonntagsruhe

Ein etwas konkreteres Thema in den Planungszellen wurde in dieser Arbeitseinheit behandelt: die Sonntagsruhe. Dabei traten wirtschaftliche Aspekte neben Glaubensaspekten auf. Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch die Bedürfnisse von Gemeinschaft und Familie spielten hierbei eine wichtige Rolle. Daher diskutierten die Teilnehmenden zunächst, ob die Sonntagsruhe gesetzlich geregelt werden sollte. Es galt herauszufinden, was den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern wichtig an der Sonntagsruhe ist.

In den gleich zusammengesetzten Planungszellen 1 und 4 wurden zwei Aspekte mit einer hohen Punktzahl bewertet. An der Sonntagsruhe fanden die Teilnehmenden wichtig, dass damit die Möglichkeit zur Gemeinschaft gesichert werden kann, z. B. für gemeinsame Unternehmungen und Rituale oder um einfach gemeinsam mit anderen frei zu haben. Die gleiche Bewertung erhielt der Aspekt, den Sonntag als Ruhetag zu betrachten, um eine Pause vom Alltag zu machen und zu entspannen. Die wiederkehrende Sonntagsruhe empfanden die beiden Planungszellen als wichtig, da damit eine Verlässlichkeit und Struktur gegeben ist und der Sonntag als fester Tag genutzt werden kann, um den Alltagsrhythmus zu durchbrechen und die Freizeit zu gestalten. Die Bedeutung der Ruhe am Sonntag griffen die Teilnehmenden auch für den Außenbereich und im Verkehr auf.

Die Jugendplanungszelle ging bei ihrer ersten Empfehlung über die Sonntagsruhe hinaus und forderte eine vier-Tage-Woche, um Zeit und Möglichkeit zu haben, die eigene Freizeit und andere Dinge unabhängig von Öffnungszeiten zu organisieren. Somit könnten die begrenzten Öffnungen am Sonntag umgangen werden. Bezogen auf die Fragestellung befürworteten die Teilnehmenden die gesetzliche Regelung und allgemeine Gültigkeit der Sonntagsruhe für alle, sprachen sich aber dafür aus, dass Menschen nichtchristlicher Konfessionen einen anderen Tag statt des Sonntags als Austausch einfordern können sollten. Den Sonntag betrachtete diese Planungszelle als Familien und Freundeszeit. Um eine gewisse Flexibilität einzuführen, schlugen sie jedoch vor, dass mögliche Öffnungen festgelegt werden sollten.

Der Sonntag als Tag ohne Verpflichtungen und zur freien Gestaltung war in Planungszelle 3 die wichtigste Aussage. Auch hier wurde die Sonntagsruhe als wichtiger Gegensatz zur Anspannung in der Woche betrachtet, denn die Planungszelle sah diesen Tag als Möglichkeit für die Entschleunigung und Rückbesinnung. Ähnlich wie in den anderen Planungszellen wurde auch hier die Bedeutung eines kollektiven freien Tags hervorgehoben, sodass Freunde und Familie für eine gemeinsame Zeit zur Verfügung stehen könnten. Der stille Tag in der Stadt wurde, wie bereits in Planungszellen 1 und 4, für die innere Ruhe als vorteilhaft empfunden.

PZ 1+4 AE 10	Summe
Möglichkeit zur Gemeinschaft: gemeinsame Unternehmungen, mit anderen gemeinsam frei haben und Zeit für Rituale	33
Ruhetag und Pause vom Alltag: zum Entspannen, Runterkommen, Entschleunigen	33
Verlässlichkeit und Struktur: Sonntag als fester Tag, um Alltagsrhythmus zu durchbrechen für Freizeitgestaltung und Entwicklung von Kreativität und Ideen	18
Flexiblere Gestaltung des Ruhetags diskutieren (z. B. für andere Glaubensrichtungen); Vorschlag: Gewerbetreibende sollen 8-10 Tage für Sonntagsöffnungen zur Verfügung haben	16
Ruhe im Außenbereich, z. B. im Verkehrsraum	14
Soziale Gerechtigkeit bei Ladenöffnungen: keine Ausbeutung der Arbeitskraft	13
Kleinhändler, lokale Bauernläden, Kioske unterstützen (für eine Aufhebung der Sonntagsruhe)	12
Vorbeugung gegenüber Burnout (Work-Life-Balance, klare Abgrenzung vom Beruf)	7
Teilnahme an Stadtfesten und Kulturangeboten	6
Gesetzliche Einschränkungen für den Sonntag - bestehende Ausnahmen weiter einschränken	4
Ausschlafen können	3
Man kann nicht alles gesetzlich regeln: manche Branchen können keine Sonntagsruhe einhalten	3
Christliche Tradition aufrechterhalten	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	171

10: Was ist Ihnen an der Sonntagsruhe wichtig?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ2 AE 10	Summe
4-Tage Woche, um mehr Möglichkeiten zu haben, Freizeit und andere Sachen, die abhängig von Öffnungszeiten sind, zu organisieren	18
Gesetzliche Sonntagsruhe sollte beibehalten werden und für alle gelten	11
Menschen nicht christlicher Konfessionen können einen anderen Tag statt des Sonntags als Austausch einfordern	9
Sonntag als Familien- und Freundszeit	8
Vorschlag: Festlegung für mögliche Öffnungen (z. B. jeden ersten Sonntag)	8
Wir haben keinen Grund gesehen, an der Sonntagsruhe zu rütteln	6
Ruhe vor der Arbeit zu haben, vor allem im digitalen Zeitalter	6
Es soll ein gemeinsamer freier Tag bestehen bleiben, aber es ist wichtig ihn vom christlichen Kontext zu lösen.	6
Vorschlag: Digitalisierung von bürokratischen Prozessen	4
Am Sonntag insgesamt den Geräuschpegel herunter zu fahren, um zur Ruhe kommen zu können.	3
Vorschlag: Abbau der Bürokratie für Anmeldung von verkaufsoffenen Sonntagen	3
Die bestehende gesetzliche Verpflichtung fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft.	2
Summe	84

PZ 3 AE 10	Summe
Tag ohne Verpflichtungen - Tag zur freien Verfügung	14
Entschleunigungstag als Gegensatz zur Anspannung in der Woche; Pause von ständiger Erreichbarkeit und Reizüberflutung - Raum für Rückbesinnung	11
Verfügbarkeit von Freunden und Familie; Zufallsbegegnungen - Zeit für Begegnung (kollektiver freier Tag)	10
Ein stiller Tag in der Stadt, der uns innere Ruhe gibt.	8
Nicht arbeiten; Abgrenzung von Arbeit und Privatem	7
Verlässliche Wiederkehr des Sonntags als innere Oase	6
Präsenzgottesdienste: persönliche Begegnungen in der Gemeinde (auch in der „Corona-Zeit“)	6
Rücksichtnahme auf andere Mitmenschen / Nachbar:innen	4
Gesundheit: Tag der Besinnung ohne Konsum	4
Kulturelle Veranstaltungen (Feste, Museen, etc.)	3
Gelegenheit für die Natur / für Ausflüge	3
Menschen, die am Wochenende arbeiten, müssen die gleichen Angebote erhalten (Kinderbetreuung).	3
Ist es Selbstbestimmung, wenn einem der Tag als kulturelles Gut angeboten wird?	3
Sonntag als freier Tag oder als Alltag?	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	88

AE 11 Freizeit & Gemeinschaft

Freizeit und Gemeinschaft waren die Themen der Arbeitseinheit 11. Hier wurden insbesondere die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und die Bedeutung der gemeinsamen Zeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt thematisiert. Die Teilnehmenden diskutierten darüber, wie sie freie Zeit lieber verbringen – alleine oder zusammen – und wo Gemeinschaft in Düsseldorf erlebt werden kann.

Ein klarer Favorit war in Planungszellen 1 und 4 die Aussage, dass Freizeit und Gemeinschaft am liebsten mit Familie, Freunden, Nachbarn oder befreundeten Kollegen erlebt wird. Ein zweiter wichtiger Aspekt war das Gemeinschaftserlebnis in Vereinen, z. B. in Sportvereinen oder bei Stammtischen. Grundsätzlich fanden beide Planungszellen, dass Gemeinschaft eigentlich überall erlebt werden kann. Die Voraussetzung dafür, so betonten die Teilnehmenden, sei eine hohe Selbstverantwortlichkeit, diese Angebote aufzusuchen und die Offenheit, sich auf andere einzulassen.

In Planungszelle 2 war die wichtigste Aussage, dass die Teilnehmenden Gemeinschaft und Freizeit am liebsten mit ihren Freunden erleben, z. B. in der Schule, an der Uni oder im Beruf, genauso wie im unmittelbaren Umfeld in der Nachbarschaft oder dem Stadtviertel. Auch hier war die Freizeitgestaltung im Sportbereich wichtig, allerdings wurden die Möglichkeiten unabhängig von Vereinen, zum Beispiel im Freien oder im Fitnessstudio, hervorgehoben. Die jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fanden, dass die Ausübung der Hobbies zu Gemeinschaft führt. Das Treffen mit Freunden zum Spielen, analog oder digital, war ebenso wichtig.

11: Freizeit: Lieber alleine oder doch zusammen? Wo erleben Sie Gemeinschaft?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

Dass auch im digitalen Raum Gemeinschaft mit Freunden erlebt wird, unterstrichen die Teilnehmenden mit dem nächsten Aspekt der Online-Freundesgruppen. Planungszelle 3 hob einen Grundsatz als ihre wichtigste Aussage hervor: Dass Gemeinschaft in diversesten Gruppen, wie in der Familie oder mit Freunden, in Netzwerken und Vereinen, Kirchen, Schulen und Parteien erlebt wird. Ähnlich wie in den Planungszellen 1 und 4 griffen auch hier die Teilnehmenden auf, dass das Gemeinschaftserlebnis eine Offenheit voraussetzt: Gemeinschaft entsteht dort, wo ich Gemeinschaft zulasse und etwas teile. Die gleiche Punktzahl erhielt die Äußerung, dass aktive Bürgerbeteiligung und politische Partizipation die Düsseldorfinnen und Düsseldorfer Gemeinschaft erleben lassen.

PZ 1+4 AE 11	Summe
Mit Familie, Freunden, Nachbarn, befreundeten Kollegen	48
In Vereinen (Sportvereine oder Stammtische)	21
Man kann Gemeinschaft eigentlich überall erleben - es liegt immer an einem selbst; die Voraussetzung ist eine hohe Selbstverantwortlichkeit, Angebote aufzusuchen und die Offenheit, sich auf andere einzulassen.	14
Bei Kultur- oder Sportveranstaltungen, auf Konzerten, beim Karneval	12
An einem festen Platz für mehr Straßenkunst, spontane Musik, lockere Veranstaltungen, Sport	10
Im öffentlichen Raum: Flohmärkte, Veranstaltungen der VHS, öffentliche Büchereien	9
Digital: Foren, Online-Spiele, Social-Media-Gruppen	8
Es braucht bessere, attraktive Orte, an denen sich Jugendliche treffen können (draußen, Haus der Jugend oder Jugendclub).	7
Auf Reisen, z. B. durch Busreisen	7
An Kirchen gerichtet: Kirchen für bürgerschaftliches Engagement öffnen; stärker aktiv auf Menschen zugehen und sie abholen	6
In Kirchen und kirchlichen Vereinen, Moscheen, Synagogen	5
Bei Nachbarschaftsfesten und lokalen Weihnachtsmärkten	5
Im Beruf: im Firmenchat, bei Firmenläufen	5
In der Hausgemeinschaft	5
Im Ehrenamt	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	18
Summe	184

PZ 2 AE 11	Summe
Freunde (Schule, Uni, Beruf, Nachbarschaft, Stadtviertel)	10
Beim Sport, unabhängig von Vereinen)	8
Die Ausübung von Hobbies führt zu Gemeinschaft.	7
Treffen mit Freunden zum Spielen (analog und digital)	7
Online-Freundesgruppe (z. B. discord-Server-Gruppen, digital-analoge Hybride, rein digitale Freundschaften)	5
Volkfeste (z. B. Japantag, (Nachbarschafts-)Feste, Kirmes)	5
Brauchtumpflege (Schützen- und Karnevalsverein)	5
Gemeinschaft erleben wir in homogenen Gruppen (Freunde und Familie).	5
Jugendtreffs, Seniorentreffs (auch Jugendclubs für Menschen über 18 Jahre)	4
Durch die digitale Vernetzung bedeutet allein sein nicht gleich Einsamkeit.	4
Gemeinschaft erleben wir in heterogenen Gruppen (Beruf, Schule, Uni)	4
Konzert- und Theaterbesuche, Festivals	3
Besuch von Messen (z. B. Spielemesse Essen, dokomi)	3
Spontane Sozialkontakte (in der Bahn, im Café)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	10
Summe	83

PZ 3 AE 11	Summe
Gemeinschaft erleben wir in diversesten Gruppen: Familie & Freunde, Netzwerke, Vereine, Kirche, Schulen, Parteien	11
Gemeinschaft entsteht da, wo ich Gemeinschaft zulasse, wo ich etwas erlebe, etwas teile.	8
Aktive Bürgerbeteiligung: politische Partizipation; mitmachen und gestalten	8
Veranstaltungen mit niedriger Eingangsschwelle in Düsseldorf (Rock gegen Rechts, Jazz im Hofgarten, Offene Musikhochschule Düsseldorf, kostenfreie Sportveranstaltungen, Nacht der Museen)	7
Regionaler Bezug: „Party im Revier“, Straßenfeste im Quartier, Sommerfest im Altenheim	7
Kommerzielle Veranstaltungen: Brauereien (Latzenbier im Schumacher), Karnevalsveranstaltungen, Kirmes, öffentliche Gesangsveranstaltungen („Frau Höpker bittet zum Gesang!“), Japantag	5
(Familien-)Gottesdienste: Möglichkeit der Begegnung	5
Neue Impulse kennenlernen: Werkstätten mieten, neuen Hobbys nachgehen, Urban Gardening	4
Lieber zusammen: Gemeinschaft verhindert im Idealfall persönliche Vorteilnahme, Egoismus, moralischen Verfall, Konkurrenz	4
Alleine oder gemeinsam: Beides ist möglich und muss Raum finden.	4
Gewählte Gemeinschaft, wo man gemeinsame Ziele und Interessen hat (virtuell oder in Präsenz)	4
„Jeder Jeck ist anders!“ - Individuelle Freizeitgestaltung; je nach Angebot gerne auch Teilnahme an Veranstaltungen	3
Kulturelle und sportliche Angebote für bedürftige Düsseldorfer:innen (DüsselPass, Düsseldorfer Kulturliste)	3
Gemeinschaft erleben wir immer dann, wenn wir gleiche Interessen haben.	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	12
Summe	88

AE 13 Teilhabe & Mitwirkung

In der ersten Arbeitseinheit am letzten Tag wurden die Teilhabe und Mitwirkung der Menschen in Düsseldorf thematisiert. Die Kleingruppen diskutierten die Frage, welche Voraussetzungen ein ehrenamtliches Engagement braucht. Dabei sollten die unterschiedlichen Dimensionen des Ehrenamts – politisches, soziales und religiöses Engagement – betrachtet werden.

Für Planungszellen 1 und 4 stand an erster Stelle die Transparenz über die Möglichkeiten des Engagements. Hier ging es den Teilnehmenden insbesondere darum, dass es ein gutes Informationsangebot der Stadt geben sollte, ebenso wie eine zentrale Anlaufstelle oder Ehrenamtsbörse, die alles koordiniert. Als wichtige Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement sahen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Fähigkeiten und Empfindungen des oder der Ehrenamtlichen: Diese Person sollte durchhalten können, zuverlässig sein, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten haben, durch das Engagement Selbstwirksamkeit und einen Mehrwert für sich erfahren sowie die körperlichen und mentalen Voraussetzungen mitbringen. Der dritt wichtigste Aspekt in den Planungszellen war der Zeitfaktor. Durch eine Reduzierung oder einer flexiblen Gestaltung der regulären Arbeitszeit, bessere Aufteilung der Pflege von Angehörigen sowie einer Anpassung der Sitzungszeiten für das Ehrenamt, könnten wichtige Voraussetzungen geschaffen werden.

Ähnlich wie bei den Angeboten für junge Menschen genannt wurde (siehe AE 09a), fanden auch hier die Teilnehmenden in Planungszelle 2 wichtig, dass das Engagement ernst genommen und gehört werden sollte – dies bezog sich insbesondere auf den Impulsvortrag in AE 13 durch die Sprecherin des Düsseldorfer Jugendrates, die von ihrem Engagement berichtete. Eine wichtige Voraussetzung sahen die jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in einer verbesserten Kommunikation und Information in den Schulen, Universitäten, Betrieben – erneut mit einem speziellen Verweis auf das Engagement im Jugendrat und auf die politische Partizipation. Planungszelle 2 forderte außerdem eine zeitliche Flexibilität, finanzielle Stabilität im Ehrenamt sowie die Verknüpfung des Ehrenamts mit der Ausbildung.

Auch in Planungszelle 3 spielten die Zeit, das persönliche Interesse, die Erreichbarkeit und Flexibilität eine große Rolle, denn die Teilnehmenden bewerteten diesen Aspekt mit der höchsten Punktzahl. Mit etwas Abstand folgten auf Platz zwei und drei die sichtbaren Erfolge und Wertschätzung der Engagierten sowie das erforderliche unterstützende Umfeld mit gleicher Punktzahl. Letzteres wurde verdeutlicht in der fachlichen, finanziellen, sozialen und räumlichen Unterstützung, die die Ehrenamtlichen benötigen.

PZ 1+4 AE 13	Summe
Transparenz über Möglichkeiten des Engagements sowie ein gutes und gebündeltes Informationsangebot durch die Stadt (z. B. auf Info-Plattformen); eine zentrale Anlaufstelle für Ehrenamtler (Stadt, Kirche, AWO); Ehrenamtsbörse; Werbung	31
Durchhaltevermögen, Zuverlässigkeit, Vertrauen in eigene Fähigkeiten, Selbstwirksamkeit und Mehrwert für sich selbst, körperliche und mentale Voraussetzungen, keine Berührungspunkte	23
Zeit; zudem: Reduzierung der Wochenarbeitszeit, mehr Flexibilität der Arbeitgeber:innen, bessere Aufteilung von Care-Arbeit, Anpassung von Sitzungszeiten oder Vereinstreffen	18
Identifikation mit und Begeisterung für ein Thema ist wichtig; Freiwilligkeit und eigener Wille	15
Empathie, Herz, Nächstenliebe und Solidarität	11
Entbürokratisierung (Einstieg vereinfachen); rechtliche Hürden und Bestimmungen reduzieren	10
Transparenz und Flexibilität der angesprochenen Institutionen; klare Zuständigkeiten und Ansprechpartner, Controlling	8
Klares Ziel und Fokus nicht verlieren	8
Ehrenamt als Projektarbeit ermöglichen	7
Wertschätzung des Ehrenamts	6
Der Anstoß und Glaube, etwas ändern zu können	6
BVorbilder; Motivation durch andere; Mentor:innenprogramme	5
Es ist kein Unterschied, ob man sich sozial, politisch oder religiös einbringt	4

Mehr interreligiöses Engagement ermöglichen (Netzwerke im Viertel)	3
Öffentlichkeitsarbeit; Erfolge transparent machen	3
Mehr hybride oder digitale Formate im Ehrenamt (während Corona)	3
Richtige Zielgruppe: jemand muss dafür empfänglich sein	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	168

PZ 2 AE 13	Summe
Wenn wir uns engagieren, müssen wir auch gehört werden.	14
Bessere Kommunikation und Information in Schule/Uni/Betrieb, speziell Jugendrat und Partizipation	12
Zeitliche Flexibilität	9
Finanzielle Stabilität (finanzieller Ausgleich z. B. durch das Grundeinkommen)	8
Die Ehrenämter sollten mit der Ausbildung verknüpft werden (z. B. Sanitäter).	8
Respektvoller Umgang mit Ehrenamtlichen	8
Vergünstigungen (z. B. ÖPNV, Kultur)	7
Interesse	4
Vorschlag: Ausweitung von Sonderurlaub für ehrenamtliches Engagement von den Firmen (z. B. wie bei Schöffen)	4
Leichter Einstieg	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	2
Summe	79

13: Welche Voraussetzungen braucht ein ehrenamtliches Engagement?

Denken Sie dabei auch an politisches, soziales und religiöses Engagement.

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 3 AE 13	Summe
Zeit, persönliches Interesse, Erreichbarkeit und Flexibilität.	17
Sichtbare Erfolge, Wertschätzung, Gemeinschaftsgefühl, innere Befriedigung aus ehrenamtlicher Betätigung heraus	9
Unterstützendes Umfeld muss vorhanden sein (fachlich, finanziell, sozial und räumlich)	9
„Tue gutes und sprich darüber!“ Anerkennung durch Ehrenamtspreise, in den sozialen Medien, durch Pressearbeit	8
Bereitschaft, Talente unentgeltlich einzubringen	7
Es muss sichtbare Zugangsmöglichkeiten geben (z. B. über Ehrenamtsportale / „Ehrenamtsbörse“).	6
Freie, demokratische Gesellschaft als Grundlage für politisches Engagement	6
Freiwilligkeit mit Rückzugsmöglichkeit	5
Was bewegt einen Menschen sich aktiv einzubringen? - Herzblut!	5
Intrinsische Motivation: die richtigen Ehrenamtler finden	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	9
Summe	85

AE 14 Gesellschaft im Wandel: Von Digitalisierung bis Klimawandel

Die vorletzte inhaltliche Arbeitseinheit in Phase I beschäftigte sich mit den großen Fragen der Gesellschaft im Wandel: dem Klimawandel, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und Automatisierung. Dass diese Veränderungen Chancen und Herausforderungen für die Gesellschaft mit sich bringen, ist offenkundig. Die Fragestellung, mit der sich die Kleingruppen in den Planungszellen beschäftigten, lautete: Welchen Beitrag können und sollen die Bürgerinnen und Bürger selbst dazu leisten und was braucht es dafür?

Eine klare Empfehlung wurde in den Planungszellen 1 und 4 für ein nachhaltiges Leben ausgesprochen. Die mit Abstand meisten Punkte erhielt die Forderung, dabei Gebrauchtes zu nutzen, zu reparieren statt wegzwerfen und weniger zu konsumieren. Mit Informationen über Produktionsbedingungen gewappnet, sollten die Bürgerinnen und Bürger zudem saisonal und energiesparend einkaufen können. Ein weiterer wichtiger Aspekt richtete erneut den Blick auf das eigene Verhalten und die Bereitschaft, die eigenen Routinen zu durchbrechen und Komfortzonen zu verlassen. Dabei sollten die Menschen aus Überzeugung und Eigenverantwortung handeln, Zivilcourage zeigen und altruistisch sein. Die Teilnehmenden in den beiden Planungszellen setzten zudem einen politischen Schwerpunkt in ihren Empfehlungen: Die Teilnahme an Bürgerräten, Volksabstimmungen und am Meinungsbildungsprozess, sowie die Demokratieerziehung und das parteipolitische Engagement waren hier wichtige Beiträge, die Bürgerinnen und Bürger selbst erbringen sollten.

In der Jugendplanungszelle stand ebenso der eigene nachhaltig ausgerichtete Konsum an erster Stelle der Aussagen. Die Teilnehmenden befürworteten das Reduzieren der Nachfrage nach nicht nachhaltigen Produkten, um stattdessen ein zunehmend nachhaltiges Produktangebot sowie nachhaltige Kaufentscheidungen zu fördern wie z. B. für Fair-Trade Produkte, E-Mobilität und mit dem Verzicht auf Flugverkehr. Mit deutlichem Abstand folgten die restlichen Aspekte in ihrer Bewertung, wie die Umstellung auf den ÖPNV und den Radverkehr, um sich weniger mit dem Auto zu bewegen oder wie die Reduktion im Konsum tierischer Produkte. Die Planungszelle 2 richtete zudem den Appell an die Politik, für Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger und der Wissenschaft offen zu sein.

Auch Planungszelle 3 platzierte den verantwortungs- und maßvollen Konsum an erster Stelle ihrer Empfehlungen. Dabei sollten Alternativen gesucht werden, wie die „unverpackt“-Läden oder der Kauf saisonaler und regionaler Produkte. Ähnlich wie in Planungszellen 1 und 4, forderte auch diese Planungszelle eine Veränderung auf persönlicher Ebene, wobei die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Komfortzone herauskommen und ihre eigene Lebensweise kritisch hinterfragen sollten. Weitere wichtige Aspekte waren ein konsequentes Engagement zur existentiellen Klimastabilisierung sowie die Schaffung der notwendigen Infrastruktur für die Mobilitätswende.

PZ 1+4 AE 14	Summe
Nachhaltig leben (Kaufverhalten, Ernährung): Gebrauchtes nutzen, reparieren statt wegwerfen, weniger konsumieren; Informationen über Produktionsbedingungen; saisonal und energiesparend einkaufen; Freizeitverhalten verändern	43
Bereitschaft, die eigene Routinen zu durchbrechen und die Komfortzone zu verlassen; Überzeugung, mehr Eigenverantwortung, Zivilcourage und Altruismus	24
Politisches Engagement: Bürgerräte, Volksabstimmungen, Demokratieerziehung zuhause und in der Gesellschaft, parteipolitisches Engagement, Beteiligung am Meinungsbildungsprozess	15
Verkehr: Elektromobilität (noch zu teuer, Entsorgung der Batterien nicht geklärt) sowie Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs (autofreie Innenstadt, Tempolimit verringern)	12
Weniger Bürokratie (Hygieneverordnung)	12
Wunsch: Schulbildung (wieder) erweitern auf das Fach Hauswirtschaft: reparieren, Ernährung, Nachhaltigkeit	9
Informationen: Aufforderung an Medien, ein stärkeres Bewusstsein für die Klimaproblematik zu bewirken; Verpflichtung der Bürger:innen, Informationen zu besorgen und gegen Fake News vorzugehen	8
Weiterer Ausbau von Gärten (Kleingartenanlagen, Bürgergärten) und Parks; artgerechte Pflanzen auf dem Balkon	8
Mutige Politik, die Rahmenbedingungen setzt, aber nicht belehrt; Schaffung von Akzeptanz für politische Maßnahmen	6
Mehrgenerationen: Austausch und neue Ideen; Ältere müssen aktiv werden und sich den Jüngeren anschließen	5

14: Die zukünftigen Veränderungen bringen Chancen und Herausforderungen für unsere Gesellschaft.

Welchen Beitrag können und sollen die Bürgerinnen und Bürger selbst dazu leisten und was braucht es dafür?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

Lokalen Handel (Erzeuger) besser unterstützen	5
Müll: Vermeidung von Verpackungsmüll; Müll nicht im Straßenraum abladen; Kritik an Müllentsorgern (AWISTA)	5
Freiwillige Probetage: autofreier Tag, fleischfreier Tag	5
Kirchliches Handeln sollte Vorbild sein (z. B. Fair-Trade-Produkte)	4
Vegetarische Optionen in Supermärkten besser sichtbar machen; mehr und günstigere vegetarische Varianten bei Events	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	8
Summe	173



PZ2 AE 14	Summe
Nachhaltiger Konsum: Nachfrage reduzieren, um das Angebot hin zu nachhaltigen Produkten zu verändern und nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen (z. B. Fair-Trade, E-Mobilität, auf Flugverkehr verzichten)	22
Mehr ÖPNV und Radverkehr nutzen, um sich weniger mit dem Auto zu bewegen	8
Weniger tierische Produkte konsumieren	6
Die Politik sollte für Vorschläge der Bürger:innen und der Wissenschaft offen sein	6
Weniger Müll produzieren, Plastikverbrauch eines Einzelnen reduzieren	5
Food-Sharing (z. B. über Apps)	4
Sich ehrenamtlich politisch engagieren und so politischen Druck aufbauen	4
Bürger:innen-Versammlung auf Bundesebene mit der Thematik Klimaschutz	4
Antirassistisch denken: eigenes rassistisches und diskriminierendes Gedankengut hinterfragen	4
Offen für Veränderungen sein und sich nicht vor der Zukunft verschließen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	13
Summe	79

PZ 3 AE 14	Summe
Verantwortungsvoll konsumieren, Maß halten, Alternativen suchen (z. B. „unverpackt“, regionale und saisonale Produkte kaufen, „support your local dealer“); Nachhaltigkeit in allen Bereichen berücksichtigen	15
Es braucht eine Veränderung auf persönlicher Ebene (Selbstreflexion im persönlichen Alltag); aus der eigenen Komfortzone herauskommen, die eigene Lebensweise kritisch hinterfragen, andere überzeugen	12
Konsequentes Engagement zur existenziellen Klimastabilisierung: „Geh‘ mit Beispiel voran!“	9
Infrastruktur für die Mobilitätswende schaffen (z. B. Fahrradhighways wie in Kopenhagen, Express U-Bahnen wie in Tokio).	9
Transparenz über mein Handeln (z. B. CO2-Bilanz beim Fliegen)	7
Persönliche Haltung: offen, zukunftsgerichtet und flexibel	5
Aufklärung, Kommunikation, Werbung	5
Anreize schaffen, um ein Umdenken zu forcieren.	5
Neue Berufe und Unterstützungsangebote (z. B. Ausbildung zum IT-Support an Schulen)	4
Bedarf: Bewusstsein für notwendige Veränderungen, objektive Informationen, Mut zum Handeln	3
Ausbau digitaler Infrastruktur und vernetzter Systeme	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	82

AE 15 Schlussempfehlungen

Nach vier Tagen intensiver Information und ausführlicher Diskussionen wurden am letzten Tag die wichtigen Schlussempfehlungen aus dieser Phase des Bürgergutachtens erarbeitet. Die Phase I im Bürgergutachten war, wie zuvor auch beschrieben, als Grundlage für die Beteiligung der nächsten Phase gestaltet. Die Schlussempfehlungen waren demnach auch direkt an die Teilnehmenden der nächsten Phase gerichtet: Welche fünf wichtigsten Empfehlungen sollten die Bürgerinnen und Bürger in Phase II erhalten, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Evangelische Kirche in Düsseldorf zu entwickeln? Die Schlussempfehlungen der Phase I sind das zentrale Ergebnis der viertägigen Arbeit und deshalb hier auch ausführlicher dargestellt.

In den Ergebnissen der Planungszellen 1 und 4 stehen die zwei wichtigsten Schlussempfehlungen mit der gleichen Punktzahl. Eine dieser Empfehlungen lautete, die Kirchen zu Begegnungs-, Aktions- und Wohlfühlorten umzuwandeln. Es wurde unter anderem Bezug genommen auf die Räume der Kirche, die für unterschiedlichste Ideen und für alle Menschen, auch Nicht-Mitglieder oder Andersgläubige, zur Verfügung gestellt werden sollten. Gleichauf stand die große Aufgabe, den Klimawandel zu verstehen und zu verhindern. Dabei sahen die Teilnehmenden in beiden Planungszellen die Kirche in einer besonderen Rolle als Fürsprecher für Menschen, Natur und den Klimaschutz vor Ort.

Die Bedeutung der Kirche vor Ort wurde in der nächst wichtigen Empfehlung erneut aufgegriffen. Denn hier wurde betont, dass die Kirche den Menschen vor Ort zuhören, aktiv auf sie zugehen und sie dabei abholen sollte. Eine persönliche Ansprache schien hier wichtig, denn die Kirche sollte auch bei Kirchenaustritten konkret nach den Gründen fragen. Um mit den Menschen vor Ort gut kommunizieren zu können, sollte sie die Sprache des Herzens finden, tolerant sein und zum Mitmachen auffordern.

**„Die Kirche muss politischer werden:
Bildung, Integration, soziale
Gerechtigkeit, Umwelt.“**

PZ 1+4

Eine veränderte Rolle für die Kirche fand sich in der nächsten Empfehlung, die sie aufforderte politischer zu werden und sich für die Demokratie innerhalb und außerhalb der Kirche einzusetzen. Auch war den Teilnehmenden wichtig, dass die Kirche das Bedürfnis der Menschen, sich zu engagieren, mitnimmt und dabei in konkrete, zeitlich begrenzte und niedrighschwellige Projekte umsetzt.

Die Jugendplanungszelle griff auch in ihren Schlussempfehlungen einen Aspekt auf, der sich immer wieder in den Empfehlungen der vorangehenden Tage erkennen ließ: Der Planungszelle 2 war besonders wichtig, dass die Pflege verstaatlicht wird, die Alten- und Krankenpflege bezahlbar bleibt und nicht profitorientiert arbeitet.

Die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Politik wahrzunehmen, ihre Sichtweise ernst zu nehmen und zu unterstützen, waren weitere Empfehlungen, die sich hier wiederfanden.

An dritter Stelle der Schlussempfehlungen stand die Forderung, Düsseldorf als grüne Stadt mit mehr Grünflächen, Straßenbegrünung, bepflanzten Hausfassaden und Dachgärten zu gestalten. Mit gleicher Punktzahl bewerteten die Teilnehmenden den vierten Aspekt, den politischen Einsatz der Kirche für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

„Die Kirche trägt noch einen wichtigen Teil zur Einigkeit der Gesellschaft bei. Dies ist ihre Pflicht als Institution der Zusammenkunft. Um dies zu ermöglichen muss die Kirche helfen, sozial schwächeren Schichten einen sozialen Ein- und Aufstieg zu ermöglichen. Dafür sollte sich die Kirche politisch für das bedingungslose Grundeinkommen einsetzen, um eine Gesellschaftseinigkeit aufrecht zu erhalten.“

PZ 2

Eine andere Stadt- und Verkehrsplanung für Düsseldorf wünschten sich die Teilnehmenden mit den Forderungen nach einer Verkehrswende (dem Ausbau der Fahrradwege und dem preiswerten ÖPNV) sowie bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum.



In der evangelischen Planungszelle stand an erster Stelle der Schlussempfehlungen die Kommunikation von Toleranz und christlichen Werten, wie Solidarität, Nächstenliebe, Fairness und Respekt. Auch diese Planungszelle griff eine ihrer Empfehlungen aus den vorangehenden Tagen erneut auf und forderte das Aufbrechen sozialer Schichten und Strukturen und dabei die Schaffung von Lebensräumen und durchmischten Wohnvierteln. Diese beiden Schlussempfehlungen erhielten die gleiche Punktzahl.

„Kommunikation von Toleranz und christlichen Werten: Nächstenliebe, Solidarität, Fairness, Respekt.“

PZ 3

Die Beteiligung der Evangelischen Kirche in gesellschaftspolitischen Themen, wie der Umwelt, Digitalisierung oder Demokratie, was als nächster Aspekt genannt wurde, reiht sich an die Forderung aus den Planungszellen 1 und 4 nach einer stärkeren politischen Rolle der Evangelischen Kirche an.

Die Orientierung und Werte erhielten auch in der folgenden Aussage eine besondere Rolle, denn Wunsch der Planungszelle 3 war es, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Toleranz und Vielfalt erfahren sollten.

Die soziale Stadtentwicklung Düsseldorfs wurde hier in der Forderung nach bezahlbarem Wohnen und der Förderung von Mehrgenerationenprojekten sichtbar.

PZ 1+4 AE 15	Summe		
Macht Kirchen zu Begegnungs-, Aktions- und Wohlfühlorten! Kirche sollte Räume für unterschiedlichste Ideen und für alle - auch für Nicht-Mitglieder und Andersgläubige - bereitstellen	23	Toiletten für Ältere aufstellen und für deren Sauberkeit sorgen	7
Große Aufgabe: den Klimawandel verstehen und verhindern; Kirche als Fürsprecher für Menschen, Natur und den Klimaschutz vor Ort	23	Lebensraum in den Stadtvierteln: Lebens- und Zusammenhaltsgefühl stärken; Begegnungsorte im Quartier; die Anonymität der Großstadt durchbrechen	6
Kirche sollte den Menschen vor Ort zuhören, sie abholen und aktiv durch persönliche Ansprache auf sie zugehen (z. B. bei Kirchengängen nachfragen). Sie sollte die Sprache des Herzens finden, tolerant und offen sein; zur Partizipation auffordern	17	Frage: Braucht die Stadt die Kirche und braucht die Kirche die Stadt?	6
Einsatz für Demokratie innerhalb und außerhalb der Kirche; die Kirche muss politischer werden (Bildung, Integration, soziale Gerechtigkeit, Umwelt).	16	Kirche soll Bildungsauftrag stärker wahrnehmen (auch lebenspraktische Kompetenzen wie Kochen oder Handwerken vermitteln)	5
Kirche sollte das Engagementbedürfnis einsammeln und in konkrete, zeitlich begrenzte und niedrigschwellige Projekte umsetzen: mehr Initiativen wie „hallo nachbar“ gründen und nachbarschaftliche Hilfe/Solidarität fördern	12	Kirche kann die große Chance nutzen, verschiedene Ziele in einigen Maßnahmen zu erreichen (z. B. Reparaturcafé gegen Klimawandel und für Seelsorge)	5
Interkulturalität fördern und interreligiöse Netzwerke aufbauen	10	Transparenz und Kommunikation: Überblick der Angebote (digital und analog), Vernetzung der Akteur:innen und digitalen Angebote an zentraler Stelle (Ehrenamtsbörse)	4
Die Kirche sollte sich um zeitgemäße gesellschaftsrelevante Themen/Angebote kümmern, kontrovers diskutieren, digitaler und moderner werden (an den Werten heutiger Zeit orientieren: LGBTIQ, Antirassismus).	10	Probleme akzeptieren, Wirtschaft und Menschen machen lassen; Mitgliederschwund in Kirchen aushalten (traditionell bleiben)	4
Wohnraum für obdachlose und sozial benachteiligte Menschen auch von der Kirche zur Verfügung stellen und sozialen Wohnungsbau monetär durch die Kirche fördern	9	Kirche soll klar und öffentlich machen, wofür sie steht und was sie anbietet; transparent sein, was sie mit den Resultaten des Bürgergutachtens macht	4
		Kirche sollte sich für die Barrierefreiheit einsetzen (Wohnen, Verkehr, Freizeit, Kultur, Armut)	3
		Mehr Selbstbeteiligung der Bürger:innen möglich machen, z. B. durch das Bürgergutachten, aber auch durch mehr Information; aleatorische Demokratie	3
		Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	12
		Summe	179

15: Welche Schlussempfehlungen möchten Sie der nächsten Gruppe an Bürgerinnen und Bürgern an die Hand geben?

PZ2 AE 15	Summe
Uns war besonders wichtig: verstaatlichte Pflege und bezahlbare Alten- und Krankenpflege - nicht profitorientiert	17
Partizipationsmöglichkeiten für Jugend in der Politik wahrnehmen; junge Menschen ernst nehmen und unterstützen, nicht abweisen	13
Grüne Stadt Düsseldorf: Mehr Grünflächen, Straßenbegrünung, bepflanzte Hausfassaden und Dachgärten	8
Die Kirche sollte sich politisch für das bedingungslose Grundeinkommen einsetzen, um eine Gesellschaftseinigkeit aufrecht zu erhalten.	8
Verkehrswende: Fahrradwege ausbauen; vergünstigter und preiswerter ÖPNV	6
Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum	6
Ein höheres Bewusstsein für die umwelttechnische Situation: Verkehrswende; nachhaltigen Konsum staatlich und gemeinschaftlich fördern	5
Bessere Verfügbarkeit von psychischen, therapeutischen und psychosozialen Unterstützungsangeboten	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	13
Summe	79

Bitte nennen Sie Ihre fünf wichtigsten Empfehlungen.

PZ3 AE 15	Summe
Kommunikation von Toleranz und christlichen Werten: Nächstenliebe, Solidarität, Fairness, Respekt	16
Soziale Stadt / Viertel: Soziale Strukturen und Schichten aufbrechen, Wohnviertel durchmischen, Lebensräume schaffen, Lücken schließen	16
Partizipation in gesellschaftspolitischen Themengebieten (z. B. Umwelt, Digitalisierung, Demokratie) durch die Evangelische Kirche	8
Orientierung und Werte: Alle Menschen sollten unabhängig von ihrer Herkunft Toleranz und Vielfalt erfahren.	6
Konzept für bezahlbare Wohnungen	6
Mehrgenerationenprojekte fördern	5
Mitnahme aller Altersgruppen und sozialer Strukturen durch Angebote; Begegnungs- und Quartiersräume	5
Unterstützendes Umfeld für Teilhabe und Mitwirkung schaffen; aktive Beteiligung der Bürger:innen durch direkte Ansprache und zur Motivation des sozialen Engagements	5
Verkehrswende: Fahrradwege, kurze Wege, Begrünung, Ausbau alternativer Transportmittel (z. B. Car-sharing, „Clever-Shuttle“, Leihfahrräder, ÖPNV)	5
Individuelle, öffentliche und wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Bauauflagen, bestehende Gebäude umrüsten, erneuerbare Energien, individueller Konsum, Unverkäufliches nutzen	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	79



**Bürgergutachterinnen
und Bürgergutachter
der Phase 2**

Phase II Mitwirkende

Vorbemerkungen zum besseren Verständnis

Das Einladungsverfahren in Phase II wurde ähnlich wie in der vorangehenden Phase gestaltet. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wurden auch in Phase II durch ein elektronisches Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Kirchenregister der Evangelischen Kirchengemeinde Düsseldorf bestimmt. Ziel war es, etwa 100 Teilnehmende zu erreichen – vier Planungszellen zu je 25 Personen. Die eingeladenen Personen erhielten einen persönlichen Einladungsbrief des IDPF, ein Anschreiben des Oberbürgermeisters und eine Antwortpostkarte. Diese konnten sie an das IDPF zurücksenden. Sie konnten sich auch telefonisch oder per E-Mail anmelden. Zeitgleich mit den Einladungen half die Volkshochschule Düsseldorf, die Veranstaltung als Bildungsveranstaltung einzurichten, zur Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung (nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz). Zudem wurde das gesamte Verfahren von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannt, sodass Landes- und Bundesbeamte Sonderurlaub beantragen konnten.

Die Zusammensetzung der Planungszellen in Phase II

Die Zusammensetzung der Planungszellen wurde in Phase II umgekehrt. In Planungszelle 1 („städtische Planungszelle“) nahmen Personen teil ab einem Alter von 14 Jahren, die aus dem städtischen Einwohnermelderegister ausgewählt wurden. Planungszellen 2 und 3 („evangelische Planungszellen“) waren Teilnehmende ab 14, die aus dem Kirchenregister bestimmt wurden – also aus dem Kreis der Mitglieder der Evangelischen Kirche Düsseldorf. Die Teilnehmenden der Planungszelle 4 („evangelische Jugendplanungszelle“) wurden ebenso zufällig aus dem kirchlichen Melderegister gezogen und setzten sich aus Teilnehmenden zwischen 14 und 28 Jahren zusammen. Am Verfahren nahmen 91 Personen teil, da einige kurzfristig absagen mussten.

Planungszelle 1	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren
Planungszelle 2	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 3	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 4	„evangelisch-jugendlich“, Kirchenregister, 14 - 28 Jahre

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

David Ananaba
Milena Aßmann
Clemens Bailhé
Magdalena Best
Maj Blume
Frank Borstelmann
Maria-Theresia Bremer
Ingo Breuch
Maik Brünner
N. N.
Elena Camaiani
Celina Caspary
Evghenia Chipnis
Hanna Claes
Dierk Cordes
Joachim Daube
Sabrina Dehmel
Mario Dekow
Theodor Diller
Sebastian Ducke
N. N.
Lena Franziska Sophie Düllmann
Moritz Ehrenreich
Michael Fisher
Stefan Frischauf
Ralf Fröhlich
Claudia Fuhrmann
Moritz Graf von Hardenberg
Vera Grigat
Erik Grobecker
Vincenz Herfen
Vanessa Homann
Axel Hoppenbrock
Azar Kamali
Christel Kaufmann-Hocker
Leonhard Kaulmann
Yibanami Khumalo
Rowena Kichler
Robert Knaps
Manfred Kotschedoff
N. N.
Renate Krüger
N. N.
N. N.
Markus Kügler

Luise Langer
N. N.
Fryer Lawrence
N. N.
Christian Lentzen
Julia Lewin
N. N.
Julian Lorenz
Jolina Ludwig
Liane Lübke
N. N.
Hans-Werner Merkelbach
Wolfgang Meyer
Patrick Moll
Ronja Munko
Benjamin Musch
Rebecca Müller
Klaus Dieter Nickoll
Charlotte Oberste-Frielinghaus
Günter Ostermann
Günther Peters
André Plöger
Marie-Sophie Pohlmann
Beate Rajkovic
Alexandre Ramos de Loureiro
Lilia Rein
Birte Rohe
Florian Sauer
Aaron Scherzer
N. N.
N. N.
Mia Schröder
Kira Schulz
Annabel Seubert
Christiane Sieghart-Edel
Patrick Stoye
N. N.
Claus Van den Bosch
Ute Von Ampting
Petra Weigand
Monika Irmgard Ella Weise-Kirchesch
Tobias Wessel
Frieda Wiese
Malte Wunderlich
Larissa-Sophie Zander

Die Referentinnen und Referenten

Claudia Balkhausen,
MachMit – Die Freiwilligenzentrale

Nico Ballmann, *Pfarrer Gemeinde Bickendorf*

Lillith Becker, *YEET, Ev. Contentnetzwerk*

Laura-Alina Blüming,
Ev. Tersteegen-Kirchengemeinde

Cornelia Coenen-Marx, *Seele und Sorge*

Nils Davidovic, *Ev. Jugendkirche Düsseldorf*

Barbara Dully, *Ernst-Lange-Haus*

Jonas Einck,
evangelische jugend düsseldorf

Dr. Martin Fricke,
*Kreissynodalvorstand,
Evangelische Kirche Düsseldorf*

Heinrich Fucks,
*Superintendent Evangelische
Kirche Düsseldorf*

Dr. Andrea Gorres,
Pfarrerin, Kirchenkreis Leverkusen

Gerrit Heetderks,
*Evangelisches Erwachsenenbildungswerk
Nordrhein (i. R.)*

Hanna Jacobs,
Epiphanius-Gemeinde Hannover

Esther Mujawayo-Keiner,
Trauerort Berger Kirche

Karin Nell,
Ev. Zentrum für Quartiersentwicklung (i. R.)

Antje Rösener,
*Ev. Erwachsenenbildungswerk
Westfalen und Lippe e. V.*

Michael Schmidt, *Diakonie Düsseldorf*

Heike Schneiderei-Mauth,
*Kreissynodalvorstand,
Evangelische Kirche Düsseldorf*

Prof. i. R. Dr. Gerhard Schäfer,
*Professor für Gemeindepädagogik
und Diakoniewissenschaft*

Oliver Targas, *Welcome Point 01*

Anja Venedey, *Diakonie Düsseldorf*

Stefanie Volkenandt, *Icklack Düsseldorf*

Annette Windgasse, *Trauerort Berger Kirche*

Ursula Wolter,
MachMit – Die Freiwilligenzentrale

Das Team des IDPF

Emilia Blank
Sabrina Hosono, M.A.
Jannos Karabotsos-Galonski
Jonas Klein
Joel Müller
Dipl. biol. Timo Rieg
Simon Villa Ramirez
Nils Wadenpohl, M.A.
Yazgülü Zeybek, M.Sc

Arbeitsprogramm

In zwei aufeinanderfolgenden Wochen tagten jeweils zwei Planungszellen im Abstand von einer Stunde. Die ersten beiden Planungszellen tagten vom 30. Juni bis 03. Juli 2021, also von Mittwoch bis Samstag, von morgens bis spätnachmittags. Die dritte und vierte Planungszelle tagte jeweils vom 05. bis 08. Juli 2021, also von Montag bis Donnerstag, ebenso von morgens bis spätnachmittags. Zwischen den einzelnen Arbeitseinheiten (AE) hatten die Teilnehmenden Kaffee- oder Mittagspause. Zuvor hatte die Evangelische Kirche Düsseldorf den Teilnehmenden ein Päckchen mit kleinen Aufmerksamkeiten, wie Tee und Schokolade, zugeschickt. Die Teilnehmenden wählten sich in die Videokonferenz über die Software „Zoom“ ein. Einigen Teilnehmenden, die zuhause nicht die Möglichkeit einer digitalen Teilnahme hatten, wurde ein ausgestatteter Arbeitsplatz im Haus der Kirche zur Verfügung gestellt. Zudem gab es die Möglichkeit für die Teilnahme von zuhause technische Ausstattung, z. B. ein Headset oder eine Kamera, zu erhalten, falls diese nicht verfügbar war.

Jede Planungszelle wurde betreut von einem Prozessbegleiter oder einer Prozessbegleiterin, einer Tagungsassistenz sowie einer Person, die zuständig für die technische Unterstützung war.

Die inhaltliche Gestaltung des Arbeitsprogramms in dieser Phase basierte auf den zentralen Ergebnissen der Phase I. So konnten vier große Themenschwerpunkte herausgearbeitet werden, die die Grundlage der viertägigen Arbeit bildeten. Die Themenblöcke waren: Verkündigung, Diakonie, Bildung und Kirche mit den Menschen. Jeder Themenblock wurde in zwei Arbeitseinheiten behandelt.

PZ 1+3 PZ 2+4	Tag 1	Tag 2	Tag 3	Tag 4
08:00 – 09:00 09:00 – 10:00	<i>Arbeitseinheit 1:</i> Begrüßung und Einführung	<i>Arbeitseinheit 5:</i> Vorstellung der Ergebnisse Phase I	<i>Arbeitseinheit 9:</i> Start-Plenum	<i>Arbeitseinheit 13:</i> Kirche mit den Menschen Im Quartier
09:30 - 11:00 10:30 – 12:00	<i>Arbeitseinheit 2:</i> Verkündigung & Kommunikation Botschaft der Kirche	<i>Arbeitseinheit 6:</i> Diakonie & Gerechtigkeit Soziale Verantwortung	<i>Arbeitseinheit 10:</i> Von der KiTa bis zur Familienbildung	<i>Arbeitseinheit 14:</i> Kirche mit den Menschen Seelsorgeangebote
12:30 – 14:00 13:30 – 15:00	<i>Arbeitseinheit 3:</i> Verkündigung & Kommunikation Vermittlung der Werte	<i>Arbeitseinheit 7:</i> Diakonie & Gerechtigkeit	<i>Arbeitseinheit 11:</i> Lebenslanges Lernen Meinungsbildung in jedem Alter	<i>Arbeitseinheit 15:</i> Schlussempfehlungen an die Evangelische Kirche
15:00 – 16:00 16:00 – 17:00	<i>Arbeitseinheit 4:</i> Exkursion Orte der Verkündigung	<i>Arbeitseinheit 8:</i> Exkursion Partizipation & Engagement	<i>Arbeitseinheit 12:</i> Im Gespräch mit Kirchen- und Diakonieleitung	<i>Arbeitseinheit 16:</i> Verabschiedung und Ausklang

Die Arbeitseinheiten



Arbeitseinheit 01 Begrüßung & Einführung

Zu Beginn begrüßte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel, die Teilnehmenden in einer Video-Ansprache. Er dankte ihnen für die Mitwirkung und bat um gemeinsame Gestaltung der Kirche der Zukunft. Der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf, Heinrich Fucks, erläuterte den Teilnehmenden die Beweggründe für die Beauftragung des Bürgergutachtens und versprach eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen. Zudem gab er einen Rahmen für den Veränderungsprozess in der Evangelischen Kirche vor. Für ein zielführendes Ergebnis war besonders wichtig, dass die Teilnehmenden von Anfang an erfuhren, für welche Bereiche der Kirche sie Empfehlungen aussprechen können bzw. welche Strukturen neu gedacht werden können und welche wiederum nicht – als Beispiel für letzteres wurden hier die Grundlagen des evangelischen Glaubens genannt.

Nach einer kurzen Darstellung über den bisherigen Verlauf des Verfahrens und der Phase I sowie über die digitale Durchführung, führte die Prozessbegleitung des IDPF durch den Ablauf und die Organisation des Verfahrens.

Arbeitseinheit 02 Verkündigung & Kommunikation

Den Einstieg in die inhaltliche Arbeit bildete in der zweiten Arbeitseinheit des Bürgergutachtens der Themenblock Verkündigung und Kommunikation. Im Kern ging es hier darum zu erfahren, was die Botschaft der Evangelischen Kirche ist und wie sie kommuniziert wird. Die Referentin Hanna Jacobs, Pfarrerin der Epiphantias Gemeinde und Autorin für „Die Zeit“, stellte den Teilnehmenden die „sieben Kostbarkeiten“ des christlichen Glaubens vor: Geduld, Liebe, Freiheit, Leidenschaft, Dankbarkeit, Wandel und Ewigkeit. Sie zeigte anhand des Kirchenjahres, wie diese Kostbarkeiten im evangelischen Glauben gefeiert werden und wie an sie gedacht wird. Superintendent Heinrich Fucks ging in dieser Arbeitseinheit auf die Schwerpunkte und Kommunikationswege der Evangelischen Kirche in Düsseldorf ein.

Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden in Kleingruppen Vorschläge dafür, mit welchen Schwerpunkten die Evangelische Kirche Düsseldorf heute stärker wahrgenommen werden, auftreten und sich einbringen sollte.

Arbeitseinheit 03 Verkündigung & Kommunikation

In der darauffolgenden Arbeitseinheit wurde das Thema Verkündigung und Kommunikation vertieft betrachtet. Wen spricht die Evangelische Kirche an und welche Sprache oder Kommunikationswege verwendet sie? Pfarrer Nico Ballmann, der auch als Instagram-Pfarrer bekannt wurde, berichtete den Teilnehmenden von den unterschiedlichen digitalen Kommunikationsmitteln, die er verwendet, um die Botschaft der Evangelischen Kirche zu verbreiten, und gab Tipps zum Umgang mit den sozialen Medien. Die Referentin Lilith Becker stellte das evangelische Netzwerk „Yeet“ vor und erläuterte den Trend der „Sinnfluencer“, eine Kombination aus Seelsorgern und Influencern. Letzteres bezieht sich auf Menschen, die soziale Medien in hoher Frequenz nutzen, um zu bestimmten Themen eine soziale Interaktion zu initiieren. In ihrem Impulsvortrag erzählte die Referentin und Filmstudentin Laura Alina Blüming aus der Tersteegen Gemeinde in Düsseldorf von ihren Erfahrungen mit Online-Gottesdiensten, die sie gemeinsam mit ihrem Vater, Presbyter der Gemeinde, während der Corona-Zeit erstmals angestoßen und realisiert hat. So konnten sie auch während der Einschränkungen sicherstellen, dass sie die Gemeindeglieder erreichen konnten und die Gottesdienste nicht ausfallen.

Nach den Vorträgen ging es in die Kleingruppenarbeit mit der Frage, welche Kanäle der Kommunikation die Evangelische Kirche nutzen sollte. Dabei war wichtig, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diese Kanäle den Zielgruppen und den zu vermittelnden Botschaften zuordneten.

Arbeitseinheit 04 Exkursion Orte der Verkündigung

Um sich ein besseres Bild über die Vermittlung der Botschaft und die Verkündigung zu machen, konnten die Teilnehmenden am Nachmittag des ersten Tages unterschiedliche Orte der Verkündigung besuchen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durften sich einen von vier Exkursionsorten aussuchen und wurden dort von Expertinnen und Experten in Empfang genommen. Sie wurden geführt, konnten Fragen stellen und einen Eindruck über die unterschiedlichen Orte, an denen Glaube in der Stadt gelebt wird, gewinnen. Für die Exkursionen wurden vorab folgende Orte organisiert: das Parkour Exerzitien der Jugendkirche, die Evangelische Klinikseelsorge in der Düsseldorfer Uniklinik (nur in der zweiten Woche), der Trauerort Berger Kirche und das Ernst-Lange-Haus in Hassels.

Das Parkour Exerzitien ist ein Format der Jugendkirche, organisiert von Nils Davidovic. Hier konnten die Teilnehmenden unterschiedliche Bewegungen ausprobieren, Hindernisse überwinden und dabei in Austausch treten. In der Uniklinik wurde die Kapelle besichtigt und Gespräche zur Arbeit der Evangelischen Klinikseelsorge geführt. Im Ernst-Lange-Haus erfuhren die Teilnehmenden von Barbara Dully, wie das Bürgerzentrum im Stadtteil Hassels und in der Haselnussiedlung als Begegnungsort und Anlaufstelle für Anwohnerinnen und Anwohner fungiert. Durch den Trauerort Berger Kirche führten Annette Windgasse und Esther Mujawayo-Keiner und stellten dabei den Trauerort als einen Ort vor, an dem Menschen aus allen Kulturen ihre persönlichen (Trauer-)Rituale selbst gestalten können.

Arbeitseinheit 05 Vorstellung der Ergebnisse aus Phase I

Die Phase I des Bürgergutachtens Glaube in der Stadt befasste sich mit den unterschiedlichen Bedürfnissen der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in Themenfeldern wie Rituale und Lebenswenden, Armut, Wohnraum, Partizipation und Teilhabe, Klimawandel und Digitalisierung. Zum Abschluss erarbeiteten die Teilnehmenden aus diesen Bedürfnissen ihre Schlussempfehlungen, die in die Gestaltung der Phase II eingeflossen sind. Damit die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter der Phase II konkrete Handlungsempfehlungen für die Evangelische Kirche – auch auf Basis der Schlussempfehlungen aus Phase I – entwickeln konnten, wurden die Ergebnisse ihnen zu Beginn des zweiten Tages in Arbeitseinheit 05 vorgestellt. Diese Schlussempfehlungen konnten die Teilnehmenden der Phase II abwägen, beraten und gegebenenfalls in ihre eigenen Empfehlungen einfließen lassen.



Arbeitseinheit 06 Diakonie & Gerechtigkeit

In zwei Vorträgen wurde der zweite Themenblock Diakonie und Gerechtigkeit eingeführt. Die Diakonie betrifft einen Kernbereich des evangelischen Glaubens – den Dienst am Menschen, und wurde daher tiefergehend im Bürgergutachten behandelt. In Arbeitseinheit 06 ging es zunächst um die theologischen Grundlagen der Diakonie, vorgestellt durch Prof. i. R. Dr. Gerhard Schäfer, Experte für Diakoniewissenschaft und -geschichte der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe. Prof. Dr. Schäfer erläuterte die Grundaspekte diakonischen Handelns, die breite Vielfalt der diakonischen Einrichtungen und die aktuellen Herausforderungen. In welchen Bereichen die Diakonie in Düsseldorf tätig ist, wurde im zweiten Vortrag von Michael Schmidt, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Düsseldorf, deutlich. Herr Schmidt trug zunächst wichtige Zahlen und Fakten zu den diakonischen Einrichtungen vor, wie die Zahl der ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen. Anschließend wurden die unterschiedlichen Handlungsfelder, Einrichtungen und Angebote detailliert vorgestellt. Damit sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ein umfangreiches Bild über die Diakonie in Düsseldorf machen konnten, wurde auch die Finanzierung und eine grobe Aufteilung der Ausgaben dargestellt.

In den Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden darüber, welche Antworten die Evangelische Kirche mit ihren diakonischen Einrichtungen auf die sozialen Fragen und Probleme der Stadt Düsseldorf bieten könnte und welche Schwerpunkte sie dabei setzen sollte.

Arbeitseinheit 07 Diakonie & Gerechtigkeit

Der Themenblock wurde in Arbeitseinheit 07 vertieft mit einem eingehenden Blick auf den Kernarbeitsbereich der Diakonie, der sozialen Arbeit. Anja Venedey, Geschäftsbereichsleiterin für Gesundheit und Soziales, informierte die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter über die Angebote für Geflüchtete sowie für wohnungslose und arme Menschen. Sie erläuterte zudem, mit welchen Mitteln diese Angebote finanziert werden und wie sich die Arbeit der Diakonie im Alltag gestaltet. Stefanie Volkenandt ergänzte diesen Vortrag mit einer Vorstellung der „Icklack“, einer Wohneinrichtung für wohnungslose Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Dieses Tätigkeitsfeld der Diakonie, so die Leiterin der Icklack, umfasst die Fachberatung, Notschlafstellen und ein Wohnheim für einen längeren Aufenthalt. Frau Volkenandt führte aus, welchen geschlechtsspezifischen Herausforderungen wohnungslose Frauen begegnen. In den Kleingruppen wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gebeten, herauszuarbeiten, mit welchen Ressourcen und Mitteln sich die Evangelische Kirche und ihre diakonischen Einrichtungen in der Armutsbekämpfung einsetzen sollten. Dabei was wichtig, nicht nur an finanzielle Mittel zu denken.

Arbeitseinheiten 08/09 Exkursion Partizipation & Engagement und Start-Plenum

Im Anschluss an den zweiten Themenblock fand am Nachmittag des zweiten Tages die nächste Exkursion statt. Die Teilnehmenden hatten zuvor erfahren, dass viele Angebote der Diakonie nur durch die Mitwirkung und das ehrenamtliche Engagement einer Vielzahl von Menschen aufrechterhalten werden. Im Rahmen der Exkursion gab es daher die Möglichkeit, die Vielfalt und Breite des ehrenamtlichen Engagements in der Evangelischen Kirche kennenzulernen. Erneut konnte einer von fünf Exkursionsorten ausgewählt werden. Bei den folgenden Organisationen wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter geführt und informiert: die MachMit Freiwilligenzentrale, der Welcome Point 01 und die Icklack. Zwei der vorab organisierten Orte wurden nicht besucht: der Raum der Stille in der Uniklinik Düsseldorf sowie die Seelsorgefortbildung/Freiwilligenarbeit.

Die Arbeit der MachMit Freiwilligenzentrale lernten einige Teilnehmende in der Versöhnungskirche kennen. Dort informierten Ursula Wolter und Claudia Balkhausen über die Vermittlung von Ehrenamtlichen und die erforderlichen Rahmenbedingungen. Im Welcome Point 01, einer zentralen Anlaufstelle für Geflüchtete, die Begegnungen zwischen Zugewanderten mit Fluchterfahrung und „alteingesessenen“ Düsseldorfern fördern, wurden einige Teilnehmende von Oliver Targas empfangen.

Die Icklack hatten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bereits in Arbeitseinheit 07 kennengelernt. Zur Exkursion führte die Referentin Stefanie Volkenandt durch die Einrichtung.

Am folgenden Morgen wurden die unterschiedlichen Eindrücke aus den Exkursionen im Start-Plenum in Arbeitseinheit 09 gesammelt. In Kleingruppen konnten sich die Teilnehmenden über das ehrenamtliche Engagement innerhalb der Evangelischen Kirche austauschen. Sie diskutierten zum einen über die Frage, welche Rahmenbedingungen gegeben sein sollten, damit das Engagement erhalten bzw. ausgebaut werden kann. Zum anderen entwickelten sie Ideen, wie die Evangelische Kirche das Engagement junger Menschen in Düsseldorf fördern könnte.



Arbeitseinheit 10 Von der KiTa bis zur Familienbildung

Der nächste Themenblock befasste sich mit der Bandbreite der kirchlichen Bildungsarbeit. Hier wurde zunächst grundlegend darüber informiert, was unter dem Bildungsauftrag der Evangelischen Kirche zu verstehen ist. Gerrit Heetderks, Diplom-Pädagoge und langjähriger Geschäftsführer des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes (eeb) Nordrhein erläuterte den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern die Grundlagen: Welchen Zweck befolgen die Bildungsangebote und welche Angebote gibt es für welche Zielgruppen? Anschließend gab es einen praxisbezogenen Einblick aus Düsseldorf von Dr. Martin Fricke, Synodalassessor des Kirchenkreises Düsseldorf und Schulpfarrer am Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium. Herr Dr. Fricke stellte die unterschiedlichen Bildungsangebote der Evangelischen Kirche in Düsseldorf dar – von den Kindertagesstätten über den Religionsunterricht in den Schulen bis hin zur Erwachsenen- und Familienbildung. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter berieten anschließend über die Bildungsangebote der Evangelischen Kirche in Düsseldorf. Sie erarbeiteten Vorschläge dazu, welche Angebote besonders wichtig sind und ausgebaut werden sollten. Angesichts der Tatsache, dass die Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche, ähnlich wie viele andere Bereiche, mit immer schwierigeren wirtschaftlichen und personellen Rahmenbedingungen konfrontiert ist, wurde in den Kleingruppen auch darüber diskutiert, welche der Bildungsangebote in den Hintergrund treten können.

Arbeitseinheit 11 Lebenslanges Lernen

Der Themenblock Bildung wurde in Arbeitseinheit 11 mit einem Schwerpunkt auf lebenslangem Lernen vertieft. Die Referentin Antje Rösener, Geschäftsführerin des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes (eeb) Westfalen Lippe, bot einen Einblick in die Angebote der Einrichtung. Als bundesweit größter evangelischer Erwachsenenbildungsträger mit über 800 Veranstaltungen für rund 120.000 Teilnehmende jährlich fördert das eeb Westfalen Lippe die Meinungsbildung sowie Fort- und Weiterbildung von Erwachsenen. Der zweite Vortrag in Arbeitseinheit 11 wurde von Jonas Einck, dem Vorsitzenden der Evangelischen Jugend in Düsseldorf, gehalten. Herr Einck stellte die evangelische Jugendarbeit in Düsseldorf mit ihren offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen (Jugendzentren), der gemeindlichen Kinder- und Jugendarbeit sowie den Freizeiten vor. Zudem ging er auf die wichtigen Leitplanken der „evangelischen Jugend“ und die aktuell wichtigsten Themen ein, die von Seenotrettung und Klimawandel bis zu sozialer Gerechtigkeit und der Zukunft der Kirche reichen. Über diverse Bildungsformate der Jugendarbeit zeigte er beispielhaft, wie die evangelische Jugendarbeit im finanzstarken Düsseldorf über besonders viel Potenzial verfügt. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erarbeiteten anschließend in Kleingruppen die fünf wichtigsten Grundsätze der Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene.

Arbeitseinheit 12 Im Gespräch mit Kirchen- und Diakonieleitung

Auch in Phase II hatten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Gelegenheit sich in einer digitalen Gesprächsrunde mit den wichtigen Entscheidungsträgern der Evangelischen Kirche und der Diakonie Düsseldorf auszutauschen. Superintendent Heinrich Fucks und Vorstandsvorsitzender der Diakonie Düsseldorf Michael Schmidt trafen in den Gesprächsrunden auf die Teilnehmenden von je zwei Planungszellen zusammen. Abwechselnd konnten die Teilnehmenden der beiden Planungszellen der Kirchen- und Diakonieleitung Fragen stellen, zum Beispiel über die gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen des Bürgergutachtens.

Da diese Gesprächsrunde dazu diente, den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern die Gelegenheit zu geben, Hintergrundinformationen für die Erarbeitung ihrer Empfehlungen zu erfahren, wurden die Fragen und Antworten nicht aufgezeichnet und dokumentiert.



Arbeitseinheit 13 Kirche mit den Menschen – Im Quartier

Der letzte Themenblock „Kirche mit den Menschen“ begann am Morgen des letzten Tages in Arbeitseinheit 13. In dieser Arbeitseinheit ging es zunächst um die räumliche Nähe der Evangelischen Kirche, also der Begegnung mit Kirche und der Bedeutung der Kirchenräume im Quartier. Durch die Referentin Karin Nell, Expertin in der evangelischen Bildungs- und Quartiersarbeit, erhielten die Teilnehmenden grundlegende Gedankenanstöße zur Gemeinschaft und Begegnung vor Ort zwischen Anwohnern und der Evangelischen Kirche. Die zweite Expertin, Cornelia Coenen-Marx, Inhaberin der Agentur „Seele & Sorge“ sowie bis zu ihrem Ruhestand Sozialreferentin der Evangelischen Kirche Deutschlands, referierte über die Rolle der Kirche im Quartier. Sie stellte unterschiedliche Wege vor, wie die Evangelische Kirche im Quartier dazu beitragen kann, „gute Orte“ für die Gemeinschaft zu schaffen und regte an, Kirchen als „Gemeinwesenzentren“ zu gestalten. Dadurch könnten die Bedürfnisse der Menschen besser wahrgenommen und Sorgestrukturen geschaffen sowie die Vernetzung mit anderen Akteuren des Gemeinwesens und der Zivilgesellschaft vor Ort ausgebaut werden.

In den Kleingruppen ging es zunächst um die Frage, wie die Evangelische Kirche im Quartier erfahrbar, vernetzt und organisiert sein sollte. Gleichzeitig wurde betrachtet, bei welchen Angeboten die räumliche Nähe nicht so wichtig ist.

Arbeitseinheit 14 Kirche mit den Menschen – Seelsorgeangebote

Die letzte inhaltliche Arbeitseinheit vertiefte mit dem Blick auf die Seelsorgeangebote den Themenblock Kirche mit den Menschen. Dazu erfuhren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter welche Arten von Seelsorge es gibt und wer sie in der Evangelischen Kirche anbietet. Die Referentinnen in dieser Arbeitseinheit waren Dr. Andrea Gorres, Leiterin des Seelsorgereferats im Kirchenkreis Leverkusen und Heike Schneiderei-Mauth, Klinikpfarrerin und Seelsorgerin in der Uniklinik Düsseldorf sowie Mitglied im Synodalvorstand des Kirchenkreises Düsseldorf. Frau Dr. Gorres stellte die Dimensionen der Seelsorge vor: persönlich-begleitend und geistlich-spirituell. Zudem ging sie auf die Entwicklungen im Bereich der Seelsorge ein,

zum Beispiel, dass sie digitaler, multiprofessioneller und zeitgleich ehrenamtlicher wird. Frau Schneiderei-Mauth bot einen Überblick über die unterschiedlichen allgemeinen und spezialisierten Seelsorgeangebote in Düsseldorf, wie der Telefonseelsorge, Krankenhausseelsorge sowie Flughafeneseelsorge, und reflektierte über die Frage, wie Menschen gut vor Ort betreut werden können. Gleichzeitig wies sie auch darauf hin, dass die Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Seelsorgeangebote für die Evangelische Kirche Düsseldorf eine Herausforderung darstellt.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten in den Kleingruppen darüber, welche allgemeinen und spezialisierten Seelsorgeangebote die Evangelische Kirche Düsseldorf vorhalten sollte.



Arbeitseinheit 15 Schlussempfehlungen

In Phase I des Bürgergutachtens wurden die Bedürfnisse der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in unterschiedlichen Lebensbereichen gesammelt. Auftrag in dieser Phase II wiederum war es, aus den Bedürfnissen und Anforderungen der Phase I konkrete Handlungsempfehlungen für die vier behandelten Kernbereiche der Evangelischen Kirche in Düsseldorf zu entwickeln: erstens, die Verkündigung, also die Botschaft der Kirche und wie sie vermittelt wird; zweitens, die Diakonie und wie die Evangelische Kirche mit der Diakonie den sozialen Problemen der Stadt begegnet; drittens, die Bildungsarbeit und -angebote der Evangelischen Kirche; und viertens, die Nähe zu den Menschen im Quartier und bei der Seelsorge.

In Arbeitseinheit 15 entwickelten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ihre Schlussempfehlungen an die Evangelische Kirche in Düsseldorf. Diese Schlussempfehlungen konnten auf Basis sowohl der Ergebnisse der Phase I als auch der Empfehlungen der vorangehenden Tage in Phase II formuliert werden. Natürlich konnten die Teilnehmenden auch gänzlich neue Vorschläge machen. Dazu war wichtig, dass sie in einer Reflexionsphase noch einmal die Themen und Ergebnisse der letzten Tage betrachteten. In einer längeren Kleingruppenarbeit wurden daraufhin die Schlussempfehlungen diskutiert und ausformuliert. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erarbeiteten ein Profil der Evangelischen Kirche in Düsseldorf im Jahr 2035, mit dem sie erfahrbar und einladend präsent sein kann. Dazu schlugen sie vor, welche Schwerpunkte die Evangelische Kirche in Düsseldorf zukünftig setzen sollte.

Arbeitseinheit 16 Abschied & Ausklang

Zum Schluss des Arbeitsprogramms füllten die Teilnehmenden mehrere Fragebögen anonym aus: zur Statistik und zur Bewertung des Verfahrens. In einer Schlussrunde konnten alle Teilnehmenden nochmals zu Wort kommen. Heinrich Fucks, Superintendent des Kirchenkreises, bedankte sich zum Abschied bei den Teilnehmenden für die intensive Beratung und die Mitarbeit am Bürgergutachten. Er versprach die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Empfehlungen des Bürgergutachtens und bot den Teilnehmenden den direkten Austausch auch im Nachgang des Verfahrens an.

Ergebnisse der Phase II

Vorbemerkungen zu Auswertung und Punktzahlen

Auch in dieser Phase arbeiteten alle vier Planungszellen unabhängig voneinander das gleiche Arbeitsprogramm durch. Die Kleingruppen einigten sich auf ihre wichtigsten Aussagen – manchmal wurden diese begrenzt auf die drei oder fünf wichtigsten Empfehlungen. Alle Kleingruppen stellten ihre Aussagen in ihrer Planungszelle vor. Dort wurden sie erfasst; inhaltlich gleiche oder ähnliche Aussagen wurden zusammengeführt. Dann hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit, drei bis fünf Punkte zu verteilen. Man konnte alle Punkte frei verteilen oder auch mehrere Punkte für eine Aussage vergeben, um diese stärker zu gewichten.

Die Punktwerte bedeuten also keine „Stimmen“ wie bei Wahlen. Daher werden auch keine Prozente gerechnet. Die Punkte sind stets nach der Wichtigkeit oder Zustimmung vergeben worden. Alle Ergebnisse der Arbeitseinheiten sind mit dem Hinweis zu versehen, dass es im Laufe der vier Tage zu Meinungsänderungen und Neubewertungen gekommen ist. Die Arbeitseinheit 15 bildet das Endergebnis dieser Phase II. Die dort getroffenen Aussagen sind somit die wichtigsten Empfehlungen des Bürgergutachtens „Glaube in der Stadt“.

Üblicherweise werden in einem Bürgergutachten die Ergebnisse aller Planungszellen in einer einzigen Tabelle dargestellt. Da zwei Planungszellen in diesem Bürgergutachten in der Zusammensetzung ihrer Teilnehmenden eine Besonderheit bilden, werden deren Ergebnisse auch getrennt betrachtet. Planungszelle 2 und 3 haben die gleiche Zusammensetzung („evangelisch“); ihre Ergebnisse wurden daher zusammengefasst. Planungszelle 1 („städtisch“) und Planungszelle 4 („evangelisch-jugendlich“) werden getrennt dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Planungszellen im Detail aufgeführt. Unter jeder Fragestellung ist zu erkennen, wie viele Punkte die Teilnehmenden jeweils verteilen konnten. In den Arbeitseinheiten 01, 05, 12 und 16 gab es keine Kleingruppenarbeit und dementsprechend auch keine Sammlung und Bewertung von Empfehlungen. In Arbeitseinheit 04 fand eine erste Exkursion, jedoch keine Kleingruppenarbeit statt. Die Arbeitseinheit 08 wurde als ebenso Exkursion gestaltet und ist gemeinsam mit der am nächsten Morgen folgenden Arbeitseinheit 09 aufgeführt, da hier die Erfahrungen aus der Exkursion in der Kleingruppenarbeit aufgegriffen wurden.



Arbeitseinheit 02

Verkündigung & Kommunikation

Botschaft der Kirche

Nach der Begrüßung und Einführung in Arbeitseinheit 01, starteten die Planungszellen mit dem ersten thematischen Block Verkündigung & Kommunikation (AE 02 und 03). Im ersten Teil, in Arbeitseinheit 02 ging es um die Botschaft der Kirche, die Verkündigung. Ziel war es dabei herauszufinden, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten die Evangelische Kirche in Düsseldorf heute stärker wahrgenommen werden, auftreten und sich einbringen sollte.

In der städtischen Planungszelle 1 war die wichtigste Empfehlung zu dieser Frage, dass sich die Kirche insgesamt stärker positionieren und Verantwortung übernehmen sollte, etwa in den Bereichen Klimaschutz und Rassismus. Dabei sehen die Teilnehmenden die Kirche als Stimme für Ausgeschlossene und für Gemeinwohlthemen. Eine weitere wichtige Aussage bezog sich auf die Aktivierung der Jugend mit moderner Kommunikation, der Stärkung der Jugendgruppen und Anschlussangeboten nach der Konfirmation. Die Teilnehmenden befanden zudem, dass die Evangelische Kirche in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird. Sie stellten die Frage: Wo treffe ich Kirche?

Auch in den evangelischen Planungszellen 2 und 3 war die evangelische Kinder- und Jugendarbeit ein deutlicher Schwerpunkt. Sie empfahlen, dass es mehr zeitgemäße Angebote für junge Menschen geben sollte und der Kontakt ab der Konfirmation bis zum Alter von Mitte 20 Jahren ausgebaut werden sollte, damit die Bindung nach der Konfirmation nicht verloren geht. Der zweitwichtigste Aspekt in diesen Planungszellen war die Forderung, dass die Kirche weltoffener sein müsste und dies nach außen sichtbar machen sollte. Insbesondere war dabei die Toleranz auch bei anderen Glaubensrichtungen und Minderheiten gemeint. Zudem betrachteten die Teilnehmenden die Vermittlung von christlichen Werten ohne zu missionieren als wichtig, die Themen Glaube und Religion sollten ansprechend aufbereitet und Begriffe verständlich gemacht werden.

Die evangelische Jugendplanungszelle forderte, dass die Kirche ihre konservative Außendarstellung überarbeiten sollte. Mit gleicher Punktzahl bewerteten die Teilnehmenden auch den nächsten Aspekt, die Diversität sichtbar zu machen und zu leben. Den jungen Teilnehmenden war dabei wichtig, dass sich die Kirche als Kulturenvermittler verstehen sollte. Wie in den anderen Planungszellen stand auch die Jugendarbeit im Vordergrund und sollte laut der Planungszelle 4 erweitert werden, z. B. durch Sportangebote oder Gemeinschaftsfeste.

PZ 1 AE 02	Summe
Die Kirche sollte sich stärker positionieren zu Rassismus, Klimaschutz, etc. und Verantwortung übernehmen (z. B. Solaranlagen auf Kirchendächern). Die Kirche als Stimme für Ausgeschlossene und Gemeinwohlthemen	25
Die Jugend mehr aktivieren (moderne Kommunikation); Jugendgruppen stärken; Anschlussangebote nach der Konfirmation	19
Keine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (Raus aus dem Windschatten anderer Religionen, Kirchentag in Düsseldorf) Wo treffe ich Kirche?	10
Interreligiöse Kommunikation: Stärkere Verknüpfung von unterschiedlichen Religionen untereinander (Vortagsreihen, Veranstaltungen); Gemeinsamkeiten statt Unterschiede herausstellen.	7
Mehr (Freizeit-)Veranstaltungen über den Gemeindebrief hinaus kommunizieren: intensivere und moderne Kommunikation	6
Fehlende Kommunikation mit dem Fußvolk	5
Kirchensteuer als grundsätzliches Problem bei Kirchenaustritten	4
Werte der Gemeinschaft und Nächstenliebe - für friedliche Konfliktlösung stehen	3
Soziale Arbeit der Kirche erkennbar machen (z. B. Altenheime, Schulen)	3
Gemeindehaus als Treffpunkt für Gruppen öffnen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	13
Summe	98

PZ 2+3 AE 02	Summe
Schwerpunkt: Evangelische Kinder- und Jugendarbeit mit wesentlich mehr zeitgemäßen Angeboten für junge Menschen (Social-Media-Präsenz, denn Gemeindebrief ist nicht mehr besonders zeitgemäß). Nach der Konfirmation geht Bindung verloren, Kontakt ab Konfirmation bis Mitte 20 Jahre ausbauen	38
Kirche müsste weltoffener sein und dies nach außen sichtbar machen/Stellung nehmen, Toleranz auch bei anderen Glaubensrichtungen und Minderheiten oder z. B. mit Regenbogenfarben	25
Vermittlung von christlichen Werten ohne zu missionieren; die Themen Glaube und Religion ansprechend aufbereiten und Begriffe verständlich machen	22
Kirchliche Positionierung zu alltäglichen bzw. aktuellen Themen (Umweltpolitik, Flüchtlingskrise, Integration, Homosexualität, Pandemie, Vielfalt der Geschlechter)	20
Kirche müsste wieder mehr Gemeinde bilden: Kontaktknüpfung möglich machen, Netzwerke aufbauen, Gemeindeleben aufleben lassen	14
Kommunikation nach außen: Öffentlichkeitsdarstellung, PR und Branding der Evangelischen Arbeit als etwas Besonderes, zeitgemäße Sprache. Kirche sollte gängige Medien bei aktuellen Themen nutzen (Radio, TV)	14
Seelsorge (für Kinder und Jugendliche; Erwachsene bis ins Alter: aktive Ansprache von außen)	12
Ehrenamtliches Betreuungsangebot für Ältere ausweiten: allein lebende Menschen und für Personen, die ihre Selbständigkeit erhalten wollen und dabei Hilfe brauchen; Bedarf über Seniorenverbände erfragen	8
Religion sollte einen Wertekompass geben, der nicht mit der Konfirmation aufhört, sondern immer wieder stattfindet.	7
Engagement für sozial Benachteiligte vor Ort; finanzielle Ressourcen (Kirchensteuer o.Ä.) dafür einsetzen	6

02: Mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten sollte die Evangelische Kirche in Düsseldorf heute stärker wahrgenommen werden, auftreten und sich einbringen?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

In der Kirche für ein Streikrecht für kirchliche Beschäftigte (auch Diakonie) einsetzen	6
Psychologische Betreuung, gerade während Krisen	6
Direkte, proaktive Ansprache der Pfarrer:innen; an Orte gehen, wo sich Jüngere aufhalten und Kontakt zu Älteren postalisch oder telefonisch. Direkter spontaner Ansprechpartner (wie bei katholischer Kirche) fehlt.	6
Kirche muss Geld zur Verfügung stellen, um z. B. Konfirmationsfahrten zu unterstützen;	4
Vertretung der Jugendlichen im Presbyterium	4
Kirche= ein Ort für Spiritualität? Neue Formen finden (abseits von klassischem Gottesdienst)	4
Eltern bringen sich wieder mehr in die Erziehung und die Kirchenerziehung ein z. B. über Gestaltung von kirchlichen Veranstaltungen in Kindergärten	3
Weiterbildungsangebote/Aufklärung (offen für alle, auch nicht-konfessionell); Umkreis der erreichenden Personen ausweiten	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	9
Summe	211

PZ 4 AE 02	Summe
Kirche sollte ihre konservative Außendarstellung überarbeiten	14
Diversität sichtbar machen und leben; die Evangelische Kirche sollte sich als Kulturvermittler verstehen.	14
Jugendarbeit sollte erweitert werden (z. B. Sportangebote, Gemeinschaftsfeste)	13
Programme sollten vielfältiger, offener und attraktiver werden (insbesondere Gottesdienste)	9
Mehr Stellungnahmen und Handeln zu Krisen, kritikfähig sein und öffentliche Reaktionen auf Probleme interner und sonstiger Art	8
Flächendeckende Angebote durch die Evangelische Kirche bereitstellen, mehr über aktuelle Ziele informieren; Besseres Informationsangebot (neue Medien), dabei über Veranstaltungen werben	8
Im Umweltschutz aktiv und progressiv vorgehen (Vorbildfunktion)	6
Individualistischen Glauben fördern, jeder glaubt anders	6
Mehr Repräsentation: Religionsunterricht als Werbefläche nutzen	5
Mehr Inklusion, alte Weltanschauungen und Rollenbilder aufbrechen	5
Begrüßung / Information für neue Mitglieder oder auch Konfirmanden	4
Aktualitätsbezug in Bezug auf Politik und Weltgeschehen	4
Kritik: Das Pandemieprogramm war schlecht oder nicht vorhanden (Senioren technisch mitnehmen)	3
Mehr Transparenz: Wo gehen Kirchensteuern hin?	3
Angebote auch außerhalb der Kirche	3
Sensibilisierungsarbeit in Schulen bezüglich Anti-Mobbing, oder Ähnlichem	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	113



AE 03 Verkündigung & Kommunikation Vermittlung der Werte

In der dritten Arbeitseinheit wurde der Themenblock Verkündigung & Kommunikation in Bezug auf die Vermittlung der evangelischen Werte fortgeführt. Insbesondere die Kommunikationsmittel und die Sprache der Evangelischen Kirche traten dabei in den Vordergrund. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten, welche Kanäle der Kommunikation die Evangelische Kirche nutzen sollte. Dabei wurden sie gebeten, diese den Zielgruppen und zu vermittelnden Botschaften zu zuordnen.

Eine Präsenz auf digitalen Kanälen war in Planungszelle 1 besonders wichtig. Die Teilnehmenden hoben besonders hervor, dass auf diesen Kanälen grundlegendes Wissen über Religion, Einblicke ins Kirchenleben und Veranstaltungen vermittelt werden könnte. Sie spezifizierten auch welche Botschaften wie vermittelt werden sollten: Inhalte über Youtube, Instagram und Discord verbreiten; Instagramkanäle von Pfarrern nutzen, um Nähe herzustellen und Twitter für die Verbreitung von Informationen und Neuigkeiten verwenden. Mit deutlichem Punkteabstand empfahlen die städtischen Teilnehmenden, dass die Kirche ein „Dritter Ort“ sein und als offener Treff und Kirchencafé dienen sollte. Die nächstwichtigste Forderung bezog sich auf die Beibehaltung des Gemeindebriefs und des Newsletters, die aber attraktiver gestaltet werden sollten.

Für Planungszellen 2 und 3 war dagegen der wichtigste Aspekt, dass alle Kommunikationskanäle genutzt werden, sowohl offline als auch online. Sie bemerkten dabei den Unterschied in der Kommunikation bei einem Kontakt zur eigenen Gemeinde oder der Verbreitung allgemeiner Informationen. Auch hier wurde jedoch deutlich, dass die digitale Kommunikation eine große Rolle spielt, denn die Teilnehmenden befürworteten, dass alle jetzt und zukünftig bestehenden digitalen Medien genutzt werden sollten, um zu informieren, Multiplikator-Effekte zu nutzen oder die Kommunikation vor Ort anzuregen.

03: Welche Kanäle der Kommunikation sollte die Evangelische Kirche nutzen?

Bitte ordnen Sie diese zu den Zielgruppen und den zu vermittelnden Botschaften zu.

(5 Punkte konnten vergeben werden)

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden auch hier deutlich, denn das Streaming auf mehreren Kanälen, was in den vergangenen Monaten teilweise erstmals ausprobiert wurde, sollte laut den Planungszellen beibehalten werden. Bezogen auf die Fragestellung zu den Zielgruppen und Botschaften wurde der Vorschlag, immer altersabschnittsgerechte Themen und entsprechende Kanäle zu wählen, hoch bepunktet. In der Jugendplanungszelle wurden konkretere Vorschläge genannt und bewertet. Demnach sollten für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren die sozialen Medien Youtube Instagram, Twitch und TikTok, insbesondere für den Unterhaltungsfaktor, aber eventuell auch schon für die Seelsorge und Aufklärung gewählt werden. Für den darauffolgenden Altersabschnitt 18 bis 30 Jahre und für junge Eltern empfand die Planungszelle dabei die Kommunikationsmittel Youtube, Instagram und Podcasts als angemessen, hierüber könnten das Thema Seelsorge oder identitätsbildende Inhalte „bespielt“ werden. Eine etwas andere Aussage wurde von einigen Teilnehmenden als dritt wichtigster Aspekt bewertet: Es sollte kein Medium für bestimmte Themen oder Altersgruppen gewählt werden, stattdessen sollten die Angebote den Interessengruppen entsprechend gestaltet werden.

PZ 1 AE 03	Summe
Präsenz auf digitalen Kanälen, um grundlegendes Wissen über Religion, Einblicke ins Kirchenleben und Veranstaltungen zu vermitteln: Inhalte über Youtube, Instagram, und Discord verbreiten; Instagramkanäle von Pfarrern, um Nähe herzustellen; Twitter, um Informationen und Neuigkeiten zu verbreiten	30
„Dritter Ort“; als offener Treff/Kirchencafé	12
Beibehaltung des Gemeindebriefs und Newsletters, aber attraktiver gestalten (mehr Fotos, weniger Text)	11
Mehr Plakatwerbung in den Stadtteilen (für Veranstaltungen oder Gruppen)	9
Kirche soll zu den Menschen gehen (z. B. Hinterhofkonzerte, nicht mobile Menschen aufsuchen)	5
Podcast mit spezifischen Inhalten für Jugendliche	5
Animierte Youtube-Videos, die sich an Kinder richten und Werte vermitteln sollen	5
Versand von Flyern, mit dem Hinweis auf digitale Angebote - alternative Erreichbarkeiten	5
Hausbesuche bei nicht mobilen Menschen und Gemeindegliedern	5
Pfarrer- und Seelsorgeteam soll präsenter sein (in die Kneipen kommen, durch den Stadtteil fahren)	4
Für Jugendgruppen: Werbung in der Schule	3
Offene Kirche (auch ohne Gottesdienst zugänglich)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	8
Summe	105

PZ 2+3 AE 03	Summe
Alle Kommunikationskanäle nutzen, offline und online. Unterschied zwischen Kontakt zur eigenen Gemeinde und Verbreitung allgemeiner Informationen erkennen	26
Alle jetzt und auch zukünftig bestehenden digitalen Medien sollten genutzt werden: zum Informieren, um Multiplikator-Effekte zu nutzen, Kommunikation vor Ort anzuregen; Streaming auf mehreren Kanälen (auch nach Corona), generelle Digitalisierung	22
Immer altersabschnittsgerechte Themen und entsprechende Kanäle wählen	19
Mehr persönliche Gespräche vor Ort für alle; Ansprechpersonen und Austauschräume anbieten, Botschaft: Das ist die Kirche. Insbesondere für Menschen 60+	19
E-Mail Verteiler für Newsletter (z. B. Impulse, Andachten)	17
Stets gepflegte Webseite, um leicht an aktuelle Informationen zu kommen, in jeder Gemeinde	17
Inhalte sind altersgruppenunabhängig, Technikaffinität ist altersgruppenabhängig	14
Jugendtreffs, Gemeindetreffen, Gemeindeaktionen (z. B. Flohmärkte); für den Austausch zwischen Personen, das Gemeinschaftsgefühl und um neue Kontakte zu knüpfen	12
Instagram: Zielgruppe 18-30J; Botschaft: berufliche Zukunft, Stabilisierung von Werten und Normen, Meinungsbildung, Selbstwahrnehmung/Identität, aber auch Profile von Mitarbeitenden der Kirche, Feste, Aktionen	11
Mehr Internationalität schaffen und mehr interkulturelle Angebote (durch soziale Medien): z. B. Streaming nutzen, um Gottesdienst aus Afghanistan zu übertragen	10
Erst, wenn man weiß, was der Markenkern der Evangelischen Kirche ist, weiß man, welche Kanäle man nutzen soll	10
Kirchenzeitung/Gemeindebrief, für alle „Nicht-Digitalisierten“, aber auch mit QR-Codes für Eltern, die sie an Kinder weitergeben können (fördert Austausch)	9
Radio: Sender, die sich mit Religion beschäftigen; Präsenz zeigen und Erzählungen aus dem Leben spielen; nebenbei hörbar; dafür auf anderen Kanälen Werbung machen	8
TikTok: Zielgruppe Kinder 7-15J, Botschaft = Orientierung an älteren Teenagern als Vorbild, die mit der oder für die Kirche arbeiten; im Konfirmationsunterricht aufgreifen/vorstellen	6

Telefon und Postkarte zur Benachrichtigung aufgrund fehlender Kontaktdaten, auch für Gottesdienstteilnahme	4
Facebook: Zielgruppe 30-40J+; Botschaft: Branding und Präsenz zeigen; Themen: Hochzeit, Lebenshilfe, Konfirmation der eigenen Kinder	3
Game-Designing bringt neue Möglichkeiten - auch interaktive, spielerische Angebote	3
Schulgottesdienste (Zielgruppe 14-18J)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	7
Summe	220

PZ 4 AE 03	Summe
Jugendliche 14-18J: Youtube, Instagram, Twitch, TikTok, (Unterhaltung; eventuell schon Seelsorge, Aufklärung)	16
Junge Erwachsene 18-30J und junge Eltern: Youtube, Instagram, Podcasts (Seelsorge, identitätsbildender Content)	14
Kein Medium für bestimmte Themen; Angebote für Interessengruppen statt Altersgruppen	13
Kinder bis junge Erwachsene: Vereinbarkeit aufzeigen von individuellem und traditionellem Glauben	10
Konsequente Umsetzung von gelebten Werten, unabhängig von der Plattform	9
Kinder unter 14J: Bücher, Filme, Kindergartengruppen, Unterricht, Theater (Wertebezogener Content)	8
Erwachsene 30-60J: Facebook, Messenger, Printmedien (Direkter Kirchencontent)	8
Senioren ab 60J: Printmedien, Fernsehen, direktes Gespräch, Radio (Direkter Kirchencontent)	8
15-25J: Unverbindlichkeit und Freiwilligkeit besonders wichtig, z. B. Jugendzentren	6
Kulturelle Teilhabe z.B. Theatergänge mit anschließendem Austausch; Theater für kleinere Kinder	6
Sowohl alte als auch neue Medien nutzen (Printmedien anschaulicher gestalten)	5
Gruppenaktivitäten können in allen Altersgruppen einen Bezug zum Glauben oder zur Kirche schaffen	5
Summe	108

AE 06

Diakonie & Gerechtigkeit

Soziale Verantwortung

Der nächste thematische Block begann in Arbeitseinheit 06 mit dem Blick auf die Themen Diakonie und Gerechtigkeit – dem Kernbereich des evangelischen Glaubens, dem Dienst am Menschen. Die Teilnehmenden erfuhren, warum und wie sich die Evangelische Kirche in Düsseldorf mit der Diakonie in der sozialen Arbeit engagiert. Sie diskutierten daraufhin in Kleingruppen über zwei Fragen. Die erste suchte nach Antworten, die die Evangelische Kirche mit ihren diakonischen Einrichtungen für die sozialen Probleme der Stadt Düsseldorf bieten kann. Die zweite Frage bezog sich auf die Schwerpunkte, welche die diakonischen Einrichtungen in Düsseldorf setzen sollten. Hierbei sollten nur die drei wichtigsten Schwerpunkte genannt werden. Die Ergebnisse zu den beiden Fragen werden getrennt aufgeführt.

Der wichtigste Aspekt zur ersten Frage war laut Planungszelle 1 eine Flüchtlingshilfe, die nicht gleich missionarisch ist. Die Aktivierung des Ehrenamts mit entsprechenden Anreizen in bestimmten Einrichtungen, wie der Altenhilfe wurde ebenso als wichtig empfunden. Mit gleicher Punktzahl bewerteten die Teilnehmenden ein niedrigschwelliges Beratungsangebot, einschließlich der Finanzberatung, statt mühseliger Amtsgänge. Die Aspekte Hilfe bei häuslicher Gewalt sowie Kinderbetreuung wurden ebenso hervorgehoben und erhielten beide die gleiche Bewertung.

In den evangelischen Planungszellen 2 und 3 stand an erster Stelle der Vorschlag, die Diakonie als Anlaufstelle und „Verteilzentrum“ zu erfassen. Demnach sollte sie nur als Überbrückungshilfe dienen, bis die eigentlich zuständige Stelle übernimmt. Damit war das Ziel verbunden, die Diakonie effektiv einzusetzen: weniger dort, wo der Staat fördert, dafür vermehrt an Stellen, wo der Staat gar nicht oder unzureichend übernimmt. Eine aktive Rolle für die Diakonie sahen die Teilnehmenden dagegen beim zweiten Aspekt mit dem Wunsch, dass sie politisch aktiv werden sollte, um soziale Ungleichheiten aufzuarbeiten und insbesondere auf Veränderungen in der Sozial- und Krankenhilfe hinzuwirken. Die Diakonie als Gesprächspartner und Kümmerer für Menschen wurde im nächstwichtigen Vorschlag unterstützt. Die Teilnehmenden wünschten sich Stätten, wo ein offenes Ohr für Ältere, Jugendliche oder Geflüchtete gefunden werden kann.

Die Integration, Eingliederung und Einbindung bislang aus der Gesellschaft ausgeschlossener Gruppen war eine der wichtigsten Aussagen in der evangelischen Jugendplanungszelle. Die Beratung und aktive Hilfe für sozial Benachteiligte wurde als Antwort mit gleicher Punktzahl bewertet. Die Teilnehmenden bekräftigten auch den Aspekt des sozialen Ausgleichs. Demnach sollte die Evangelische Kirche mit ihren diakonischen Einrichtungen die Disparitäten, also die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft mindern. Die Betreuungs- und Beratungsangebote wurden an dieser Stelle ebenso genannt, nämlich für Kinder und Jugendliche, für Opfer von Gewalt, z. B. als Folge der Pandemie, sowie als psychologische Beratung, z. B. bei der Wiedereingliederung in den Lebensalltag.

PZ 1 AE 06a	Summe
Flüchtlingshilfe, ohne gleich missionarisch zu sein	12
Aktivierung von Ehrenamt (Anreize) z. B. in der Altenhilfe	7
Niedrigschwelliges Beratungsangebot (statt Amtsgänge), auch Finanzberatung	7
Hilfe bei häuslicher Gewalt	5
Kinderbetreuung	5
Bezahlbarer Wohnraum	4
Auf konkrete Belastungen wie z.B. Pandemie reagieren	4
Altenpflege bzw. Unterstützung von älteren Menschen, z. B. bei Altersarmut	3
Bildungschancen für Kinder	3
In kirchlichen Einrichtungen auf individuelle Bedürfnisse eingehen (bspw. keine zeitlichen Vorschriften in der Pflege)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	8
Summe	61

PZ 2+3 AE 06a	Summe
Diakonie als Anlaufstelle und „Verteilzentrum“; nur als „Überbrückungshilfe“ solange, bis die eigentlich zuständige Stelle übernimmt; Ziel: Diakonie weniger einsetzen, wo der Staat fördert (z. B. Krankenhaus), dafür da helfen, wo der Staat es gar nicht oder wenig übernimmt	18
Politisches Aktivwerden, um soziale Ungleichheiten aufzuarbeiten; besonders für Veränderungen im Bereich der Sozial- und Krankenhilfe	12
Persönliche Betreuung, Diakonie als Gesprächspartner, konkreter Kümmerer; Stätten, wo ein offenes Ohr gefunden werden kann; für Ältere, Jugendliche, Geflüchtete	11

Diakonie als Betreuungshilfe: für Ältere, Kinder, erkrankte und behinderte Menschen	9
Hilfe zur Selbsthilfe bei allen Belangen, Menschen schulen und unterstützen	8
Vernetzung und Mittelspersonen zwischen Gesellschaft und Politik	8
Wohnungsnotstand begegnen; Gebäude- und Flächenmanagement für Wohnungsbau, Nutzung der Räume und Immobilien für soziale Angebote, z. B. für Obdachlose	8
Präsenz in der Gemeinde ganz wesentlich (z. B. Gemeindegewerkschaft); vor-Ort-Hilfe auf Stadtteile bezogen und an lokale Probleme angepasst	7
Diakonie sollte ihre Struktur und ihr Konzept überdenken (Ist das Geschäftssystem noch zeitgemäß?); Orientierung an erfolgreicheren Modellen (skandinavisches Modell, fifty-fifty)	7
Freiwilliges Soziales Jahr müsste viel mehr gefördert und anerkannt werden; generell Anerkennung der Bereitschaft junger Leute, sich sozial einzubringen	7
Diakonie wird dadurch behindert, dass sie nicht genügend finanzielle Ressourcen hat - ausreichend Fachkräfte können nicht eingestellt werden; zu viel Auslagerung an Ehrenamt	5
Seelsorge	4
(Alters-)Armut als zentrales Thema der Diakonie	4
Kostenlose medizinische Beratung für Obdachlose und Menschen, die Sozialhilfe empfangen	4
Diakonie als Hilfe im Alltag z. B. für Behördenwege, kirchliche Familienhilfe	3
Kindereinrichtungen in Brennpunkten fördern (Bildungseinrichtungen, Anlaufstellen, Kinderspielplätze)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	121

06a: Welche Antworten kann die Evangelische Kirche mit ihren diakonischen Einrichtungen auf die sozialen Fragen und Probleme der Stadt Düsseldorf bieten?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 4 AE 06a	Summe
Integration, Eingliederung bzw. Einbindung ausgeschlossener Gruppen in die Gesellschaft	10
Beratung und aktive Hilfe für sozial Benachteiligte	10
Sozialer Ausgleich: Disparitäten mindern	7
Kinder- und Jugenderziehung und -beratung	6
Für Opfer von Gewalt, z. B. als Folge der Pandemie	5
Psychologische Beratung, z. B. Unterstützung (Wiedereingliederung)	5
Wohnungsmarkt, Wohnungssuche	5
Wohnungslosenarbeit und Beratung, mehr und aktivere Obdachlosenhilfe	4
Inklusion, Einbindung von Menschen mit Behinderung	3
Identität und Gemeinschaft stärken	3
Mehr Angebote für Jugendliche (z.B. Sportplätze), Integration von sozial Schwächeren	3
Bessere Marketingstrategien, um auf Angebote aufmerksam zu machen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	69

Zur zweiten Frage in dieser Arbeitseinheit, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollten, bewertete Planungszelle 1 mit hoher Punktzahl die Unterstützung bedürftiger Menschen, unter anderem Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete oder Ältere. Dabei sollten diese Menschen unabhängig von ihrem Glauben unterstützt werden. Die Evangelische Kirche sollte sich zudem mit ihren diakonischen Einrichtungen für ein aktives Gemeindeleben einsetzen, einen Ort der Gemeinschaft insbesondere für Jugendliche bieten, ohne dass dort immer gebetet werden müsste. An nächster Stelle nannten die städtischen Teilnehmenden die etwas allgemeinere Empfehlung, die Evangelische Kirche und Diakonie sollten sich in der Seelsorge und Beratung für Menschen in allen Lebenslagen engagieren.

Für Planungszellen 2 und 3, den evangelischen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern war besonders wichtig, dass es eine psychologische Betreuung und Seelsorge durch die Evangelische Kirche und ihre diakonischen Einrichtungen in Düsseldorf gibt. Als Beispiele wurden dafür Gespräche gegen Einsamkeit, auch als spezielle Hilfen für die Zielgruppen Männer und Singles, genannt. Der bezahlbare Wohnraum und soziale Wohnungsbau in Düsseldorf wurde von den Teilnehmenden als wichtige Schwerpunktsetzung hervorgehoben. Hier sollte die Evangelische Kirche und die Diakonie ein Angebot für betreutes Wohnen von älteren oder psychosozialbedürftigen Menschen schaffen. Für den sozialen Wohnungsbau könnten laut den beiden Planungszellen die diakonischen Immobilien umfunktionierte werden. Die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wurde unter dem nächsten Aspekt thematisiert. Die Diakonie sollte sich als zentrale Anlaufstelle verstehen, zur besseren Kommunikation eine aktuelle Internetseite pflegen und Dolmetscher einsetzen.

Ähnlich wie in Planungszelle 1 wurde auch in der Jugendplanungszelle die allgemeine psychologische Beratung, Seelsorge und Unterstützung bei der Wiedereingliederung genannt. Auch hier wünschten sich die Teilnehmenden die Förderung von sozialem Wohnungsbau von der Evangelischen Kirche und ihren diakonischen Einrichtungen. Gleich bewertet wurden die nächsten Aspekte, Lebenshilfe für Heranwachsende, Fürsorge für sozial Benachteiligte sowie Kinder und Jugendarbeit mit Erziehung und Beratung sowie Kinderbetreuung anzubieten.

PZ 1 AE 06b	Summe
Unterstützung bedürftiger Menschen (u.a. Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Ältere), auch unabhängig vom Glauben	19
Aktives Gemeindeleben: ein Ort der Gemeinschaft, besonders für Jugendliche - ohne immer direkt zu beten	7
Seelsorge, Beratung in allen Lebenslagen	6
Kinder- und Jugendarbeit	5
Angebote für ältere Menschen	4
Förderung bzw. die Erweiterung von Förderprogrammen - Kein Kind zurücklassen, Sozialarbeit stärken/vorbereiten	4
Gezielt interreligiöse und/oder überkonfessionelle Angebote	3
Hemmschwelle, Unterstützung anzunehmen, muss gesenkt werden	3
Kommunikationsprozesse verbessern, vor allem bei der Integration (u.a. Sprachbarrieren senken)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	58

PZ 2+3 AE 06b	Summe
Psychologische Betreuung, Seelsorge: z. B. Gespräche gegen Einsamkeit, auch als spezielle Hilfen für die Zielgruppen Männer und Singles	19
Bezahlbarer Wohnraum (z. B. betreutes Wohnen von älteren oder psychosozial-bedürftigen Menschen, dabei die Vielfalt der Lebensentwürfe berücksichtigen) sowie sozialer Wohnungsbau (diakonische Immobilien umfunktionieren)	15
Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation: Was macht die Diakonie? Zentrale Anlaufstelle, aktuelle Internetseite, Einsatz von Dolmetschern	13
Fürsprecher für benachteiligte Interessengruppen	12
Koordination von innovativen Wohnprojekten, in denen Generationen zusammengeführt werden	9
(personalisierte) Unterstützung von Bürger:innen, z. B. beim Zugang zum Arbeitsmarkt, mit Weiterbildungsmaßnahmen, Hilfen im Alltag (z. B. Behördengänge, Trauerhilfe)	7
Struktur der Diakonie: finanzielle Struktur überdenken, bessere Kooperation mit staatlichen und sonstigen Partnern mit gemeinsamen Angeboten	7
Obdachlosenhilfe	5
Keine Schwerpunktsetzung durch uns; nicht Geld von einigen Stellen wegnehmen, wo es dann fehlt	5
Hilfe zur Selbsthilfe	5
Krankenhaus und Pflege	5
Über diakonische Einrichtungen Nähe zur Kirche schaffen	4
Ferienfreizeit/Betreuung	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	115

**06b: Welche
Schwerpunkte
sollte die
Evangelische
Kirche in
Düsseldorf
mit ihren
diakonischen
Einrichtungen
setzen?**

**Bitte nennen
Sie die drei
wichtigsten.**

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 4 AE 06b	Summe
Psychologische Beratung, Seelsorge, Wiedereingliederung	16
Förderung von sozialem Wohnungsbau	7
Lebenshilfe für Heranwachsende	7
Fürsorge für sozial Benachteiligte	7
Kinder und Jugendarbeit, Erziehung und Beratung, Kinderbetreuung	7
Wohnungslosenhilfe, Obdachlosenhilfe in Form von Seelsorge und Hilfe bei der Eingliederung	6
Gewaltprävention und Gewalthilfe	6
Bessere Bezahlung von Pflegekräften	6
Pflege und medizinische Leistungen	4
Seniorenangebote	3
Summe	69

AE 07 Diakonie & Gerechtigkeit

In Arbeitseinheit 07 erfuhren die Teilnehmenden im nächsten Teil des Themenblocks Diakonie & Gerechtigkeit Näheres über die Kernarbeitsbereiche der Diakonie Düsseldorf. Das Themenspektrum umfasste dabei die Bereiche Gesundheit und Soziales sowie die Arbeit für wohnungslose Frauen in Düsseldorf. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter befassten sich tiefergehend mit der Frage, mit welchen Ressourcen und Mitteln sich die Evangelische Kirche mit ihren diakonischen Einrichtungen in der Armutsbekämpfung einsetzen sollte. Dabei war wichtig, nicht nur an finanzielle Mittel zu denken.

Der Einsatz der Evangelischen Kirche und ihrer diakonischen Einrichtungen in der Armutsbekämpfung sollte sich besonders auf Lebens- und Jobtraining fokussieren, um die Bildung und Qualifizierung zu unterstützen, meinte Planungszelle 1. Den Teilnehmenden war außerdem wichtig, dass es Anschlussangebote an den Schulunterricht gibt, insbesondere für Kinder aus Armutsverhältnissen oder bildungsfernen Schichten. Sie machten auch Vorschläge zu diesen Angeboten: Es sollte Betreuung und Lernhilfe, Lebenstraining, Bewegung und ein warmes Mittagessen geben. Auf einer politischen Ebene sollten die Evangelische Kirche und die Diakonie zudem Lobbyarbeit betreiben und sich für strukturelle Fragen von Armut und Gerechtigkeit einsetzen.

Auch die beiden evangelischen Planungszellen sahen eine etwas übergeordnete Rolle für die Armutsbekämpfung als wichtig, nämlich in der Netzwerkbildung, unter anderem für schnelle und kleine Hilfen. Speziell für Jugendliche forderten sie die Konzeptentwicklung zu Schulungen und die Aufklärung in den Schulen über die Arbeit der Diakonie. Für Menschen im Erwerbsalter stand die Arbeitsvermittlung und ein Wiedereingliederungsprogramm in den regulären Arbeitsmarkt im Vordergrund. Dabei sollten Bewerbungsgespräche z. B. mithilfe von Ehrenamtlichen begleitet werden.

Für die jungen Teilnehmenden in Planungszelle 4 waren praktische Hilfen wie Lebensmittel oder Hygieneartikel sehr wichtig. Zudem wurden mit gleicher Punktzahl bewertet, zum einen, dass Menschen als wichtige Ressource, z. B. als Betreuer oder Hilfskräfte engagiert werden könnten, sowie zum anderen die Hilfestellung in den Beratungsstellen, etwa bei psychischen oder bürokratischen Problemen. Die vier darauffolgenden Aspekte erhielten die gleiche Punktzahl: Aufenthaltsräume mit Ausstattung, Fort- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten, Aufmerksamkeit für die Problematik in der Gesellschaft und Hinweise für Menschen, wie sie sich einbringen können (z. B. durch Sachspenden oder dem Ehrenamt) mit gleichzeitiger Werbung für das Ehrenamt sowie grundsätzliche Empfehlungen für den Arbeitsmarkt.

07: Mit welchen Ressourcen und Mitteln sollten sich die Evangelische Kirche und ihre diakonischen Einrichtungen in der Armutsbekämpfung einsetzen?

Denken Sie dabei nicht nur an finanzielle Mittel.

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1 AE 07	Summe
Lebens- und Jobtraining bieten, Bildungsunterstützung und/oder Qualifizierungssupport	21
Anschlussangebote an die Schule, verstärkt auf sozialer Ebene, insbesondere für Kinder aus Armutsverhältnissen oder bildungsfernen Schichten, wie z. B die Arche (Betreuung und Lernhilfe, Lebenstraining, Bewegung, warmes Mittagessen)	16
Lobbyarbeit auf politischer Ebene: Einsatz für strukturelle Fragen von Armut und Gerechtigkeit	12
Buddy-Programm (Behördengänge, Finanzplanung, Einkaufen...)	11
Ehrenamt muss attraktiver gemacht werden	8
Ansprechpartner:innen sein bei Einsamkeit	7
Zusammenarbeit von Institutionen (z. B. Rheinbahn) und insgesamt stärkere Vernetzung, Infrastruktur zur Verfügung stellen	5
Tafel für Tiere, Unterstützung bei tierärztlicher Versorgung	5
Netzwerk für Freiwillige (Lebensmittel, Kleidung und Hilfe im Alltag anbieten)	3
Veranstaltung von Flohmärkten	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	9
Summe	100

PZ 2+3 AE 07	Summe
Netzwerkbildung, auch für schnelle, kleine Hilfen	18
Für Jugendliche: Konzeptentwicklung zu Schulungen und Aufklärungen in Schulen über Arbeit der Diakonie, mit Erfahrungsbezug der Seminarleiter	17
Arbeitsvermittlung und (Wieder-)eingliederungsprogramm in den regulären Arbeitsmarkt, z. B. mithilfe des Ehrenamts Bewerbungsgespräche begleiten	16
Kooperation mit staatlichen und anderen Stellen und bessere Logistik bei Verteilung der Sachspenden, lokales und übergreifendes Know-How verbinden	15
Kirche muss politischen Druck auf Gesetzgeber ausüben für sozialpolitische Themen - auf allen Ebenen: lokal, Land und Bund	15
Ehrenamtliches Engagement als Ressource: Verteilerzentrum, Fortbildung finanzieren, ehemals Betroffene für Ehrenamt nutzen	14
Begleitung bei Behördengängen und Antragsstellung	13
Armut öffentlich machen, nicht verstecken und Präsenz zeigen (z. B. durch aktive Werbung)	12
Plattformen schaffen und Patenschaften gründen für virtuelle Spendenaktion, Lebensmittelnutzung (um Verschwendung zu vermeiden)	12
Vermittlung von Bildung (Armutsprävention und Teilhabe), z. B. KiTa, kostenfreie Hausaufgabenbetreuung	11
Für Jugendliche: Hilfe zur Selbsthilfe, z. B. Begleitung für 12 Monate; Netzwerk schaffen, um Unterstützung mit Jugendlichen zu verbinden	10
Ressourcen gegen seelische Armut: Austausch, Vernetzung, soziale Kontakte wiederherstellen	8
Quartiersmanagement (mit Sozialarbeitern aus der Diakonie und Stadtplanern aus der Kommune) mit öffentlichem Zugang (Bürgerzentrum)	7
Generationsverzahnung fördern: z. B. Partnerschaften von Altersheimen und KiTas	7
Bewerbungsprogramm für FSJler, BuFDler, Ehrenamtler	7
Kein Engagement auf dem Immobilienmarkt	5
Sponsoring für Projekte und Werbung an markanten Plätzen	5

Mehr Sharing: Leihangebote für z. B. Work-Sharing, E-Scooter, Fahrräder, Werkzeug, Elektronik	4
Informationen über bestehendes Angebot kanalisieren	3
Mehr fifty-fifty Projekte (Hilfe zur Selbsthilfe, Ressourcen schaffen, um Ressourcen zu wecken)	3
Aufenthaltsräume mit Essensangeboten	3
Freizeit für jede Altersgruppe und jede Verdienstgruppe vermarkten und kommunizieren: Freizeitangebote, Reisemöglichkeiten, gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten aufzeigen	3
Summe	208

PZ 4 AE 07	Summe
Lebensmittel (z. B. durch Fairteiler) und Hygieneartikel	14
Menschen als Ressource; Betreuer und Hilfskräfte engagieren	11
Hilfestellung/Beratungsstellen z. B. bei psychischen oder bürokratischen Problemen	11
Aufenthaltsräume und deren Ausstattung (drinnen und draußen)	10
(Fort- bzw. Weiter-) Bildungsmöglichkeiten	10
Aufmerksamkeit für die Problematik in der Gesellschaft und Menschen auf ihre Möglichkeit sich einzubringen hinweisen (Ehrenamt, Sachspenden); Werbung für ehrenamtliche Plätze	10
Arbeitsmarkt: bessere Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen, integrative Arbeitsplätze; Berufs- und Ausbildungsberatung	10
Finanzberatung für Geldmanagement oder Umgang mit Schulden	8
Seelsorge	7
Ressourcen vor Verschwendung schützen	6
Kurzfristige Unterkünfte	6
Politisches Engagement, um Kommunen, Länder und den Bund zu animieren	5
Kostenlose Freizeitangebote für Familien und Jugendliche	3
Bildungsfond für Schüler und Studierende, um Anschaffungskosten zu decken	2
Summe	113

AE 08/09

Exkursion Partizipation & Engagement und Start-Plenum

Die zweite Exkursion in Phase II fand in Arbeitseinheit 08 am Ende des Tages statt. Hierbei wurden Organisationen besucht, die die Partizipation und das Engagement in der Evangelischen Kirche besonders verdeutlichen. Die Teilnehmenden erhielten einen Einblick und konnten Fragen stellen. Am nächsten Morgen in Arbeitseinheit 09 wurden diese Eindrücke im Start-Plenum gesammelt. Daraufhin diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen über das ehrenamtliche Engagement in der Evangelischen Kirche. Wichtig war dabei herauszufinden, welche Rahmenbedingungen gegeben sein sollten, damit dieses Engagement erhalten bzw. ausgebaut werden kann. Zudem sollten die Teilnehmenden Vorschläge machen, wie die Evangelische Kirche in Düsseldorf das Engagement junger Menschen fördern kann. Die Arbeitseinheit 09 umfasste daher zwei Arbeitsaufträge, die im Folgenden einzeln betrachtet werden.

Zur ersten Frage befand die städtische Planungszelle, dass die Attraktivität des Ehrenamts erhöht werden sollte, z. B. durch Fahrkarten der Rheinbahn, Aufklärung über Versicherungsschutz, Verpflegung, bestimmte steuerliche Vorteile oder Hilfe bei der Bürokratie. Die Teilnehmenden schlugen außerdem vor, den Kontakt zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen herzustellen, um einen gewissen Rahmen zu gewährleisten und die Ehrenamtlichen zu unterstützen. Zum Ausbau des Engagements könnte laut Planungszelle 1 mehr Öffentlichkeitsarbeit für das Ehrenamt dienen, wobei ein Überblick über die Möglichkeiten geschaffen und die Ehrenamtlichen geschult werden sollten.

Die Bedeutung dieser Informationen und Bekanntmachung der Angebote wurde auch in den Planungszellen 2 und 3 aufgegriffen. Die Teilnehmenden forderten einen zentralen Anlaufpunkt, Werbekampagnen und die Etablierung der Diakonie als Marke, um das Engagement zu erhalten bzw. auszubauen. Als zweitwichtigster Vorschlag wurde von den Teilnehmenden die größere Anerkennung sowie bessere Schulung und Ausbildung der Ehrenamtlichen bewertet. Ähnlich wie in Planungszelle 1, trat auch hier die freie Fahrt mit Bus und Bahn für die Ehrenamtlichen als wichtiger Anreiz hervor.

Einen finanziellen Anreiz bewerteten auch die Teilnehmenden der Planungszelle 4 als ihre wichtigste Empfehlung: Mit einem Auslagenersatz für Bahntickets, Verpflegung, Ausrüstung oder die Schulung, könnte das Engagement erhalten oder ausgebaut werden. Um die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit hervorzugeben, schlugen die jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor, dass dabei ein Fokus auf das Gemeinschaftsgefühl gesetzt werden sollte. Die zeitliche Flexibilität in einem Ehrenamt sowie die Auswahlmöglichkeit von einer Vielfalt an Angeboten in zeitlicher, örtlicher oder thematischer Hinsicht schlossen sich als nächstwichtigste Empfehlungen an.

PZ 1 AE 09a	Summe
Attraktivität des Ehrenamts erhöhen: durch Fahrkarten der Rheinbahn, Aufklärung über Versicherungsschutz, Verpflegungsangebote, steuerliche Vorteile, Hilfe bei Bürokratie	13
Kontakt zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, um Rahmen zu gewährleisten, z. B. Versicherung, Schutz vor Ausbeutung	10
Mehr Öffentlichkeitsarbeit für das Ehrenamt: „Jeder kann kommen“, Überblick schaffen und schulen	6
Die Angst vor dem Verpflichtungsgefühl nehmen, zeitlich begrenzter und flexibler Einsatz, projektgebundene, überschaubare Aufgaben	5
Persönliche Kontakte sind die beste Werbung: „Komm-mal-mit-Leute“	4
Um Ehrenamtler kümmern und Wertschätzung zeigen (z. B. Ehrenamtlertag)	3
Es soll Angebote geben, in denen man eigene Kompetenzen und Erfahrungen einbringen kann	3
Supervision muss den Ehrenamtlichen zur Verfügung stehen	3
Das Ehrenamt soll lebensnah sein / zeitgemäße Werbung	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	7
Summe	57

PZ 2+3 AE 09a	Summe
Informationen und Transparenz: Bekanntmachung der Angebote, zentraler Anlaufpunkt, Werbekampagnen, Diakonie als Marke	20
Mehr Anerkennung, bessere Schulung und Ausbildung	14
Freie Fahrt mit Bus und Bahn für Ehrenamtler; wie z.B. Jobticket oder Fahrgelderstattung	12
Rechtlichen Rahmen und Versicherungsfragen klären, bürokratische Hindernisse reduzieren	10
Schüler:innen zu ehrenamtlicher Arbeit aufklären und Jugendliche einbinden	9
Bereitstellung von Räumlichkeiten und Material (z. B. Arbeitswerkzeug, Fahrzeugverleih)	8
(Finanzielle) Anreize: Anrechnung des Ehrenamts bei der Rentenberechnung, Aufwandsentschädigung in besonders herausfordernden Ehrenämtern, Priorität bei KiTa-Plätzen	7
Sicherheit der körperlichen und seelischen Unversehrtheit von Ehrenamtlern gewährleisten	7
Richtige Betreuung, fachliche Begleitung, feste Ansprechpartner und Kontakt zu Hauptamtlichen	6
Stadtteiloptimierte Einsetzung der Ehrenamtler, Verwurzelung im Quartier	5
Nicht nur auf das Ehrenamt stützen: mehr ausgebildete Menschen, Fachpersonal, Profis	5
Nutzung von Online-Modellen	4
Offenheit der Kirche gegenüber allen Menschen und den neuen Ideen der Ehrenamtler	4
Kontinuierlicher finanziell gesicherter Etat, um Planungssicherheit zu geben und das Programmangebot zu erhalten	3
Ehrenamtler sollten die mentale Gesundheit für die Tätigkeit mitbringen	3
Regelmäßiges Treffen, Austausch untereinander	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	1
Summe	121

09a: Denken Sie über das ehrenamtliche Engagement innerhalb der Evangelischen Kirche nach. Welche Rahmenbedingungen sollten gegeben sein, damit dieses Engagement erhalten bzw. ausgebaut werden kann?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 4 AE 09a	Summe
Auslagenersatz (z. B. Bahntickets, Verpflegung, Ausrüstung, Schulung)	16
Fokus auf das Gemeinschaftsgefühl	11
Zeitliche Flexibilität für das Engagement	9
Vielfalt an Angeboten in zeitlicher, örtlicher und inhaltlicher Hinsicht	9
Gute Vororganisation, keine Hauptlast auf Ehrenamtlichen	7
Verpflegung und Ausrüstung, räumliche Gegebenheiten müssen geschaffen werden	7
Nicht so bürokratisch: möglichst geringe Eintrittsbarriere für Ehrenamtliche	6
Freiwilligkeit im Vordergrund	5
Unterstützung durch Hauptamtliche	4
Nutzung der Angebote soll gegeben sein: Feedback ist wichtig	1
Summe	75

Für die Beantwortung der zweiten Frage, wie das Engagement junger Menschen durch die Evangelische Kirche in Düsseldorf gefördert werden kann, hob Planungszelle 1 besonders hervor, dass eine Kooperation mit den Schulen wichtig ist. Dabei sollten Vorträge, Exkursionen, Schnupper-Angebote in der Ferienzeit, das Ehrenamt als Schulpraktikum angeboten werden. Mit dem Einbeziehen der Lehrerinnen und Lehrer sowie dem Thema „Ehrenamt“ im Unterricht könnte das Engagement junger Menschen ausgebaut werden und besser gelingen. Mit etwas Abstand bewerteten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter den Kontakt als wichtig, der auch nach der Konfirmation aufrechterhalten werden sollte, um junge Menschen für das Ehrenamt und die Jugendgruppen anzuwerben. Für eine bessere Information über Möglichkeiten des Ehrenamts sollte es Infostände auf den Campus der Universitäten oder Hochschulen geben, Beauftragte für junge Leute in den Gemeinden vorhanden sein sowie Projekte und Aktivitäten für eine bessere Ansprache junger Menschen angeboten werden.

Die beiden evangelischen Planungszellen sahen eine wichtige Möglichkeit in der Gestaltung der Jugendfreizeiten mit aufgefrischten Angeboten, der Einbindung der Teamer (Betreuer) sowie gemeinsamen Ehrenamtsfreizeiten und anderen Aktionen. Zudem könnte das Engagement durch eine zielgruppengerechte Werbung gefördert werden. Dabei sollte an Orten geworben werden, wo Jugendliche sich aufhalten; über leicht zu findende Informationen auf der Webseite oder über eine spezielle Online-Plattform. Mit einer interessanteren Gestaltung der Gemeindeaktivitäten in der Kirche könnte der Kontakt auch nach der Konfirmation aufrechterhalten werden, ein Anliegen, das auch Planungszelle 1 wichtig war. Die gleiche Punktzahl erhielt der nächste Aspekt, der forderte, die Angebote an die zeitlichen Möglichkeiten und Vorstellungen der Jugendlichen anzupassen.

Aus Sicht der jungen evangelischen Teilnehmenden in Planungszelle 4 war die Thematisierung der ehrenamtlichen Arbeit im Konfirmandenunterricht erfolgversprechend. Wie in Planungszelle 1, wurde auch hier vorgeschlagen, in den Schulen einen Projekttag „Ehrenamt“ einzuführen. Zudem fanden sich die Anreize, die schon zur Beantwortung der ersten Frage genannt wurden, auch hier unter den Vorschlägen wieder: Mit Vergünstigungen durch eine Ehrenamtskarte oder für Freizeitaktivitäten sowie einem positiven Zeugnisvermerk und einer Ehrenamtsbescheinigung, könnte das Engagement gefördert werden.

PZ 1 AE 09b	Summe
Kooperation mit Schulen: Vorträge, Exkursionen, Schnupper-Angebote für die Ferien, Lehrer:innen einbeziehen, Ehrenamt als Praktikum, Unterrichtsfach/ AG/Projekttag „Ehrenamt“	15
Kontakt auch nach der Konfirmation aufrecht erhalten, für Ehrenamt und Jugendgruppen anwerben	6
Info-Stände auf den Campus der Universitäten und Hochschulen, Ausbildungsmessen und Berufsinformationszentren der Agentur für Arbeit	5
Beauftragte für junge Leute müssen in den Gemeinden vorhanden sein	5
Zum Ansprechen junger Menschen muss man Projekte und Aktivitäten anbieten, z.B. Sport, Musik, Kunst, Fahrten (auch nach der Konfirmation)	5
Ehrenamt als Kontaktbörse (für Zugezogene)	4
Augenhöhe zwischen älteren und jüngeren Ehrenamtlichen	3
Verpflichtendes soziales Jahr nach der Schule und nach Eintritt des Rentenalters	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	50

PZ 2+3 AE 09b	Summe
Jugendfreizeiten: Angebote auffrischen, Teamer einbinden, gemeinsame Ehrenamtsfreizeiten oder Aktionstage	14
Werbung zielgruppengerecht ausbauen: an Orten werben, wo Jugendliche sind, leicht zu findende Informationen auf der Webseite, Online-Plattform speziell für Jugendliche	12
Gemeindeaktivitäten der Kirche interessant gestalten, damit der Kontakt weiterhin vorhanden bleibt z.B. nach der Konfirmation	10
Angebote an zeitliche Möglichkeiten und Vorstellungen der Jugendlichen anpassen, zeitliche Flexibilität möglich machen (z. B. Nachtaktionen)	10
PR für Kirche (über Social Media): neues Verständnis von Kirche, modernisiertes Format, Image verbessern, positive Abgrenzung bzw. Stellungnahme bei kritischen Ereignissen innerhalb der Kirche	9
Ehrenamt stärker institutionalisieren (Schulpraktikum durch Ehrenamt ersetzen, Anrechenbarkeit des Ehrenamts und Unterstützung im Studium)	9
Anerkennung, durchaus auch mal eine Urkunde, die man später vorteilhaft im Lebenslauf einsetzen kann (Gutes tun und darüber reden); Zertifikat über „Ausbildungsstufe“; nach 1 Jahr Ehrenamt/FSJ (z. B. zwischen Schule und Studium)	9
Während der Konfirmationszeit: Schnupperkurse, Teile der Gottesdienste durch Projekte der Nächstenliebe ersetzen, Einführung durch vorherigen Jahrgang	8
Positive Beispiele: Erlebnisberichte auf den sozialen Medien, Vorbildfunktion der Älteren	8
Präsenz/Vorträge/Engagement in Schulen (Hilfe bei Ausbildung, Berufsfindung und Seelsorge)	7
Zuhören, Kreativität und Ideenfluss der Jugendlichen zulassen	5
Mehr Werbung im Kreis der Flüchtlinge	3
Wertschätzende Vergütung nicht nur rein finanzieller Art (z. B. durch Ausflüge)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	110

09b: Wie kann die Evangelische Kirche in Düsseldorf das Engagement junger Menschen fördern?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ4 AE 09b	Summe
Ehrenamtliche Arbeit im Konfirmandenunterricht thematisieren	13
Einführung eines ehrenamtlichen Projekttages an Schulen	11
Anreize schaffen, z. B. Vergünstigungen durch die Ehrenamtskarte oder Freizeitaktivitäten, Zeugnisvermerk oder Ehrenamtsbescheinigung	10
Aus allgemeiner Attraktivierung der Kirche für junge Menschen kann sich Ehrenamt ergeben	7
Initiative zulassen, Jugendliche sollen selbst Angebote schaffen dürfen	6
Mehr digitale Angebote (Veranstaltungen, gezieltes Marketing z. B. Präsenz in Social Media)	6
Inhaltliche Attraktivität der Angebote	4
Augenhöhe, kein Arbeitgeberverhältnis	4
Exkursionen und Vorstellung z.B. in Schulen, Programmvorstellung	3
Vielfalt an Angeboten in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	71

AE 10

Von der KiTa bis zur Familienbildung

Die Bandbreite der evangelischen Bildungsarbeit wurde im nächsten Themenblock betrachtet. In Arbeitseinheit 10 erfuhren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Grundlagen der Bildungsarbeit und erhielten eine Übersicht über die Angebote in Düsseldorf. Mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der evangelischen Bildung in der Stadt, sollten die Teilnehmenden herausarbeiten, welche Bildungsangebote in Düsseldorf wichtig sind und ausgebaut werden sollten, und welche wiederum in den Hintergrund treten können. Auch hier werden die Ergebnisse der zwei Fragen getrennt betrachtet.

Eine adressatengerechte Medienberatung und PC-Training wurden als wichtige Bildungsangebote in Planungszelle 1 genannt. Gleich bepunktet wurde der Vorschlag Familien zu stärken, indem Angebote für vielfältigere Familien(-konstellationen) wie Erziehungshilfen, oder eine Unterstützung für Schwangere ausgebaut werden. Insgesamt, befanden die Teilnehmenden, sollten die Angebote offener gestaltet werden, sodass Interessierte auch ohne Anmeldungen teilhaben können. Die Bindung junger Menschen mit mehr oder besseren Angeboten wurde aus der vorigen Arbeitseinheit wieder aufgegriffen.

In den Planungszellen 2 und 3 wurde am meisten die Bewegung hin zu digitalen Bildungsangeboten bepunktet. Dazu nannten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter insbesondere Social Media und Online-Angebote mit regelmäßigen Diskussions- oder Spieleangeboten. Ein wichtiges Bildungsangebot, das ausgebaut werden sollte, war für die beiden Planungszellen die Lebensbildung. Hier könnte Kindern und Jugendlichen beim Einstieg in die Ausbildungs- und Erwachsenenwelt geholfen werden: Praktische Fragen des Alltags, Werte und Normen sowie soziale Fähigkeiten sollten dabei thematisiert werden. Mit gleich hoher Punktzahl bewerteten die Teilnehmenden die gesundheitliche Bildung sowie die Verbindung von Kirche und Sport. Wichtig war allerdings, dass es dabei nicht um mehr leistungsorientierte Sportangebote gehen sollte.

Die Teilnehmenden in Planungszelle 4 forderten an erster Stelle eine Neustrukturierung des Religionsunterrichts hin zur individuellen Glaubensbildung, einem Unterricht mit Aktualitätsbezug, freier Interpretation der Bibel, freien Themen wie Tod oder die Existenz Gottes sowie einer Aufklärung über andere Glaubensrichtungen. Die folgenden drei Aspekte erhielten die gleiche Punktzahl und wurden daher als gleich wichtig bewertet: Angebote, die die Identitätsbildung fördern, mehr Kindertagesstätten sowie die Aussage, dass Bildungsangebote zwar gut aufgestellt sind, es aber Image- oder Marketingprobleme gibt.

**10a: Welche
Bildungsangebote
der Evangelischen
Kirche in
Düsseldorf sind
besonders wichtig
und sollten
ausgebaut
werden?**

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1 AE 10a	Summe
Medienberatung und Medientraining / -bildung, PC-Training, adressatengerecht	11
Die Stärkung der Familien, auch Angebote für vielfältigere Familien und Familienkonstellationen, Erziehungs- hilfen, Unterstützung für Schwangere	11
Offenere Angebote, auch ohne Anmeldungen	6
Angebote für junge Menschen stärken, um sie langfristig zu binden	5
Hausaufgabenbetreuung, zusätzlich auch Sprachentraining für nicht-Deutsch-Sprechende als auch Muttersprachler	4
Kindergartenplätze ausbauen und damit frühkindliche Erziehung und Bildung unterstützen	4
Seniorentreffs mit modernem oder intellektuellem Einschlag ausweiten	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	11
Summe	56

PZ 2+3 AE 10a	Summe
Bewegung zu digitalen Bildungsangeboten schaffen: Social Media und Online-Angebote (z. B. über Discord: regelmäßige Diskussionsangebote, Spieleangebote)	15
Lebensbildung: Kindern und Jugendlichen helfen beim Einstieg in die Ausbildungs- und Erwachsenenwelt - praktische Fragen des Alltags klären, Werte und Normen prägen, soziale Fähigkeiten stärken	13
Gesundheitliche Bildung und Verbindung von Kirche und Sport, mehr nicht-leistungsorientierte Sportangebote	13
Ausbau weiterführender Angebote und kirchlicher Veranstaltungen nach Konfirmationsunterricht (14J+)	12
Weg von klassischer Bildung hinzu Bildung für's Leben: Herzensbildung, Persönlichkeitsausbildung (Konfliktlösung, Argumentationskurse), praktische Fragen (z. B. Patientenverfügung, Kochen)	12
Projektwochen statt klassischem Religionsunterricht ab der Grundschule mit verschiedenen Konfessionen/Religionen und deren Vertretern	8
Anlaufstelle für Jugendliche, die sozial benachteiligt sind: Proberaum, Hausaufgabenbetreuung, Heranführung an religiöses Wertesystem; Weiterverbreitung der Teestuben	8
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen: Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe	7
Einbau von religiöser Bildung bei Freizeitangeboten (über die Kirche)	6
Bekenntnisunabhängige, nicht konfessionsgebundene Bildungsangebote	4
Angebot der Stadt-Akademie sehr gut, muss nach vorne gebracht werden	4
Angebote an einer zentralen Plattform sammeln (z. B. auf Website der Evangelischen Kirche Düsseldorf bzw. Deutschlands)	4
Vielfalt der Bildungsangebote unbedingt erhalten	3
Bildungsangebote für „sozial schwächere“ Gruppen: der, der in Not ist, muss gefördert werden	3
Bildungsangebote für „sozial schwächere“ Gruppen: der, der in Not ist, muss gefördert werden	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	8
Summe	123

PZ 4 AE 10a	Summe
Religionsunterricht (Neustrukturierung zur individuellen Glaubensbildung, Aktualitätsbezug, Neuauslegung bzw. freie Interpretation der Bibel, freie Themen wie Tod oder Existenz Gottes, Aufklärung über andere Glaubensrichtungen)	13
Angebote, die die Identitätsbildung fördern (z. B. Inklusion, Umweltpädagogik)	8
Mehr Kindertagesstätten	8
Bildungsangebote sind gut aufgestellt, aber es gibt Image- und Marketingprobleme	8
In der Erwachsenenbildung auch Themen aufnehmen, die über die theologischen hinausgehen	7
Angebote, die ein Gemeinschaftsgefühl steigern; Fokus auf die Gemeinschaft (weg vom Egoismus)	7
Praxisorientierter Ausbau des Konfirmandenunterrichts und Programm für die Zeit nach der Konfirmation	6
Beratungsstellen zur Berufsorientierung	5
Angebote in Schulen integrieren und ausbauen (Projektstage, Nachmittagsbetreuung)	5
Digitale Bildungsangebote, vor allem über Social Media (Instagram, Youtube)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	5
Summe	75

Bei der Frage, welche Bildungsangebote der Evangelischen Kirche in Düsseldorf in den Hintergrund treten können, forderte Planungszelle 1, dass das Freizeitprogramm der EFA überdacht werden sollte. Insgesamt sollten Angebote, wie z. B. Sport, die auch woanders wahrgenommen werden können, gestrichen werden. Um genau herauszufinden, welche Angebote den Menschen in Düsseldorf wichtig sind, empfahl Planungszelle 1 die Durchführung von Umfragen in den Stadtbezirken. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Teilnehmenden: Traditionelle und veraltete Bildungsangebote der Evangelischen Kirche sollten reduziert werden.

PZ 1 AE 10b	Summe
Das Freizeitprogramm EFA soll überdacht werden, Angebote, z.B. Sport, die auch woanders wahrgenommen werden können, streichen	16
Umfragen in den Stadtbezirken durchführen, um herauszufinden, welche Angebote wichtig sind	9
Traditionelle und veraltete Angebote reduzieren	8
Kirchliche Schulen	7
Kirchliche Kindergärten sollen in städtische Trägerschaft übergehen	6
Angebote mit weniger Bedarf nach Ausschlussverfahren ermitteln, z. B. durch Analyse der Teilnehmerzahlen	4
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	53

In den Planungszellen 2 und 3 stellte die meist bewertete Empfehlung jedoch die Forderung auf, dass keine Bildungsangebote ohne Not aufgegeben werden sollten. Allerdings könnten Angebote, die kaum genutzt werden, reduziert werden.

Überhaupt nicht angenommene Bildungsangebote sollen nach einer Analyse ganz gestrichen werden, befanden wiederum einige Teilnehmende der beiden Planungszellen. Wichtig war in den beiden Planungszellen, dass flexibler und situationsbedingter agiert werden sollte. Ebenso wurde das konkrete Beispiel der Stadtakademie genannt, wobei diese eher in den Hintergrund gestellt werden könnte, da Kooperationen mit anderen Akademien sinnvoller sein könnten. Gleich bewertet wurde der Vorschlag, das Bildungsangebot standortgebundener durchzuführen.

Auch Planungszelle 4 stellte an erster Stelle ihrer Empfehlungen, dass Bildungsangebote nicht der richtige Bereich für Einsparungen sind. Zudem forderten sie, dass der traditionelle Glaube und die Bibelarbeit eher in den Hintergrund treten könnte, wobei mehr Raum für neue Ansätze und weniger für theologische Themen geschaffen werden sollte. Der Wunsch nach einer weniger strikten evangelischen Ausrichtung im Schulunterricht mit konservativen Inhalten und Auswendiglernen erhielt die gleiche Punktzahl.

10b: Welche Bildungsangebote der Evangelischen Kirche in Düsseldorf können in den Hintergrund treten?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 2+3 AE 10b	Summe
Ohne Not nichts aufgeben: Zurücktreten von nichts, aber reduzieren, was aktuell kaum wahrgenommen wird.	37
Nicht angenommene Bildungsangebote sollen nach Analyse ganz gestrichen werden	15
Flexibler und situationsbedingt agieren	11
Stadtakademie: noch wichtig, aber kann in den Hintergrund gestellt werden; Kooperation mit anderen Akademien, sodass diese nicht mehr alleinstehend ist	11
Bildungsangebot standortgebundener durchführen	11
Keine speziell evangelischen Bildungsangebote mehr!	10
Flächendeckendere Präsenz an öffentlichen Schulen, zu Lasten der konfessionellen Schulen	6
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	6
Summe	107

PZ 4 AE 10b	Summe
Bildungsangebote sind nicht der richtige Bereich für Einsparungen	23
Traditioneller Glaube und Bibelarbeit etc. eher in den Hintergrund, mehr neue Ansätze, weniger Raum für theologische Themen	18
Weniger strikte evangelische Ausrichtung im Schulunterricht mit konservativen Inhalten und Auswendiglernen	18
Fokus weniger auf Erwachsenenbildung	8
Fokus weniger auf Präsenzbildung (im Gegensatz zu Digitalen)	3
Summe	70

AE 11

Lebenslanges Lernen

Meinungsbildung in jedem Alter

Das Thema Bildung wurde in der Arbeitseinheit 11 mit einem Fokus auf lebenslanges Lernen fortgesetzt. Insbesondere die unterschiedlichen Angebote der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche Düsseldorf wurden hier beleuchtet. Hierfür diskutierten und erarbeiteten die Teilnehmenden die fünf wichtigsten Grundsätze.

Der mit Abstand wichtigste Grundsatz in der städtischen Planungszelle waren antidiskriminierende Bildungsangebote, in welchen niemand ausgegrenzt wird, jeder willkommen ist und akzeptiert wird. Mit der strengen Fokussierung auf Themen, die mit Glauben, Kirche und Spiritualität zu tun haben, sollte die Evangelische Kirche sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Dass bei den Bildungsangeboten grundsätzlich gesellschaftliche Probleme und Geschehnisse dieser Zeit aufgegriffen werden, war den Teilnehmenden ebenso wichtig. Diese beiden Aspekte erhielten die gleiche Punktzahl.

In den Planungszellen 2 und 3 legten die evangelischen Teilnehmenden besonderen Wert auf religionsunabhängige, religionsneutrale Weiterbildung mit dem Ziel, alle Menschen offen und respektvoll damit anzusprechen. Ein weiterer wichtiger Grundsatz war die Aussage, Bildungsangebote breit gefächert zu halten und zu erweitern. Zudem sollten Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene niedrigschwellig und gut erreichbar sein, d. h. ortsnah, kostengünstig, barrierefrei und nicht konfessionsgebunden. Die Angebote sollten leicht verständlich online zugänglich sein.

Auch Planungszelle 4 thematisierte die Offenheit der Angebote für alle mit dem Grundsatz Inklusion. Den Teilnehmenden war auch wichtig, ähnlich wie in den Planungszellen 2 und 3, dass die Angebote frei und uneingeschränkt nutzbar, für Interessierte finanziell und lokal erreichbar sind. Freies und kreatives Arbeiten in den Bildungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene sollte möglich sein. Bei der inhaltlichen Gestaltung sahen die Teilnehmenden grundsätzlich den Fokus bei der Vermittlung von aktuellen Themen, Werten und Normen sowie der Einbeziehung spezifischer Interessen und Probleme der Zielgruppe.

11: Was sind aus Ihrer Sicht die fünf wichtigsten Grundsätze der Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1 AE 11	Summe
Antidiskriminierend: Niemanden ausgrenzen, jeder ist willkommen und wird akzeptiert, wie er oder sie ist.	42
Strenge Fokussierung auf Themen, die mit Glauben, Kirche und Spiritualität zu tun haben (Kerngeschäft)	12
(Gesellschaftliche) Probleme und Geschehnisse der Zeit aufgreifen	12
Umweltbewusstsein schaffen	7
Mitbestimmung und Selbstbestimmung in Gruppen stärken, politische Beteiligung fördern (nicht parteipolitisch), Bildung der eigenen Meinung fördern	6
Das Angebot um Online-Angebote erweitern	6
Offen miteinander umgehen, zuhören können	5
Entsprechende Werbung für diese Angebote in unterschiedlichen Medien	5
Grundsätzlich gemeinschaftsfördernde Angebote; Angebote müssen einen gesellschaftlichen Beitrag leisten	4
Den Bedürfnissen der Teilnehmer entsprechen, Interessen abfragen, Feedback sammeln	4
Bildungsangebote müssen einen Mehrwert / Wertesteigerung für die Teilnehmenden haben	3
Professionalität, nicht nur Ehrenamtler einsetzen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	113

PZ 2+3 AE 11	Summe
Religionsunabhängige Weiterbildung (religionsneutral): Trennung von religiösen und unterrichtlichen Inhalten; Zielgruppe: alle - Offenheit und Respekt für alle (Diversität)	22
Bildungsangebote breit gefächert halten und erweitern	20
Niederschwellige, gute Erreichbarkeit (ortsnah, kostengünstig, barrierefrei, nicht konfessionsgebunden) und leicht verständlicher Online-Zugang zu den Angeboten	18
Aktuelle Formate und Themen (zukunftsorientiert) mit uneingeschränkter Meinungsbildung und klaren politischen Stellungnahmen als Leitplanke	17
Zielgruppenspezifische, qualitativ hochwertige und ansprechende Angebote (Kompetenz und Leidenschaft des Lehrpersonals)	16
Vermittlung von humanitären und demokratischen Werten; Ziel: Bildung der Demokratiefähigkeit, pazifistisches Gedankengut	15
Stärkung der sozialen Kompetenzen unter Beibehaltung der Individualität und Diversität fördern	15
Vertrauensvoll, auf Augenhöhe miteinander umgehen und Dialog schaffen (Bildung ohne Vorbildung oder unabhängig von Herkunft, Lehrende mit Migrationshintergrund)	10
Finanziell unabhängiger Zugang zur Bildung für jeden; Angebote sollen nicht an Geld scheitern (Fördergelder gibt es genug)	9
Seelsorgerische und metaphysische Themen sollten nicht unter den Tisch fallen	9
Angebot an sozial schlechter gestellten Personen und Bildungsbenachteiligten ausrichten (Deutsch für Ausländer, Schulung in neuen Medien für Ältere, Bewerbungstraining)	8
Wandel in der Gesellschaft mitnehmen, Themen: Corona, Klimaneutralität, soziale Nachhaltigkeit	8
Wertevermittlung, ohne zu missionieren	7
Kritische Selbstwahrnehmung der Kirche	5
Auf Basis christlicher Werte	4

Freiwilligkeitsprinzip	4
Mitbestimmung, Mitgestaltung	4
Austausch mit anderen Religionen (z. B. Tag der offenen Tür/Kirche)	4
Vereinbarkeit mit dem Alltag: ausreichender und zeitlich passender Freiraum (mit Bildungsurlaub anstatt als Abendprogramm)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	202

PZ 4 AE 11	Summe
Inklusion (jede:r willkommen)	15
Frei und uneingeschränkt nutzbar, finanziell und lokal erreichbar	11
Freies und kreatives Arbeiten	10
Aktualitätsbezug und Eingehen auf spezifische Interessen und Probleme der Zielgruppe, Werte und Normen vermitteln	9
Sexuelle Aufklärung	8
Digitalisierung	8
Chancengleichheit und klare, barrierefreie Kommunikation	8
Identitätsförderndes Lernen	6
Diversität	6
Ansprechende Gestaltung	6
Praxisorientiert, nicht so konservativ mit Unterricht	6
Raum für individuelle Lebensentwürfe/Kein Dogmatismus	5
Freiwilligkeit	5
Solidarität	4
Kompetente und gut aufgestellte Bildungsangebote	4
Umweltschutz	3
Summe	114

AE 13

Kirche mit den Menschen Im Quartier

Der letzte Tag begann mit dem vierten Themenblock – Kirche mit den Menschen. In Arbeitseinheit 13 wurde dabei insbesondere ein Blick auf die Kirche im Quartier, also die räumliche Nähe zu den Menschen, geworfen. Wie sollte die Evangelische Kirche im Quartier erfahrbar, vernetzt und organisiert sein? Bei welchen Angeboten ist die räumliche Nähe im Quartier nicht so wichtig? Mit diesen beiden Fragen beschäftigten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in den Kleingruppen.

Zur ersten Frage schlugen die Teilnehmenden der Planungszelle 1 vor, dass Pfarrerrinnen und Pfarrer auf Menschen im Quartier zugehen sollten, um sie einzuladen am Gemeindeleben (auch in den Schulen und Vereinen) teilzunehmen. Haus- und Hofbesuche sowie Online-Angebote für alle, die nicht mobil sind, empfanden die Teilnehmenden als eine gute Möglichkeit für die Quartiersarbeit der Evangelische Kirche. Die Gemeinschaft in der Gemeinde erfahrbar zu machen, um Menschen kennenzulernen und untereinander zu vernetzen, war ein weiterer Vorschlag aus der städtischen Planungszelle. Dazu nannten die Teilnehmenden Beispiele, wie Feste, freizeithliche Zusammenkünfte, Chöre und Jugendgruppen sowie Weihnachts- und Trödelmärkte. Grundsätzlich stellte sich in dieser Planungszelle die Frage der Präsenz: „Wo findet man die Evangelische Kirche im Quartier?“

In den beiden Planungszellen 2 und 3 sahen die Teilnehmenden für die Evangelische Kirche im Quartier die Möglichkeit, durch konstante und wiederkehrende Aktionen sowie persönliche Kontakte erfahrbar zu sein, z. B. auf festen Stammtischen, bei Tauschaktionen, Vorträgen und Stadtteil-Abenden. Den evangelischen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern war wichtig, dass die vorhandene Infrastruktur genutzt wird, etwa mit der Bereitstellung der Kirchenräume, um zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten für das Quartier zu schaffen. Zudem wurde der Begriff Vernetzung stark hervorgehoben. Gemeint war damit die Vernetzung zwischen der jüngeren und älteren Generation, beim Zuzug neuer Gemeindemitglieder sowie zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Für die Planungszelle 4 stand an vorderster Stelle die Empfehlung eine konkrete physische Anlaufstelle, wie einem Gemeindehaus, vorzuhalten, die zudem auch in maximal 15 Minuten erreichbar sein sollte. Dies, gepaart mit digitalen Informationen, könnte die Vernetzung im Quartier erhöhen. Umweltpolitisches Bewusstsein und die Besetzung dieser Themen in der Quartiersarbeit, z. B. durch gemeinsames Bäume pflanzen oder Müll aufsammeln, könnte laut Planungszelle 4 für die Evangelische Kirche im Quartier einen positiven Beitrag leisten. Zudem könnten Selbsthilfegruppen bzw. professionell begleitete Gesprächsrunden zu unterschiedlichen Themen und mit unterschiedlichen Personengruppen zugutekommen.

13a: Wie sollte die Evangelische Kirche im Quartier erfahrbar, vernetzt und organisiert sein?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1 AE 13a	Summe
Pfarrer:innen aus den Häusern raus: „Gehet hin in alle Welt!“ Die Kirche soll auf die Leute zugehen im Quartier, am Gemeindeleben teilnehmen, in die Schulen und Vereine; Haus- und Hofbesuche und Online-Angebote für alle, die nicht mobil sind	12
Gemeinschaft in der Gemeinde erfahrbar machen, um sich kennenzulernen und die Menschen untereinander vernetzen (z. B. mit Festen, freizeithlichen Zusammenkünften, Chören und Jugendgruppen, Weihnachts- und Trödelmärkten)	11
Präsent sein: Wo findet man die Evangelische Kirche im Quartier?	9
Einfache Begegnungsorte schaffen (z. B. Bauwagen oder zwei Stühle unter einem Sonnenschirm, Außengottesdienste)	8
Über vorhandene Angebote muss informiert werden und Möglichkeiten zur Vernetzung aufzeigen (z. B. Nebenan.de)	7
Das Gemeindehaus öffnen; Gemeinwesenzentrum	3
Bewohner des Quartiers befragen, was sie aktuell bewegt, Feedback zu vorhandenen Angeboten	2
Summe	52

PZ 2+3 AE 13a	Summe
Konstante und wiederkehrende Aktionen (Tauschaktionen, Kulturcafé, Projektaktionen, Vorträge, Stadtteil-Abend); durch persönliche Kontakte durch fest eingerichtete Stammtische erfahrbar sein	13
Vorhandene Infrastruktur nutzen: Räume der Kirche bereitstellen, um Nutzungsmöglichkeiten für das Quartier zu schaffen	12
Vernetzung: jüngere und ältere Generation; bei Zuzug neuer Gemeindeglieder (Willkommenstreff); Hauptamtliche und Ehrenamtliche; Gemeindeglieder mit klaren Zuständigkeiten einbinden	12
Stetiger Austausch zwischen Kirche, Politik und Vereinen - Idee: Kirche als Teil des professionellen Quartiersmanagements	10
Niedrigschwelliger Zugang zu Angeboten (örtliche Nähe, offen für alle, kostengünstig)	10
Bewohner des Quartiers gestalten selbst (vom Quartier fürs Quartier); Unterstützung von Initiativen der Menschen aus dem Quartier	10
Punktueller Öffentlichkeitsarbeit: Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen (z. B. Straßenfeste, Basar und Trödelmärkte, Markt der Möglichkeiten)	9
Flexibilität der kirchlichen Öffnungszeiten; Kirche sollte zu jeder Zeit offen sein	9
Gute Online-Präsenz, z. B. auf nebenan.de oder in den sozialen Medien	8
Stadtteil-Quartiere schaffen, wo ggf. gemeinsam mit karitativen Verbänden (auch mit katholischer Kirche) Anlaufstelle geschaffen wird	5
Popup-Andachten z. B. am Platz vor der Kirche	5
Bei Wegfall/Schließung einer Kirche ortsnaher Räumlichkeit für Gottesdienste nutzen	3
Idee der Gemeindeglieder wieder aufleben lassen (z. B. durch Sozialarbeiter, die im Quartier leben)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	7
Summe	116

PZ 4 AE 13a	Summe
Konkrete physische Anlaufstelle (Gemeindehaus, zeitliche Erreichbarkeit in 15min) gepaart mit digitalen Informationen, um die Vernetzung zu erhöhen	11
Umweltpolitische Themen wie z. B. Bäume pflanzen oder Müll aufsammeln	8
Selbsthilfegruppen bzw. professionell begleitete Gesprächsrunden, für unterschiedliche Themen und Personengruppen	7
Öffnen von verschiedenen Themen für alle Alters- und Interessengruppen durch Projekte (Altersgruppen-übergreifende Vernetzung)	6
Möglichkeiten neue Dinge auszuprobieren (Safe Space)	6
Hausbesuche (z. B. bei älteren und hilfsbedürftigen Menschen)	6
Abendveranstaltungen mit z. B. Open Mic Poetry Slam	5
Freizeitangebote (Sport, Handwerk, Gemeinnütziges)	5
Aktionen dort veranstalten, wo sowieso schon viele Menschen sind (Altenheime, Schulen)	5
Vernetzung, Kommunikation und Werbung (zwischenmenschlich und digital)	4
Digitale Arbeit	3
Offene, wiederkehrende Veranstaltungen, zu denen jede:r eingeladen ist (niedrige Eintrittsschwelle)	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	1
Summe	70

Mit der zweiten Frage sollten die Teilnehmenden herausarbeiten, bei welchen Angeboten die räumliche Nähe nicht so wichtig ist. Dazu empfahl Planungszelle 1, dass kulturelle Veranstaltungen auch zentral in der Stadt stattfinden könnten. Eine weitere Kernaussage aus der Planungszelle bezog sich auf Angebote, die über eine längere Zeit gehen und die daher auch überregional veranstaltet werden könnten. Zudem befanden die städtischen Teilnehmenden: Damit genug Gäste zu speziellen Angeboten, wie Kirchencafés, Chor und Spieletreff kommen, müssten diese nicht unbedingt im Quartier veranstaltet werden. Bei einer zentralen Einrichtung für Online- oder Telefonseelsorge oder für den Online-Gedankenaustausch, stellten die Teilnehmenden fest, wäre eine räumliche Nähe unwichtig.

Der Aspekt mit der höchsten Punktzahl in Planungszellen 2 und 3 betrachtete die digitalen Angebote etwas differenziert: Man sollte nicht aus dem Auge verlieren, dass nicht alle gleich Zugang zum Internet haben. Insbesondere für die ältere Generation schlugen sie deshalb vor, dass alte Laptops gesammelt und verteilt werden könnten. Mit dem nächsten Aspekt äußerten die Planungszellen ihre Empfehlung, dass bei allen Dienstleistungen, die auch online möglich sind, die räumliche Nähe nicht so wichtig ist. Als Beispiele wurden Podiumsdiskussionen sowie Nachbarschafts-Chats genannt. Zudem hoben sie hervor, dass dies ebenso bei Weiter- und Fortbildungen sowie Schulungen gilt.

Bildungsangebote, die zur Wissensvermittlung dienen, wurden als wichtigster Aspekt aus der Jugendplanungszelle vorgeschlagen, um diese ins Digitale zu verlegen. Den Teilnehmenden war außerdem wichtig, dass die Inklusion für nichtmobile Menschen mitbedacht wird. Ebenso viele Punkte erhielten der Vorschlag, Umweltaktionen innerstädtisch durchzuführen sowie die Aussage, dass dennoch Quartiersnähe unabhängig vom Angebot für eine Gemeinde wichtig ist.

13b: Bei welchen Angeboten ist die räumliche Nähe nicht so wichtig?

(3 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 1 AE 13b	Summe
Kulturelle Veranstaltungen können auch zentral in der Stadt sein	13
Angebote, die über einen längeren Zeitraum gehen (wie Exerzitien oder Einkehrwoche, Wochenendseminare) können überregional sein	11
Spezielle Angebote, z. B. Kirchencafés, Chor und Spielertreff, damit überhaupt genug Gäste kommen	6
Online- oder Telefonseelsorge, Gedankenaustausch online (Zentrale)	6
Zettelkasten am Gemeindehaus soll es vor Ort geben	5
Onlinetreffen für Absprachen, Runder Tisch mit analogen Treffen zwischendurch	5
Informationen über Angebote online, Informationsvermittlung	4
Workshops, z. B. zu Seelsorge, über Gruppenspiele und/oder für Jugendgruppenleiter:innen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	0
Summe	53

PZ 2+3 AE 13b	Summe
Auch bei digitalen Angeboten nicht aus dem Auge verlieren, dass nicht alle gleich Zugang zum Internet haben; Idee: Sammelstation für alte Laptops für die ältere Generation	26
Dienstleistungen, die online möglich sind (z. B. Podiumsdiskussionen, die übertragen werden können, Nachbarschafts-Chat)	25
Weiterbildung, Fortbildung und Schulung (keine Eins-zu-Eins Begegnung nötig)	20
Digitale Angebote für Menschen, die Vor-Ort Angebote nicht wahrnehmen können (z. B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen)	8
Foren, Gesprächsgruppen, Chats	8
Bei Gottesdienst-Streams oder Podcasts, wo es nur ums zuhören geht	4
Musikalische Angebote, weil Musik auch so verbindet	4
Informationsvermittlung (z. B. über Veranstaltungen)	4
Tagesfahrten (kann mit anderen Kirchengemeinden zusammengelegt werden)	4
Alles, was ohne enormem Aufwand aufrecht erhalten werden kann, aus eigener Trägerschaft weiterführen	3
Zum Wohlfühlen braucht man doch ziemlich viel räumliche Nähe	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	3
Summe	112

PZ 4 AE 13b	Summe
Bildungsangebote zur Wissensvermittlung (ins Digitale)	14
Inklusion für Nichtmobile	12
Umweltaktionen können auch innerstädtisch sein	12
Quartiersnähe (für eine Gemeinde) ist wichtig, unabhängig vom Angebot	12
Digitale Angebote (müssen von überall erreichbar sein)	11
Ausflüge, Freizeiten, die im auswärtigen Raum stattfinden, können übergemeindlich organisiert werden	8
Summe	69

AE 14

Kirche mit den Menschen

Seelsorgeangebote

Nachdem sich die Teilnehmenden mit der räumlichen Nähe befassten, stand nun die seelsorgerische Nähe der Evangelischen Kirche im Vordergrund der Arbeitseinheit 14. Die Seelsorge, eine zentrale Säule des evangelischen Glaubens, wurde in Bezug auf die allgemeinen und spezialisierten Angebote der Evangelischen Kirche in Düsseldorf diskutiert.

Die meisten Punkte in Planungszelle 1 erhielt die Aussage, dass alle Seelsorgebereiche weiterhin bedient werden sollten. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfahlen, dass man trotz Geldnot stattdessen lieber an der Verwaltung sparen sollte. Unter den allgemeinen Seelsorgeangeboten wurde die Telefonseelsorge als sehr wichtig empfunden. Die evangelische Seelsorge sollte eine Erstanlaufstelle sein und dann an professionelle Stellen weiterleiten, befanden die Teilnehmenden. Zu den wichtigen speziellen Seelsorgeangeboten gehörten laut Planungszelle 1 neben der Notfallseelsorge das Seelsorgeangebot für junge Menschen mit gezielter Suizidberatung oder Hilfe bei Mobbing oder Kindersorgen.

Planungszellen 2 und 3 bewerteten die Notfallseelsorge bei Unfällen, plötzlichem Tod oder Katastrophen als wichtigstes Angebot. Zudem stellten sie die Rund-um-die-Uhr-Seelsorge am Telefon, über Messenger oder Chat in den Vordergrund, da hier eine stärkere Anonymität gegeben ist. Die Krankenhausseelsorge sollte laut Planungszellen 2 und 3 durch die Evangelische Kirche vorgehalten werden, allerdings wurden hier unterschiedliche Aussagen getroffen. Es wurde vorgeschlagen, dass die Seelsorge in allen Krankenhäusern stattfinden sollte, dafür unterstützt durch mehr Ehrenamtliche (Laienseelsorge). Ein weiterer Vorschlag forderte die ökumenische Zusammenarbeit in diesem Bereich in den Krankenhäusern. Der Aspekt Krankenhausseelsorge wurde sowohl ohne Einschränkung genannt als auch mit der Einschränkung diese auf die evangelischen Krankenhäuser zu konzentrieren.

Die Planungszelle 4 bewertete gleichfalls die Notfallseelsorge als sehr wichtig. Ebenso wurde auch hier die Krankenhausseelsorge als ein Angebot genannt, das durch die Evangelische Kirche vorgehalten werden sollte. Ein weiteres spezielles Angebot, das die Teilnehmenden als wichtig betrachteten, war die Seelsorge am Telefon und Online, da hierdurch Anonymität hergestellt werden könnte. Unter den allgemeinen Angeboten der Evangelischen Kirche wurden die Selbsthilfegruppen und die Seelsorge für Betroffene und Angehörige bei Krankheiten und Todesfällen genannt.

PZ 1 AE 14	Summe
Alle Seelsorgebereiche sollen weiterhin bedient werden, trotz Geldnot, lieber an Verwaltung sparen	15
Allgemein: Telefonseelsorge	13
Allgemein: Erstanlaufstelle sein und dann professionell weiterleiten	11
Speziell: Sterbebegleitung, Krankenhaus, Hospiz sowie Trauerseelsorge	10
Speziell: Notfallseelsorge	7
Speziell: Seelsorgeangebot für junge Menschen (gezielte Suizidberatung, Mobbing, Kindersorgen)	7
Speziell: Krankenhausseelsorge	6
Speziell: Geschlechtssensible Seelsorger (Geschlechtsspezifische Wahl des Ansprechpartners)	5
Speziell: Seelsorge für den Öffentlichen Dienst (Rettungsdienste, Polizei, Feuerwehr)	5
Speziell: Angebot zum offenen Gespräch mit den Pfarrer:innen/dem Seelsorgeteam z. B. wöchentlich bestimmte Zeit, an denen der Pfarrer im Gemeindecafé erreichbar ist, auch als Zoom-Raum möglich	4
Speziell: Suchtproblematik (Familien bei eventueller Co-Abhängigkeit unterstützen)	4
Allgemein: Persönliche Gespräche mit dem Pfarrer/der Pfarrerin oder Seelsorger/der Seelsorgerin	3
Allgemein: Für Menschen, die die Liebe und die Heimat verloren haben	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	2
Summe	95

PZ 2+3 AE 14	Summe
Speziell: Notfallseelsorge (bei Unfällen, plötzlichem Tod, Katastrophen)	28
24/7 Telefon, Messenger oder Chat-Seelsorge muss beibehalten werden (stärkere Anonymität)	26
Krankenhausseelsorge, darunter:	22
<ul style="list-style-type: none"> ■ in allen Krankenhäusern, dafür mehr Laienseelsorge 	8
<ul style="list-style-type: none"> ■ Zusammenarbeit in den Krankenhäusern (Ökumene) 	6
<ul style="list-style-type: none"> ■ ohne Einschränkung 	5
<ul style="list-style-type: none"> ■ konzentriert in evangelischen Krankenhäusern 	3
keine Präferenz durch die Planungszelle - jeder Mensch braucht unterschiedliche Seelsorge	19
Allgemein: Erste Anlaufstelle für Seelsorge in der Gemeinde, Vermittlung zwischen Seelsorge und Beratungsstellen, Terminierung	13
Missbrauchsseelsorge (häusliche Gewalt etc.) für Opfer und Täter	12
Allgemein: Lebensbegleitung (Familie, Partnerschaft, Lebensbewältigung)	7
allgemein: individuelle und persönliche Seelsorge	6
Laienseelsorge, Laienausbildung zu Seelsorge weiter ausbauen - mit weiteren Trägern von Aufwandsentschädigung	5
allgemein: Angebote für Im-Sterben-Liegende, Kranke und Angehörige	5

14: Welche allgemeinen und spezialisierten Seelsorgeangebote sollte die Evangelische Kirche in Düsseldorf vorhalten?

Bitte nennen Sie bis
zu drei allgemeine
und drei spezialisierte
Angebote.

(5 Punkte konnten vergeben werden)

allgemein: begleitende Angebote für sich schleichend entwickelnde Situationen (Sucht, fortschreitende/anhaltende Krankheiten)	5
allgemein: Hilfeangebote für Helfer:innen	5
speziell: Arbeitslosenseelsorge	5
Allgemein: Gemeindliche Seelsorge	4
speziell: Seelsorge bei Beziehungs-, Trennungs- und Familienproblemen	4
speziell: Obdachlosenhilfe	4
speziell: Militärseelsorge	3
speziell: Altenseelsorge, Altenheimseelsorge	3
speziell: Gefängnisseelsorge	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	13
Summe	192

PZ 4 AE 14	Summe
Speziell: Notfallseelsorge	18
Speziell: Krankenhausseelsorge	15
Speziell: Telefonseelsorge und digitale Seelsorge (anonym)	13
Allgemein: Selbsthilfegruppen	12
Allgemein: Seelsorge für Betroffene und Angehörige bei Krankheiten und Todesfällen	10
Speziell: Sozialarbeit an Schulen und an Arbeitsplätzen um den Aspekt der Seelsorge erweitern	9
Speziell: „Pop-Up-Seelsorge“; an Brennpunkten	9
Speziell: Barrierefreien Zugang zu allen seelsorglichen Angeboten	5
Speziell: Programme zum Erhalt des gesellschaftlichen Individuums (Sucht, Gefängnis)	5
Fokus auf spezielle Angebote, da die Not dort oft akuter ist	4
Speziell: Traumabewältigung (z. B. Unfall, Gewalt, Krieg)	4
Allgemein: Gemeindeseelsorge	4
Allgemein: Professionell begleitete Gesprächsrunde (quasi Gruppentherapie)	3
Allgemein: Hausbesuche von Pfarrern	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	118

AE 15 Schlussempfehlungen

Nach vier Tagen intensiver Arbeit in den Planungszellen wurden am letzten Tag in der Arbeitseinheit 15 die Schlussempfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erarbeitet. Die Schlussempfehlungen der ersten Phase flossen in die Gestaltung und Diskussion dieser zweiten Phase ein. Hier wiederum entwickelten die Teilnehmenden konkrete Handlungsempfehlungen für vier Kernbereiche (die vier behandelten Themenblöcke) der Evangelischen Kirche in Düsseldorf. Die erste Frage zu den Schlussempfehlungen sollte ein Profil zeichnen, mit welchem die Evangelische Kirche im Jahr 2035 in Düsseldorf erfahrbar und einladend präsent sein kann. Die zweite Frage fokussierte sich auf die Schwerpunkte, die die Evangelische Kirche in Düsseldorf zukünftig setzen sollte. Mit diesen Schlussempfehlungen entstand das zentrale Ergebnis des Bürgergutachtens „Glaube in der Stadt“. Sie sind im Folgenden detailliert aufgeführt.

Die städtische Planungszelle befürwortete in erster Linie ein Profil für das Jahr 2035, das auf die Bewahrung der Schöpfung ausgerichtet und durch vorbildhafte Beiträge zum Klimaschutz und zur Biodiversität erfahrbar ist.

Die folgenden Aspekte erhielten alle die gleiche Punktzahl: Die Teilnehmenden befanden, dass die Evangelische Kirche eine unverwechselbare und selbstbewusste Präsenz im öffentlichen lokalen Raum zeigen sollte.

***„Gemeinde muss ein Gesicht
bekommen und Repräsentant:innen
sollten präsenter sein.“***

PZ 1

Zudem war wichtig, dass die Evangelische Kirche sich bis 2035 von Profit-Centern trennt und zurück zur echten Gemeinnützigkeit kehrt. Die Möglichkeit der Arbeit ohne Kirchensteuer, deren generelle Abschaffung und stattdessen die Finanzierung durch Mitglieder spenden wird in diesem Zuge ebenso als ein wichtiges Profilmerkmal vorgeschlagen.

Die Planungszelle 1 sprach sich für eine Kirche im Jahr 2035 aus, die offen und für alle da ist – menschenfreundlich und antidiskriminierend. Zudem könnte ein zukünftiges Profil die gelebte Ökumene sein, um Kräfte zu zentrieren, ohne dabei die evangelischen Werte und Eigenheiten aufzugeben.

Die evangelischen Planungszellen 2 und 3 stellten die Wertegemeinschaft als Profil für die Evangelische Kirche in den Vordergrund. Dabei sollte sie die Werte nach innen und außen authentisch vertreten, ohne zu missionieren. Eine weitere wichtige Eigenschaft im Jahr 2035 könnte laut den Teilnehmenden die offene, digitale und nahbare Evangelische Kirche sein.

Sie sollte zudem Transparenz und Glaubwürdigkeit stärken und dabei durchlässiger sein. Dabei bezogen sich die Teilnehmenden auf den Bürokratieabbau, der Verschlankung der Verwaltung sowie der Abschaffung der Hierarchien.

**„Profilschärfung:
Kirche muss modern, erkennbar,
sozial sein, jüngere Menschen auf
verschiedenen Wegen ansprechen,
sich gegenüber anderen
Glaubensrichtungen abgrenzen,
aber dialogfähig sein.“**

PZ 2+3

Die Evangelische Kirche sollte 2035 als Begegnungsort und Netzwerk in der Stadt auftreten, insbesondere für den Dialog zwischen den Generationen. Den Dialog zwischen Religionen empfanden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch als ein wichtiges Profilvermerkmal. Demnach sollte die Evangelische Kirche zwischen Religionen und Konfessionen sowie zwischen ethnischen und sozialen Gruppen vermitteln, um Vorurteile abzubauen. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch nach einem gemeinnützigen Haus der Religionen genannt.

Die evangelische Jugendplanungszelle hob hervor, dass die Evangelische Kirche mit einem Profil der Diversität und Inklusion erfahrbar und präsent sein sollte – eine „Kirche für alle“ und dabei tolerant, vorurteilsfrei und barrierefrei. Grundsätzlich befanden die Teilnehmenden, dass mehr digitale und analoge Kommunikation, die offen und transparent ist, für die Kirche im Jahr 2035 wichtig wäre.

„Weniger predigen, mehr handeln!“

PZ 4

Die Evangelische Kirche sollte laut Planungszelle 4 im Jahr 2035 in einer Vorbildfunktion moderner und progressiver auftreten, sich klar gegen konservative Ansichten positionieren und sich damit zur katholischen Kirche abgrenzen.

Zu einer modernen Kirche gehörte demnach auch die Digitalisierung sowie moderne Weltanschauung und Werte.

Gleich bewertet wurden die Aussagen, die Kirche sollte mit einem Dankesbrief an die Kirchensteuerzahler Transparenz herstellen sowie sich zu aktuellen Themen der Gesellschaft klar äußern und Stellung beziehen.

PZ 1 AE 15a	Summe
Schöpfung bewahren durch vorbildhafte Beiträge zum Klimaschutz und zur Biodiversität	11
Unverwechselbare und selbstbewusste Präsenz im öffentlichen lokalen Raum zeigen, Gemeinde muss ein Gesicht bekommen und Repräsentant:innen sollten präsenter sein	9
Trennen von Profit-Centern, zurück zur echten Gemeinnützigkeit	9
Die Möglichkeit der Arbeit ohne Kirchensteuer, generelle Abschaffung und Finanzierung durch Spenden der Mitglieder (Laizismus)	9
Kirche sollte offener und für Alle da sein (menschenfreundlich und antidiskriminierend)	9
Gelebte Ökumene zur Zentrierung der Kraft, dabei ein Festhalten an evangelischen Werten und Eigenheiten	8
Eine ausgebaute und funktionierende Marketing- und PR-Abteilung	7
Kirche muss moderner und digitaler werden, bis 2035 hat sie sich deutlich verjüngt	6
Kirche sollte akzeptieren, dass sie eine Interessenvertretung von vielen ist und ihre historischen Sonderrechte aufgeben (Katholische Kirche ist dabei kein gutes Vorbild)	4
Kirche als spiritueller Ankerort und „Dritter Ort“ im Quartier	4
Stärkung des Ehrenamtes - ohne Ausbeutung und auf Augenhöhe	4
Treffs für alle Alters- und Interessengruppen	3
Stärkere Positionierung bei aktuellen Themen, aktiv werden und mehr Lobbyarbeit: Klimaschutz, vom Bienenhotel bis zur Solaranlage, Antidiskriminierung, Antirassismus, Feminismus, queere Themen, usw.	3
Die Kirche hat im Jahr 2035 keine kirchlichen Schulen mehr	3
Die Evangelische Kirche ist 2035 in engem Austausch und in Zusammenarbeit mit anderen Glaubens- und Religionsgemeinschaften	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	96

15a: Mit welchem Profil kann die Evangelische Kirche im Jahr 2035 in Düsseldorf erfahrbar und einladend präsent sein?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 2+3 AE 15a	Summe
Wertegemeinschaft (ohne zu missionieren); Werte authentisch vertreten (nach innen leben und nach außen in die Welt tragen)	28
Offen, digital und nahbar (Weltoffenheit)	23
Transparenz und Glaubwürdigkeit stärken, durchlässiger sein (Bürokratieabbau, schlankere Verwaltung, Abschaffung der Hierarchien)	16
Profilschärfung: Kirche muss modern, erkennbar, sozial sein; jüngere Menschen auf verschiedenen Wegen ansprechen, sich gegenüber anderen Glaubensrichtungen abgrenzen, aber dialogfähig sein	14
Kirche als Begegnungsort und Netzwerk in der Stadt, insbesondere für den Dialog zwischen Generationen	12
Interreligiöser Dialog: Kirche muss helfen, Vorurteile zwischen den Konfessionen und den Religionen und verschiedenen ethnischen und sozialen Gruppen abzubauen. Ein vielfältiger Dialog sollte aufgebaut werden, beispielsweise durch ein gemeinnütziges Haus der Religionen	12
Wandel der Zeit mitnehmen, sich darauf einlassen und Positionen beziehen, insbesondere zu gesellschaftspolitischen Themen; parteipolitisch neutral, aber ehrlich sein	12

PZ 2+3 AE 15a	Summe
Gemeinde- und Kirchenräume für Dialoge öffnen, neue integrative stadträumliche Konzepte umsetzen - tatkräftig sein und Rückzugsort anbieten, aber eigene Identität nicht verlieren	11
Angebote wahrnehmbar machen, dort wo die Zielgruppe der Angebote unterwegs ist (z. B. QR Codes an Toiletten in Clubs)	10
Veränderungsbereitschaft	8
Mitmachkirche (generationenübergreifend, konfessionsübergreifend)	7
Kirche soll sich auf ihre Kernkompetenz als Kümmerer konzentrieren und das soziale Engagement in den Vordergrund stellen - vor Ort präsent sein, Ansprechpartner in allen sozialen Fragen sein, Nutzung aller relevanten Kommunikationsmedien	7
Haus des Glaubens, in dem alle Gläubige alle bestehenden Rituale vorfinden; insbesondere ist die Bibel die zentrale Quelle des Glaubens, allerdings stets mit zeitgemäßer Auslegung	7
Jüngere kommen zu Zuge (Beispiel Anna Nicole Heinrich, jüngste Präses), dadurch auch mehr politische Präsenz	7
Aufgaben vor Ort konzentrieren	5
Vermittlung christlicher Werte; christliche Religion als Wertekompass	4
Kirche nicht als Sündenbock für Probleme, die die Politik lösen sollte	4
Nein sagen lernen	3
Branding - evangelische Kirche als klar definierte Marke nach außen tragen	3
Demokratisch verfasst (von unten nach oben)	3
Glaube in der Stadt sichtbar machen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	203

PZ 4 AE 15a	Summe
Diversität und Inklusion: tolerant, vorurteilsfrei und barrierefrei - „Kirche für alle“	15
Mehr Kommunikation, digital und analog, offen und transparent	14
Weniger predigen, mehr handeln	12
Moderneres, progressives Auftreten als Vorbildfunktion, klar gegen konservative Ansichten positionieren, für welche gerade die katholische Kirche bekannt ist	11
Moderne Kirche: digitalisiert, moderne Weltanschauung und Werte	9
Transparent: Dankesbrief (an Kirchensteuerzahler), öffentliche Stellungnahmen, klar positioniert	8
Zu aktuellen Themen der Gesellschaft äußern und Stellung nehmen	8
Mehr Marketing, Öffentlichkeitsarbeit (z. B. geglückte Projekte hervorheben) „Kirche kann mehr als beten“	7
Mehr Identifikation über Gemeindegarbeit als über Religion	6
Wertebezogene Gemeinschaftsangebote (ohne spirituellen, kirchlichen Hintergrund)	6
Auf sozialen Ausgleich bedacht	6
Präsente Kirche, präsent und aktiv im Leben der Bürger, Schüler und Studenten vertreten	6
Umweltschutz und Bewahrung der Schöpfung Gottes	5
Generationenübergreifendes Agieren unter Berücksichtigung der jeweiligen Altersgruppen	5
Institution Kirche neu angestrichen: Verpackung und Design attraktiv umgestalten	3
Ausgleich zwischen Vorbildfunktion und mündigem/r Bürger:in	2
Summe	123

AE 15b Schlussempfehlungen

Bezogen auf die Frage, welche Schwerpunkte die Evangelische Kirche in Düsseldorf zukünftig setzen sollte, fokussierte sich die wichtigste Aussage in Planungszelle 1 auf die Jugendarbeit. Demnach sollte es eine maßgeschneiderte Betreuung von Jugendlichen in Sprache, Projekten und Aktion geben. Die Jugend – hier im Alter von 15 bis 30 Jahren definiert – sollte laut den Teilnehmenden aktiviert und vernetzt werden, sowohl untereinander als auch mit der Kirche.

*„Seelsorge First:
Konzentration auf Seelsorge als
lebensbegleitende und geistlich
spirituelle Begleitung vor Ort.“*

PZ 1

Eine Begleitung im Leben in den einzelnen Lebensphasen sowohl im Alltag als auch in Ausnahmefällen befürworteten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter dieser Planungszelle als einen wichtigen zukünftigen Schwerpunkt.

Die gleiche Punktzahl erhielten die folgenden Empfehlungen: Ein Schwerpunkt sollte auf die Bekanntmachung der Angebote gelegt werden, insbesondere mit einer besseren und kompetenteren Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, wobei Menschen als Multiplikatoren eingesetzt werden könnten.

Ebenso bedeutend waren die Vorschläge, dass über die Verteilung der Kirchensteuer nachgedacht werden sollte sowie die Nutzung des eigenen Einflusses und der politischen Macht, etwa für Themen wie die Energiewende, Antidiskriminierung und Inklusion.

Einen besonderen Schwerpunkt setzten die evangelischen Planungszellen 2 und 3 auf die Seelsorge, als Ausdruck der Mitmenschlichkeit und Fürsorge. Dieser Aspekt wurde auch insbesondere im Zusammenhang mit dem Quartiersmanagement genannt.

Die bestehenden Angebote sollten nach Ansicht der Teilnehmenden alle ausgebaut und besser an die Zielgruppen gebracht werden. Dazu könnte eine persönliche Ansprache und Willkommenskultur dienlich sein.

Ein interreligiöser Schwerpunkt wurde mit dem darauffolgenden Aspekt genannt, der Verknüpfung der Religionen, ein Wunsch an die Evangelische Kirche zukünftig als Mitgestalter des Miteinanders aller Glaubensrichtungen aufzutreten.

„Mitmachkirche mit dem Schwerpunkt Ehrenamt: Beteiligung generationen- und konfessionsübergreifend sicherstellen.“

PZ 2+3

Neben der Forderung nach einer Erleichterung der Mitgestaltung und Mitbestimmung im Rahmen der „Mitmachkirche“, erhielt die Generationengerechtigkeit als zukünftiger Schwerpunkt die gleiche Punktzahl. Hierbei sollten alle Generationen und Gesellschaftsgruppen zusammengeführt werden und ihre Bedürfnisse und Meinungen gleiches Gewicht erhalten. Dadurch könnte das Miteinander gefördert werden.

Die Jugendplanungszelle hob als wichtigsten Schwerpunkt die Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung der Kirche hervor. Sie forderte eine positivere Wahrnehmung des Wortes „Kirche“. Dafür schlug sie vor, dass die Evangelische Kirche zukünftig ihre Arbeit stärker präsentiert, ohne aufdringlich zu wirken, um sicherzustellen, dass die breite Öffentlichkeit von der Arbeit erfährt.

„Das Bild von einer konservativen Kirche muss generalüberholt werden.“

PZ 4

Eine Profilschärfung wäre laut der nächsten Empfehlung aus Planungszelle 4 erforderlich. Die jungen Teilnehmenden bewerteten die Kirche mit einem Schwerpunkt als Verfechter demokratischer und sozialer Werte als äußerst wichtig. Demnach sollten die Inklusion, Diversität, Integration, Weltoffenheit und Antidiskriminierung zu Leitlinien werden. Dies wurde als wesentlicher Unterschied zu anderen Institutionen wahrgenommen. Sie forderten eine klare Positionierung, eine laute Stimme und dementsprechendes Handeln in diesen Themenbereichen.

Die Evangelische Kirche sollte zukünftig Vorreiter in Sachen Bildung werden und dabei den Bildungsauftrag in den Fokus rücken. Deshalb forderten die Teilnehmenden, dass in diesem Bereich keine Einsparungen vorgenommen werden sollten, solange Interesse an den Angeboten weiterbesteht. Der Bildungsauftrag sollte dabei grundsätzlich die Inklusion aller fördern und einen Aktualitätsbezug aufzeigen, sodass die Evangelische Kirche in Düsseldorf eine moderne Bildungsplattform bieten könnte.

Neben dem Erhalt und Ausbau der diakonischen Arbeit, insbesondere der Obdachlosenhilfe und der Frauenhäuser, wünschten sich die jungen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine Evangelische Kirche, die zukünftig individueller Begleiter bei der Persönlichkeitsentwicklung wird.

***„Den Menschen nicht
nur die traditionelle Form
des Glaubens näherbringen,
sondern dabei begleiten,
ihre eigene Vorstellung von Gott
selbstständig zu entwickeln.“***

PZ 4

Die Evangelische Kirche sollte dabei als Mittler zu Gott und nicht als Lehrer über Gott in Erscheinung treten. Dabei war den Teilnehmenden besonders wichtig, dass die Seelsorge in der kirchlichen und diakonischen Arbeit erhalten bleibt, da man dabei den Menschen an die Hand nimmt und ihnen Last abnimmt.

PZ 1 AE 15b	Summe
Maßgeschneiderte Betreuung von Jugendlichen in Sprache, Projekten und Aktion, Jugendarbeit, Jugend aktivieren und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit der Kirche (Alter 15-30J)	17
„Seelsorge First“: Konzentration auf Seelsorge als lebensbegleitende und geistlich spirituelle Begleitung vor Ort	14
Begleitung im Leben, in den einzelnen Lebensphasen (Alltag und Ausnahmefälle)	9
Schwerpunkt auf Bekanntmachung der Angebote legen: Menschen als Multiplikatoren, bessere und kompetentere Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation z. B. „Lange Nacht der kirchlichen Einrichtungen“	7
Die Verteilung der Kirchensteuer sollte überdacht werden	7
Eigenen Einfluss und politische Macht nutzen z. B. für Energiewende, Antidiskriminierung und Inklusion	7
Gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, wo der Staat oder andere Stellen sie nicht ausreichend erfüllen (Berufsunterstützung, Hausaufgabenhilfe, Geflüchtetenhilfe)	6
Die Würde des Geringsten achten: Mitnahme der am Rand befindlichen	6
ALLE Gottesdienste müssen aufgelockert werden, Praise-and-Worship statt langer Predigten	6
Theologische Ausbildung entstauben	3
Ehrenamtsförderung (finden, befähigen, unterstützen) für bestehende und neue Ehrenamtler:innen	3
Ökumene und interreligiösen Dialog stärken	3
Nicht mehr Geld in der Gemeinde einsparen, sondern den Unterbau pflegen	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	4
Summe	95

PZ 2+3 AE 15b	Summe
Seelsorge (Mitmenschlichkeit und Fürsorge), auch im Zusammenhang mit Quartiersmanagement	22
Bestehende Angebote alle ausbauen und besser an Zielgruppen bringen; persönliche Ansprache und Willkommenskultur	17
Verknüpfung der Religionen - Mitgestalter des Miteinander aller Glaubensrichtungen; Schwerpunkt Ökumene	16
Mitmachkirche mit dem Schwerpunkt Ehrenamt: Beteiligung generationen- und konfessionsübergreifend sicherstellen; die Mitgestaltung und Mitbestimmung erleichtern (Hierarchieabbau)	14
Generationengerechtigkeit: Zusammenführung aller Generationen und Gesellschaftsgruppen, Gleichgewichtung aller Bedürfnisse und Meinungen; das Miteinander fördern	14
Nähe zu den Menschen wahren; niedrigschwellige Angebote für Bedürftige (ältere, kranke, behinderte Menschen): Seelsorge, Hilfe für Bedürftige, Gesundheit und Bildung	13
Platz für Spiritualität als neuer großer Aufgabenbereich (z. B. mit Musik, Lesungen, Performance und Andachten)	12
Intensive Kinder- und Jugendarbeit; Jugendakquisition und -pflege	11
Alle Ausgaben der Verwaltung müssen auf den Prüfstand; Transparenz hinsichtlich der finanziellen Ausgaben	10
Netzwerken ist der „Kleister der Gesellschaft“; Kooperationen ausbauen	10
Es gibt jetzt schon eine gute Basis, auf der man sich weiterentwickeln kann	10
Ausbau einer finanzierbaren Pflege- und Heimsituation	8
Professionelle Mitarbeitende vor Ort, Stärkung und Ausbildung des Fachpersonals	7
Öffnung der kirchlichen Räume für außerkirchliche Aktivitäten (um Kontakt zu Kirche zu ermöglichen)	6
Zentrale Online-Anlaufstelle für alle Betriebsbereiche (EVK; EJK, Diakonie etc.) auf allen Ebenen, auch über Düsseldorf hinaus (Transparenz)	5
Zielgruppenorientiertes, -spezifisches Arbeiten	3
Nutzung aller modernen Kommunikationsmittel	3
Sonstiges (2 Punkte oder weniger)	12
Summe	193

15b: Welche Schwerpunkte soll die Evangelische Kirche in Düsseldorf zukünftig setzen?

(5 Punkte konnten vergeben werden)

PZ 4 AE 15b	Summe
<p>Öffentlichkeitsarbeit/Außendarstellung: Das Wort „Kirche“ muss positiver wahrgenommen werden und darf keine Hemmnisse auslösen. Kirche sollte ihre Arbeit stärker (nicht aufdringlich) präsentieren, sodass die breite Öffentlichkeit z. B. von der diakonischen Arbeit erfährt. Das Bild von einer konservativen Kirche muss generalüberholt werden.</p>	20
<p>Profilschärfung: Verfechter demokratischer und sozialer Werte - Inklusion, Diversität, Integration, Weltoffenheit und Antidiskriminierung müssen zu den Leitlinien werden (Unterschied zu anderen Institutionen). Klare Positionierung, laute Stimme, dementsprechendes Handeln</p>	17
<p>Vorreiter in puncto Bildung: Bildungsauftrag in den Fokus rücken; in diesem Bereich keine Einsparungen, solange ein Interesse an den Angeboten besteht. Wichtig: Inklusion aller und Aktualitätsbezug, sodass die Kirche für alle Menschen eine moderne Bildungsplattform bietet. (Beispielthemen: Umweltschutz, mentale Gesundheit)</p>	16

Diakonische Arbeit, insbesondere Obdachlosenhilfe und Frauenhäuser erhalten und ausbauen **14**

Individueller Begleiter bei Persönlichkeitsentwicklung: Den Menschen nicht nur die traditionelle Form des Glaubens näherbringen, sondern dabei begleiten, ihre eigene Vorstellung von Gott selbstständig zu entwickeln. Sie soll als Mittler zu Gott statt als Lehrer über Gott in Erscheinung treten. Besonders wichtig: kirchliche/diakonische Arbeit in der Seelsorge (Freiwilligkeit). **13**

Aktivitäten zum Ausbau eines Gemeinschaftsgefühls: Die Kirche sollte die Gemeinschaft innerhalb der Gesellschaft stärken, indem sie Aktivitäten wie z. B. Sport und Feste organisiert, die für alle frei zugänglich sind und keine Theologie vermitteln. Die Kirche sollte dabei eine Plattform sein und nicht aktiv auf Religion eingehen, sofern es die Teilnehmer nicht möchten. Dazu sind zur Akquise digitale Methoden wichtig, doch eine Gemeinschaft wird durch Nähe gebildet, sodass bei solchen Events Präsenz geboten ist. **11**

Jugendarbeit **9**

Vernetzung der Gemeinde über Generationen, Kulturen, etc. hinweg **7**

Krankenhauseelsorge **5**

Befürwortung des Rates der Religionen **5**

„After-Sales-Prozess“: Betreuung der Konfirmanden soll nach der Konfirmation weitergehen, Bezug zwischen Kirche und Konfirmanden soll erhalten bleiben **3**

Digitale Kirche, mit allen Facetten **3**

Schaffung sozialer Kerne; Bindung zwischen Kirchen und Gesellschaft, sozialer und gesellschaftlicher Antrieb **1**

Summe 124



Anhang

Verfahrensbewertung

Am Ende der beiden jeweils viertägigen Phasen konnten alle Teilnehmende freiwillig mit Hilfe eines Fragebogens verschiedene Aspekte des Verfahrens und des Ablaufs bewerten.

Der Fragebogen enthielt offene und geschlossene Fragen, wobei die offenen als Freitext beantwortet werden konnten. Die Häufigkeit der Nennung dieser Aspekte ist in absoluten Zahlen angegeben, abgebildet werden die drei am häufigsten genannten Antworten. Aufgrund der unterschiedlichen Inhalte und Vorträge werden die Antworten hier nach Phasen unterteilt dargestellt. Die Fragen sind im Originalwortlaut wiedergegeben, die Antworten wurden teilweise verdichtet und zusammengefasst.

- Phase 1
- Phase 2

Bitte beurteilen Sie mit Schulnoten

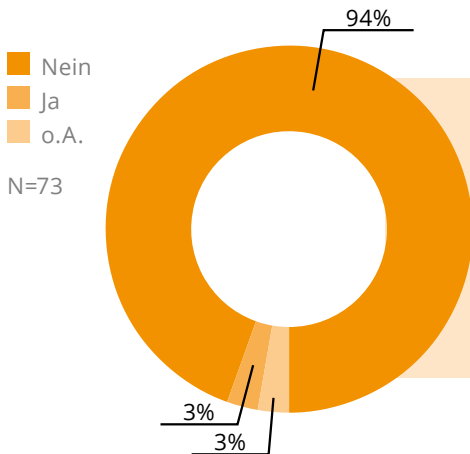
	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4	Ø
Ablauf an den vier Tagen	1,8	2	1,9	1,7	1,85
Moderation durch die Organisator:innen	1,5	1,9	1,2	1,4	1,5
Präsentation	1,8	2,6	1,7	1,7	1,95
Arbeitsaufträge	2,3	3,1	2,1	2,1	2,4
Referent:innen	1,8	2,4	1,5	1,8	1,88
Pausengestaltung	2,1	1,9	1,9	1,8	1,93
Einladungsschreiben	1,8	2	1,7	1,8	1,83
Betreuung durch die Organisator:innen	1,5	2,1	1,4	1,2	1,55

Die oben stehenden Teilaspekte wurden mit Schulnoten (von 1 bis 6) bewertet. Die Moderation und die Betreuung durch die Organisator:innen wurden am besten bewertet (1,5 und 1,55), die schlechteste Note erhielt der Aspekt Arbeitsaufträge (2,4).

	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4	Ø
Ablauf an den vier Tagen	2,3	2,4	1,8	2,3	2,2
Moderation durch die Organisator:innen	1,7	1,8	1,3	1,4	1,55
Präsentation	2,2	2,1	1,9	2,3	2,13
Arbeitsaufträge	2,7	2,5	2,7	3	2,73
Referent:innen	2,1	2,1	1,8	2,3	2,08
Pausengestaltung	3,2	2,6	2	2,1	2,48
Einladungsschreiben	2,2	2,1	2	1,4	1,93
Betreuung durch die Organisator:innen	1,5	1,6	1,1	1,5	1,43

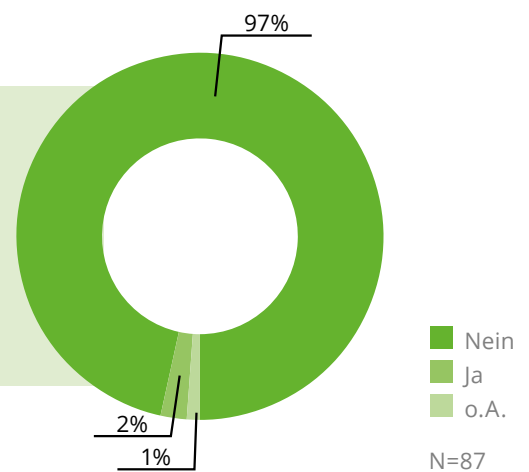
Die oben stehenden Teilaspekte wurden mit Schulnoten (von 1 bis 6) bewertet. Die Moderation und die Betreuung durch die Organisator:innen wurden am besten bewertet (1,55 und 1,43), die schlechteste Note erhielt der Aspekt Arbeitsaufträge (2,73).

Hatten Sie bereits an einem Bürgerbeteiligungsverfahren teilgenommen?

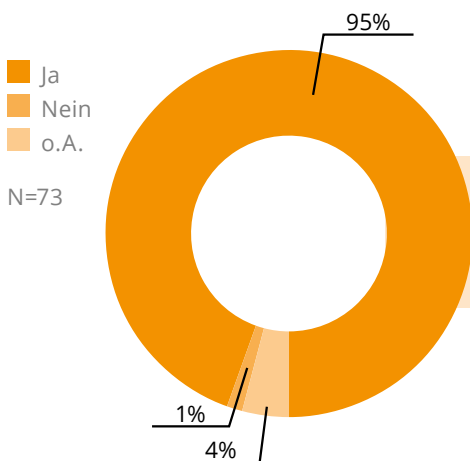


Für 94% der Teilnehmenden stellte dieses Verfahren eine neue Erfahrung dar, lediglich 3% gaben an, vor diesem bereits an einem anderen Bürgerbeteiligungsverfahren teilgenommen zu haben. Ein Ziel der Zufallsauswahl wurde hiermit erreicht, auch Menschen einzubeziehen, die klassischerweise von solchen Angeboten nicht angesprochen werden.

Für 97% der Teilnehmenden stellte dieses Verfahren eine neue Erfahrung dar, lediglich 2% gaben an, vor diesem bereits an einem anderen Bürgerbeteiligungsverfahren teilgenommen zu haben. Ein Ziel der Zufallsauswahl wurde hiermit erreicht, auch Menschen einzubeziehen, die klassischerweise von solchen Angeboten nicht angesprochen werden.

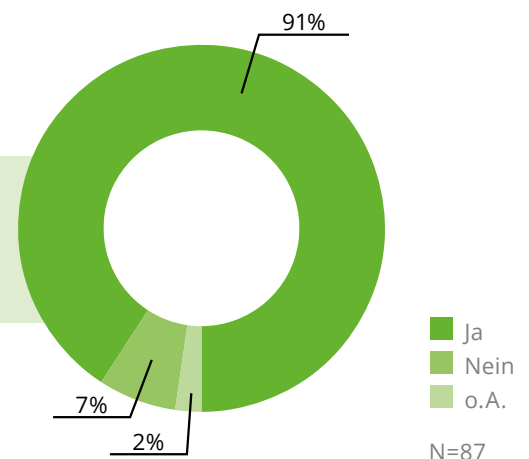


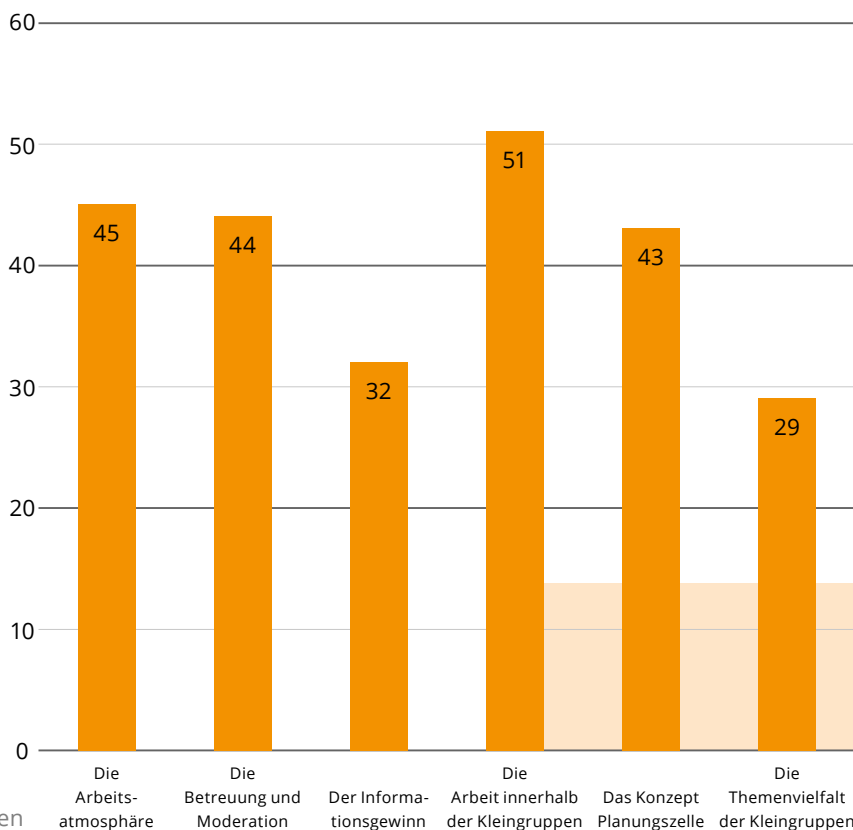
Würden Sie Bekannten empfehlen, an einem Bürgergutachten teilzunehmen?



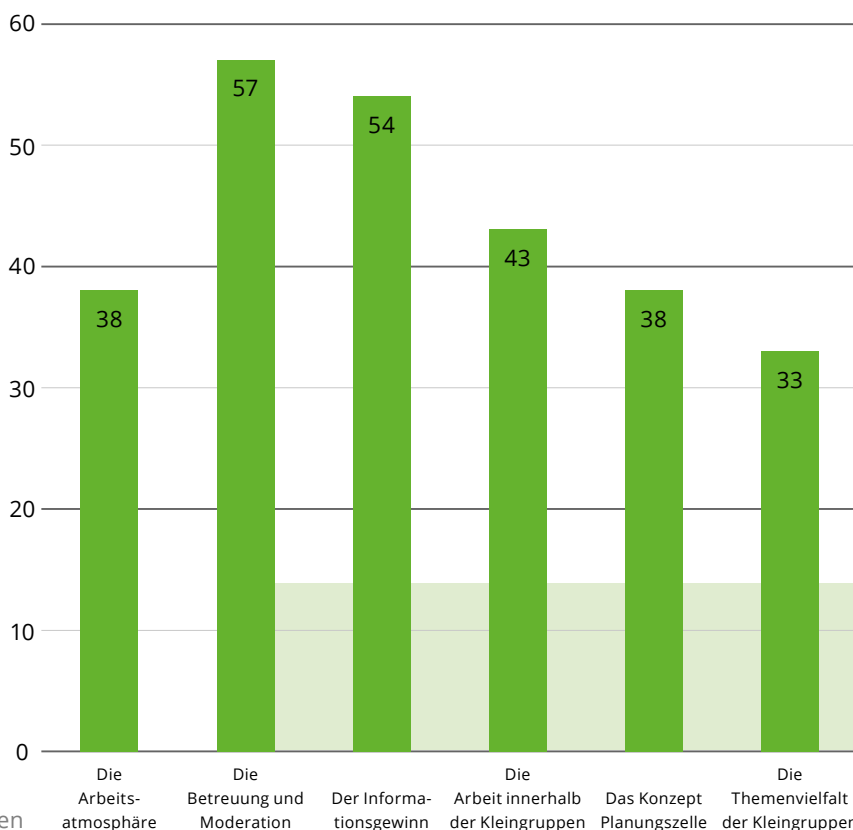
Es wird ein positiver Gesamteindruck des Beteiligungsverfahrens bei den Bürger:innen deutlich: 95% würden Bekannten empfehlen an einem Bürgergutachten teilzunehmen.

Es wird ein positiver Gesamteindruck des Beteiligungsverfahrens bei den Bürger:innen deutlich: über 90% würden Bekannten empfehlen an einem Bürgergutachten teilzunehmen.





Was hat Ihnen in den vergangenen Tagen besonders gefallen?

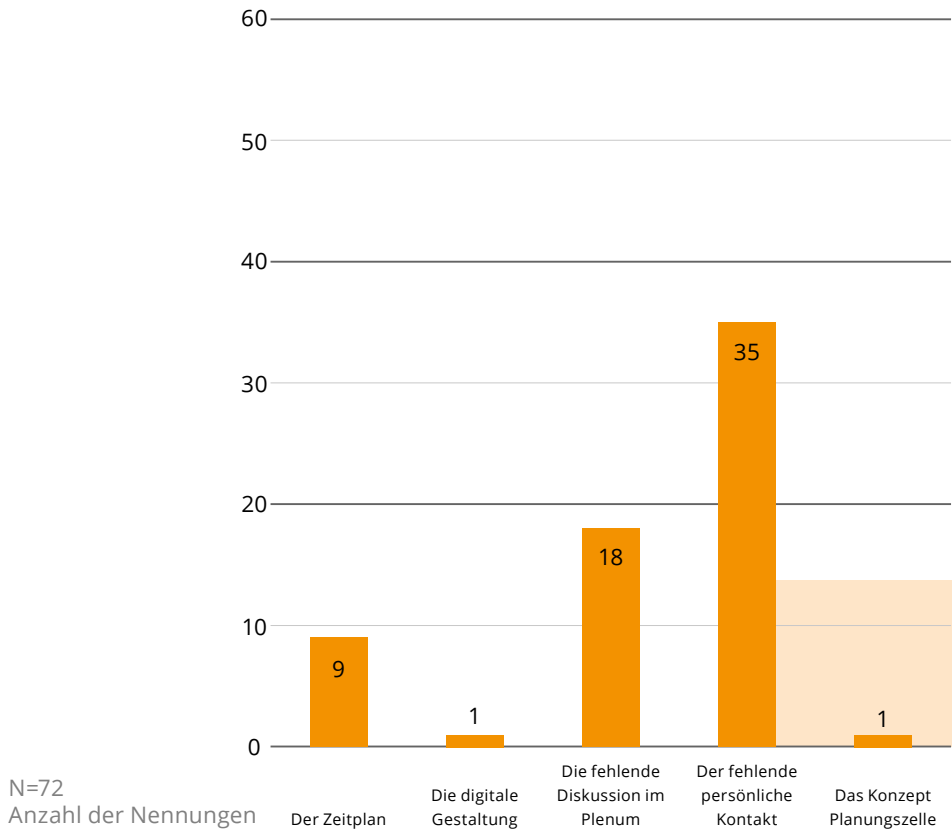


Sonstiges	Anzahl der Nennungen
Austausch mit Personen mit unterschiedlichen Hintergründen und Sichtweisen	6
Abwechslungsreiche und informative Vorträge unterschiedlicher Perspektiven	3
Der respektvolle Umgang miteinander und die gute Zusammenarbeit	3

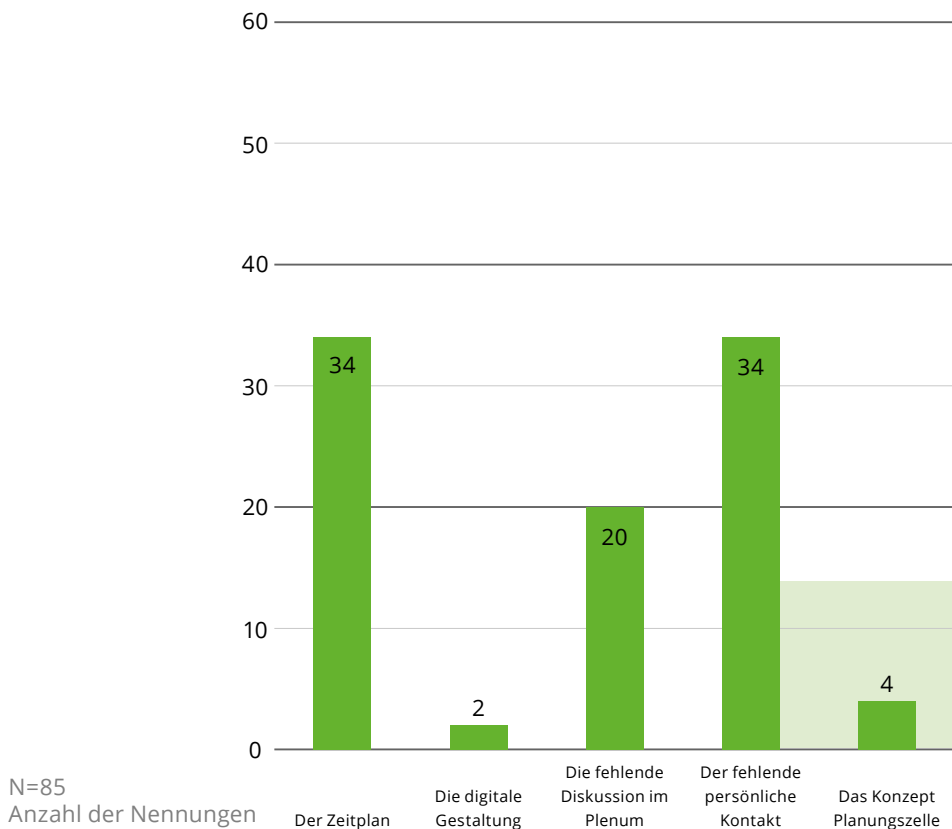
Besonders positiv wurde die Arbeit innerhalb der Kleingruppen bewertet. Diese fand, von der Moderation separiert, in eigenen digitalen Räumen statt. Die Teilnehmenden hatten so die Möglichkeit sich in Eigenverantwortung zu organisieren und zu arbeiten.

Sonstiges	Anzahl der Nennungen
Die vielfältige Zusammensetzung und die offene Diskussionsbereitschaft der Teilnehmenden	16
Das Thema grundsätzlich sowie der umfangreiche Informationsgewinn in einzelnen Bereichen	10
Freundliche und kompetente Begleitung durch die Moderation	7

Den Teilnehmenden gefiel besonders die Moderation und Betreuung sowie der Informationsgewinn, der im digitalen Format der Veranstaltung gut durch Präsentation unterschiedlicher Medien gestützt werden konnte.



Was hat Sie in den vergangenen vier Tagen besonders gestört?



Welche Themen fanden Sie unnötig?	Anzahl der Nennungen
Keine	13
Sonntagsruhe	10
Rituale	5
Klimawandel	4

Welche Themen haben Ihnen gefehlt?	Anzahl der Nennungen
Konkrete Thematisierung Institution Kirche selbst	7
Der eigene persönlich gelebte Glauben	4
Armut und Reichtum in Düsseldorf	3

Sonstiges	Anzahl der Nennungen
Unklare Fragestellung / Arbeitsaufträge	6
Coronabedingtes Online-Format	3
Fragestellung oder auch Vorträge scheinen auf bestimmte Antworten hinzuleiten	2

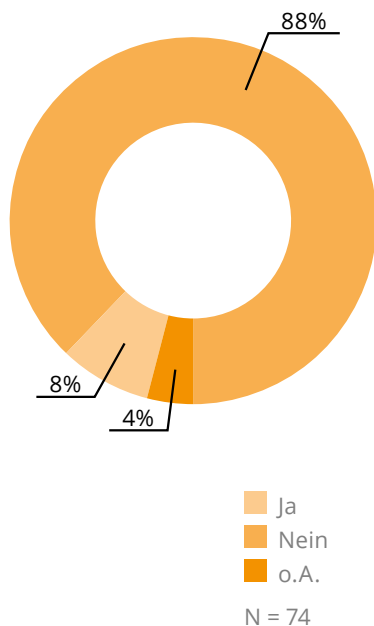
Welche Themen fanden Sie unnötig?	Anzahl der Nennungen
Keine	26
Diakonie	5
Verkündigung	4

Welche Themen haben Ihnen gefehlt?	Anzahl der Nennungen
Tiefere Behandlung des Glaubens / Spiritualität	9
Probleme innerhalb der Kirche	3
Mehr über die Finanzierung der Kirche	3

Der größte Störfaktor war für alle Teilnehmenden der fehlende persönliche Kontakt in dieser digitalen Ausführung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens. So waren zum Beispiel in den Pausen alle Teilnehmenden für sich und konnten sich so nicht zusätzlich austauschen.

Sonstiges	Anzahl der Nennungen
Bessere Einhaltung des Zeitplans und organisatorische Kommunikation	14
Persönlicher Kontakt hätte das Arbeiten erleichtert und wäre angenehmer	4
Kritik an Zusammenstellung der Teilnehmenden	3

Hatten Sie während der vier Tage Arbeit am Bürgergutachten jemals das Gefühl, dass man Sie manipulieren wollte?

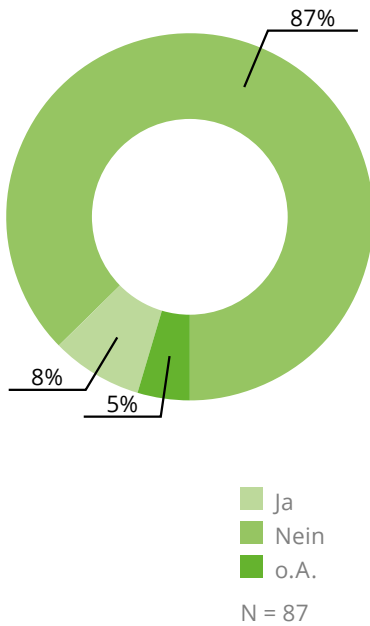


Wenn ja, wodurch, von wem und wie?	
PZ1	Sehr striktes Vorgehen, das in Verbindung mit der medialen Gestaltung manchmal zu disziplinierend wirkte Durch Gruppenmitglieder, aufgrund der ‚Persönlichkeitsstruktur‘ der einzelnen Gruppenmitglieder
PZ2	Durch die Moderation und Fragestellung, die durch spezielle Formulierungen oder Auslassen von Themen einen perspektivenreichen und meinungsvielfältigen Diskurs nicht ermöglichte
PZ4	Besonders durch die Dame der kirchlichen Einrichtung, die über die Sonntagsruhe sprach Durch die Auswahl der Redner und der Themen, aber auch durch die Art der Einladung, teilweise durch die Moderation

Was hat den Ausschlag gegeben, dass Sie sich für das Bürgergutachten angemeldet haben?

	Anzahl der Nennungen
Die Möglichkeit sich zu engagieren und zu partizipieren	37
Interesse am Verfahren Planungszelle	10
Interesse am Thema „Glaube in der Stadt“	7

N = 70



Wenn ja, wodurch, von wem und wie?	
PZ1	<p>Punkte, die während des Plenum aufkamen wurden nicht mehr aufgenommen. Ich finde auch diese Punkte sollten akzeptiert werden, da sie einem oft erst in der Diskussion in den Sinn kommen.</p> <p>Ich würde es nicht direkt Manipulation nennen, aber durch die Fragestellungen wurden die Diskussionen in eine bestimmte Richtung geleitet (was natürlich der Fragestellung entsprechen muss). Aber es wäre eine Art „Kreativer Freiraum“ geboten worden, wären sicherlich auch andere Schwerpunkte thematisiert worden.</p>
PZ2	<p>Ich habe mir unter dem Thema ‚Wie viel Glaube braucht die Stadt‘ etwas anderes vorgestellt. Wir haben zu lange über die Aufgaben der Diakonie geredet.</p>
PZ3	<p>evtl. offenere Ergebnisse durch offenere Fragestellung ich hätte mir gewünscht , das die Referate nach der Befragung gekommen wären.</p>
PZ4	<p>Explizite und richtungsleitende Fragen Teilweise waren die Fragen so formuliert, dass man sich geleitet gefühlt hat der Kirche „Honig ums Maul“ zu schmieren. Als wäre der eigentliche Arbeitsauftrag „Bitte texte uns etwas mit dem wir uns auszeichnen können.“</p> <p>Durch die Art wie die Themen der Vorträge gelegt waren. In einem Punkt war die Abstimmungsfrage fast identisch zum Vortag davor</p> <p>Die eigentliche Antwort wäre ein Jein. Manipulation ist das falsche Wort, aber der Vortrag zur Diakonie allgemein von Michael Schmidt war für die folgende Fragestellung sehr leitend (man hatte fast das Gefühl einer „richtig/falsch Antwort)</p>

	Anzahl der Nennungen
Bürgerschaftliches Engagement und politische Willensbildung	39
Informationsgewinn rund um das Thema Kirche und Stadt	16
Aufwandsentschädigung / Bildungsurlaub	12

N = 81

Welche Erwartungen hatten Sie am Anfang des Bürgergutachtens?

	Anzahl der Nennungen
Keine	21
Neue Sichtweisen kennenzulernen und selbst etwas zu lernen	12
Diskussion und Engagement in Bezug auf die Stadt Düsseldorf	12
Austausch über und Gestaltung von Aspekten der Kirche als Institution	10

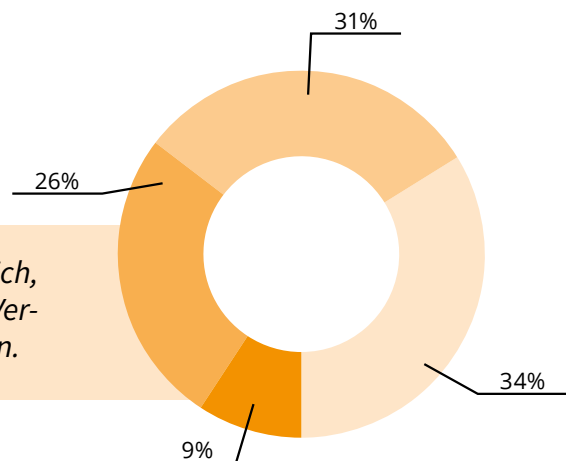
N = 67

Wurden diese Erwartungen erfüllt?

- Voll und ganz
- Mehrheitlich
- Teilweise
- Gar nicht

N = 65

Bei der Aufarbeitung der Ergebnisse wurde deutlich, dass die große Mehrheit der Erwartungen an dieses Verfahren voll und ganz oder mehrheitlich erfüllt wurden.



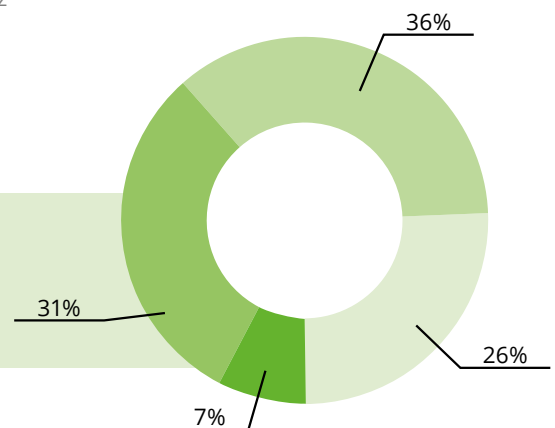
Welche Erwartungen wurden nicht erfüllt?

	Anzahl der Nennungen
Konkrete Handlungsempfehlungen für die Kirche	4
Offene Diskussion über das Wesen der Kirche im Allgemeinen	3
Die Zeit war oft zu knapp um tiefgreifend zu diskutieren	3

	Anzahl der Nennungen
Keine	29
Meinungsaustausch, Zusammenarbeit und unterschiedliche Perspektiven	19
Einblicke und Impulse zur Arbeit der evangelischen Kirche	10
Input und Behandlung spezifisch Düsseldorfer Themen	3

N = 80

- Voll und ganz
- Mehrheitlich
- Teilweise
- Gar nicht



Bei der Aufarbeitung der Ergebnisse wurde deutlich, dass die große Mehrheit der Erwartungen an dieses Verfahren voll und ganz oder mehrheitlich erfüllt wurden.

	Anzahl der Nennungen
Mehr Möglichkeiten / Zeit zur Diskussion, auch im Plenum	9
Bezug zum eigenen Glauben / Spiritualität war etwas knapp	6
Zusammenarbeit /-setzung der Gruppe hätte besser sein können	5

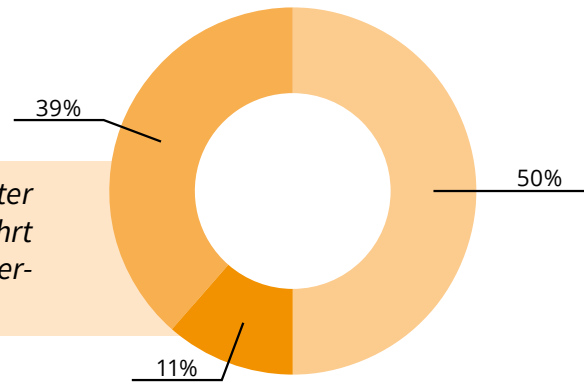
N = 77

Wenn Sie sich an die vier Tage zurückerinnern, welcher Aussage stimmen Sie zu?

- Ich habe viel Neues erfahren
- Ich habe einiges Neues erfahren
- Ich habe wenig Neues erfahren

N = 70

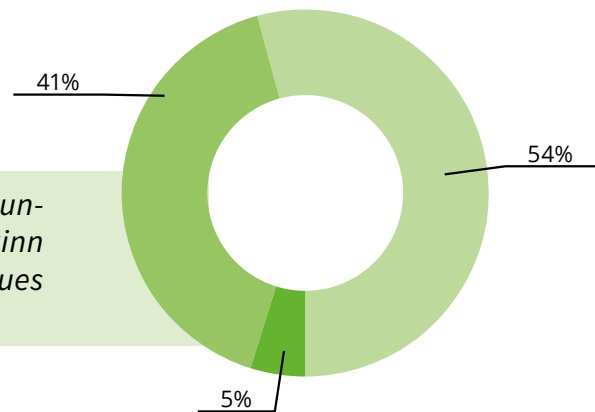
Das Ergebnis verdeutlicht, dass das Verfahren auch unter den Teilnehmenden zu einem langfristigen Gewinn geführt hat; knapp 90% gaben an einiges oder gar viel Neues erfahren zu haben.



- Ich habe viel Neues erfahren
- Ich habe einiges Neues erfahren
- Ich habe wenig Neues erfahren

N = 83

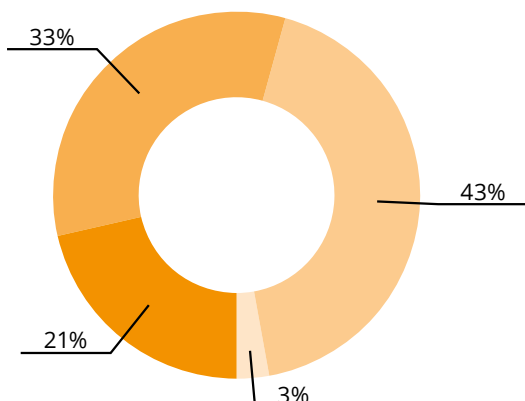
Das Ergebnis verdeutlicht, dass das Verfahren auch unter den Teilnehmenden zu einem langfristigen Gewinn geführt hat; 95% gaben an einiges oder gar viel Neues erfahren zu haben.



Hat sich Ihre Einstellung zum Thema in den vier Tagen verändert?

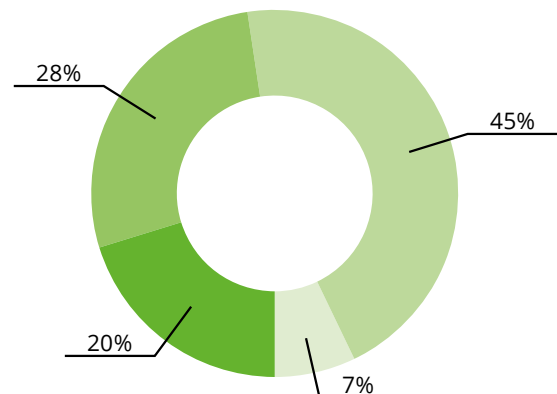
- stark verändert
- verändert
- kaum verändert
- gleich geblieben

N = 70



- stark verändert
- verändert
- kaum verändert
- gleich geblieben

N = 84



Was sind Ihrer Meinung nach die Stärken des Verfahrens Planungszelle?	Anzahl der Nennungen
Facettenreiche Vielfalt an Teilnehmenden	19
Austausch in angemessener Gruppengröße	11
Informationsorientierte und kreative Arbeitsweise	7

N = 58

Die am häufigsten genannte Stärke ist hier die Facettenreiche Vielfalt an Teilnehmenden. Ein weiteres Ziel des Konzepts der Planungszelle wird hiermit erreicht; die zufällige Auswahl der Bürger:innen soll eine realitätsnahe Ausgewogenheit abbilden.

Was sind Ihrer Meinung nach die Schwächen des Verfahrens Planungszelle?	Anzahl der Nennungen
Keine hundertprozentige Abbildung der Gesellschaft	10
Zu wenig Diskussion, Feinheiten gehen verloren	4
Kein Kontakt zu anderen PZs	3

N = 60

Was sind Ihrer Meinung nach die Stärken des Verfahrens Planungszelle?	Anzahl der Nennungen
Diversität der Teilnehmenden	17
Meinungsvielfalt durch Kleingruppenarbeit	15
Demokratischer / Bürgernaher Charakter spiegelt sich wider	8

Die am häufigsten genannte Stärke ist hier die Diversität der Teilnehmenden. Ein weiteres Ziel des Konzepts der Planungszelle wird hiermit erreicht; die zufällige Auswahl der Bürger:innen soll eine realitätsnahe Ausgewogenheit abbilden.

Was sind Ihrer Meinung nach die Schwächen des Verfahrens Planungszelle?	Anzahl der Nennungen
Zu wenig offene Diskussion im Plenum	9
Trotz des Losverfahrens nur mäßig divers	7
Unpräzise / Unklare Fragestellung	6

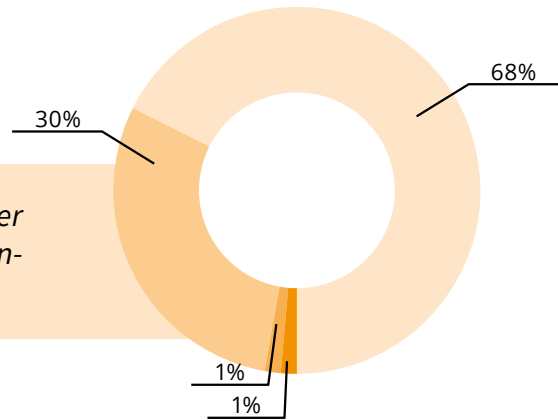
N = 80

Wie fühlten Sie sich in den Kleingruppen?

- immer wohl
- eher wohl
- eher unwohl
- immer unwohl

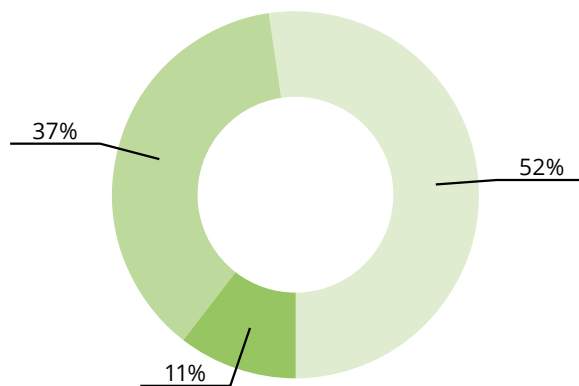
N = 71

Mit zusammen 98% gab der überwiegende Großteil der Teilnehmenden an, sich während der Arbeit in den Kleingruppen immer wohl oder eher wohl gefühlt zu haben.



- immer wohl
- eher wohl
- eher unwohl
- immer unwohl

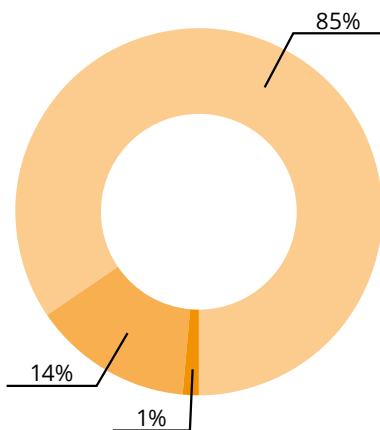
N = 86



Hatten Sie das Gefühl, angemessen in den Kleingruppen beteiligt gewesen zu sein?

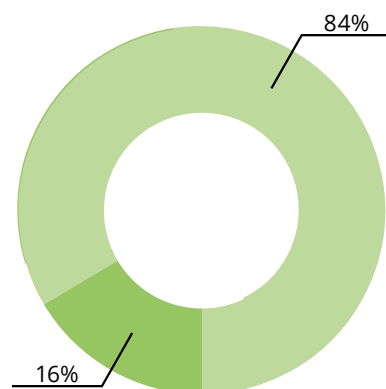
- ja
- teilweise
- nein

N = 71

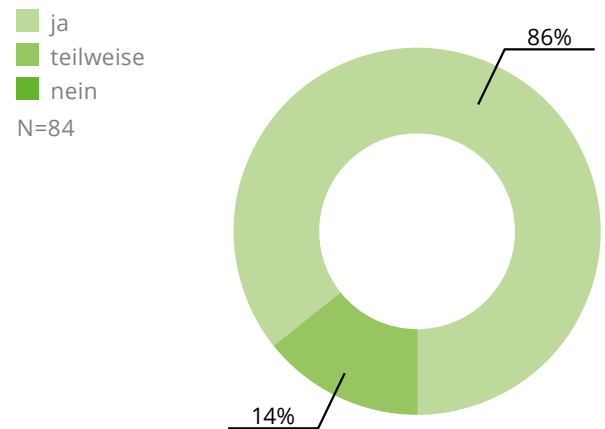
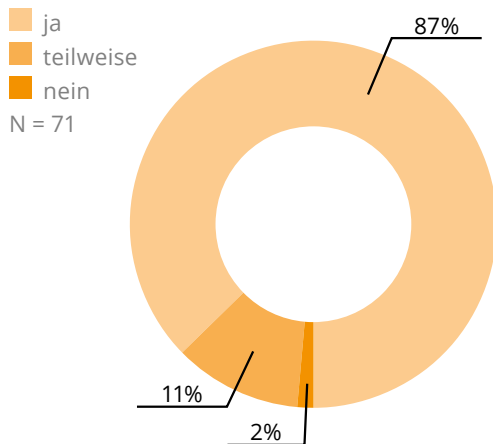


- ja
- teilweise
- nein

N = 85



Hatten Sie das Gefühl, dass Ihre Vorschläge innerhalb der Kleingruppe aufgenommen wurden?



Der positive Eindruck der Beteiligung in der Kleingruppenarbeit wird von der Einschätzung des eigenen Beitrags innerhalb der zufällig zusammengesetzten Kleingruppen gestärkt. Keiner der Teilnehmenden hatte den Eindruck, die eingebrachten Vorschläge würden nicht angemessen angenommen.

Frage zur digitalen Ausführung der Planungszelle mit der Software „Zoom“ und „PollUnit“

	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4	Ø
Benutzerfreundlichkeit der Software	1,8	2	1,6	1,4	1,7
Gestaltung der Softwareoberfläche	1,7	2,3	1,7	1,8	1,88
Gesamteindruck der Software	1,8	2,1	1,6	1,5	1,75
Umgang mit Webcam und Mikrofon	1,7	1,7	1,3	1,4	1,53

	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4	Ø
Benutzerfreundlichkeit der Software	1,7	1,7	1,6	1,3	1,58
Gestaltung der Softwareoberfläche	1,6	1,6	1,7	1,4	1,58
Gesamteindruck der Software	1,6	1,7	1,6	1,6	1,63
Umgang mit Webcam und Mikrofon	1,7	1,6	1,3	1,3	1,48

Durch die Besonderheit der erstmaligen digitalen Ausführung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens bewerteten die Teilnehmenden auch Fragen zur verwendeten Software, die die Planungszelle in dieser Form ermöglicht hat. Benotet wurde auch hier in Schulnoten von 1 bis 6.

**WIR WOLLEN
ES WISSEN**



[Zurück zum
Inhaltsverzeichnis](#)

Teilnehmendenstatistik

Die Teilnehmenden wurden in einem Zufallsverfahren durch das Einwohnermeldeamt Düsseldorf sowie den Evangelischen Kirchenkreis ausgewählt und postalisch dazu eingeladen, am Bürgerbeteiligungsverfahren mitzuwirken. Die zufällige Auswahl ist ein grundlegender Bestandteil des Verfahrens. Mit dieser soll sichergestellt werden, dass möglichst alle Bevölkerungsschichten berücksichtigt werden, sodass eine umfängliche Interessenvertretung möglich ist. Eingeladen wurden Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ab 14 Jahren, auch Personen mit Zweitwohnsitz und alle unabhängig von Staatsangehörigkeit. Zudem wurde jeweils eine Planungszelle in beiden Phasen mit jungen Menschen zwischen 14 und 28 Jahren besetzt.

Jeweils am Ende der vier Tage füllten die Teilnehmenden auf freiwilliger Basis einen anonymisierten statistischen Fragebogen aus. Dieser enthält Angaben zu ihrem Geschlecht, Alter, der ausgeübten Tätigkeit und ihrem erlernten Beruf, Bildungsabschlüssen, Haushaltsgröße, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund.

Im Folgenden werden die statistischen Daten aus Phase I und Phase II betrachtet. Da die unterschiedliche Zusammensetzung der Planungszellen eine wichtige Besonderheit in diesem Bürgergutachten darstellt, werden diese innerhalb der beiden Phasen getrennt aufgeführt.

Phase I

Von 81 Teilnehmenden füllten 73 den Fragebogen aus, was einem Anteil von 90% entspricht. Die Planungszellen werden in den graphischen Darstellungen abkürzend „PZ“ genannt. Die Anzahl der Teilnehmenden, die die einzelnen Fragen beantworteten, ist unter den jeweiligen Grafiken angegeben (N = Grundgesamtheit der Teilnehmenden), denn nicht immer wurden alle Fragen beantwortet.

Zusammensetzung:

Planungszelle 1	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren
Planungszelle 2	„städtisch-jugendlich“, Einwohnermelderegister, 14-28 Jahre
Planungszelle 3	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 4	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren

Phase II

Auch für die zweite Phase des Verfahrens wurde ein statistischer Fragebogen erstellt, der von den Teilnehmenden freiwillig ausgefüllt wurde. Die identischen Fragen bieten eine gute Vergleichbarkeit zur Phase I und geben auch hier Aufschluss über Geschlecht, Alter, der ausgeübten Tätigkeit, dem erlernten Beruf, den Bildungsabschlüssen, der Haushaltsgröße, Staatsangehörigkeit und dem Migrationshintergrund. Von 91 Teilnehmenden füllten 84 den Fragebogen aus, was einem Anteil von 92% entspricht. Die Anzahl der Teilnehmenden, die die einzelnen Fragen beantworteten, ist unter den jeweiligen Grafiken angegeben (N = Grundgesamtheit der Teilnehmenden).

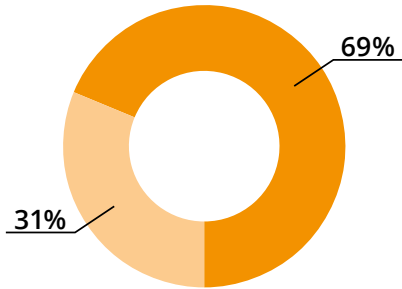
Zusammensetzung:

Planungszelle 1	„städtisch“, Einwohnermelderegister, ab 14 Jahren
Planungszelle 2	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 3	„evangelisch“, Kirchenregister, ab 14 Jahren
Planungszelle 4	„evangelisch-jugendlich“, Kirchenregister, 14 - 28 Jahre

Geschlecht

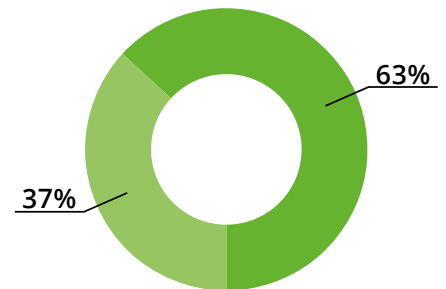
PZ 1

16 Personen:
■ Weiblich: 11
■ Männlich: 5



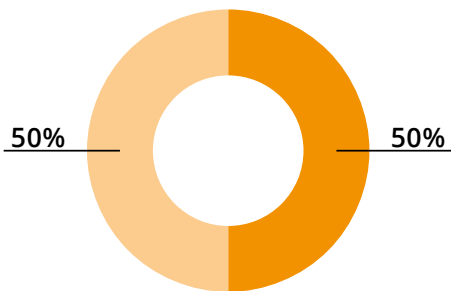
PZ 1

19 Personen:
■ Weiblich: 12
■ Männlich: 7



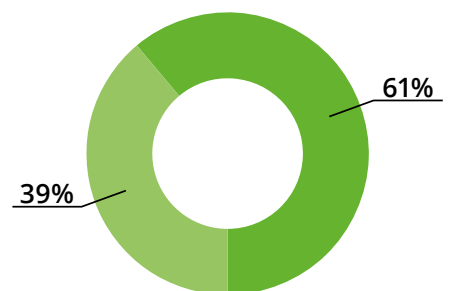
PZ 2

16 Personen:
■ Weiblich: 8
■ Männlich: 8



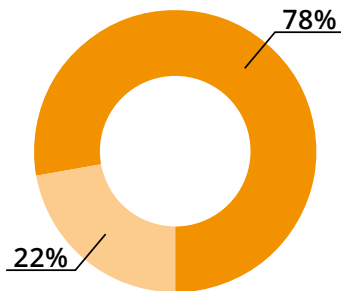
PZ 2

18 Personen:
■ Weiblich: 11
■ Männlich: 7



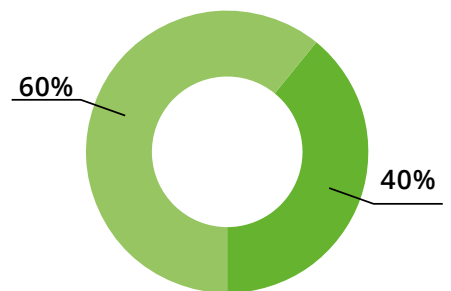
PZ 3

18 Personen:
■ Weiblich: 14
■ Männlich: 4



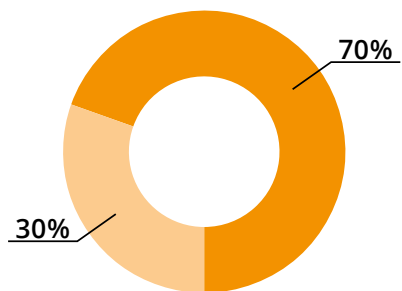
PZ 3

23 Personen:
■ Weiblich: 9
■ Männlich: 14



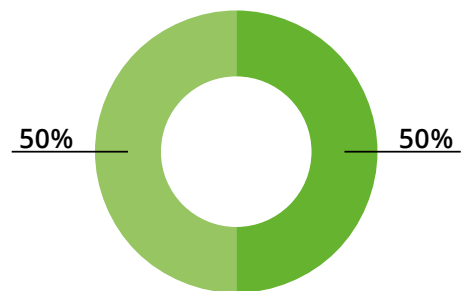
PZ 4

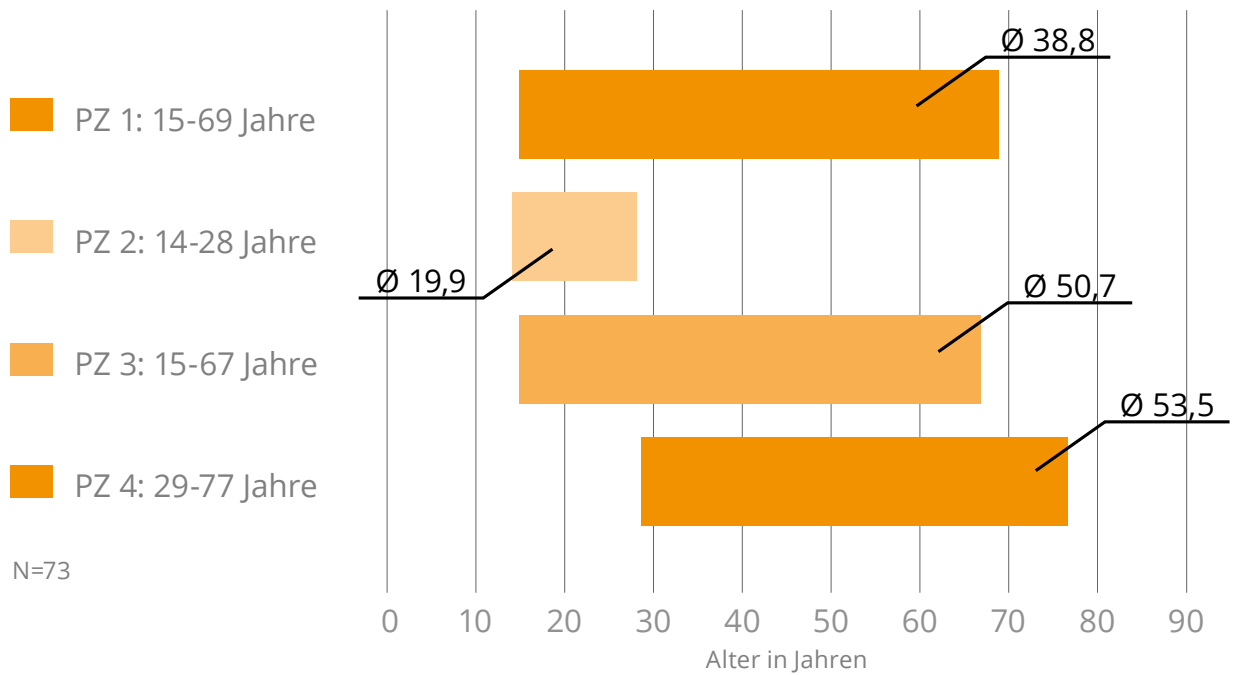
23 Personen:
■ Weiblich: 16
■ Männlich: 7



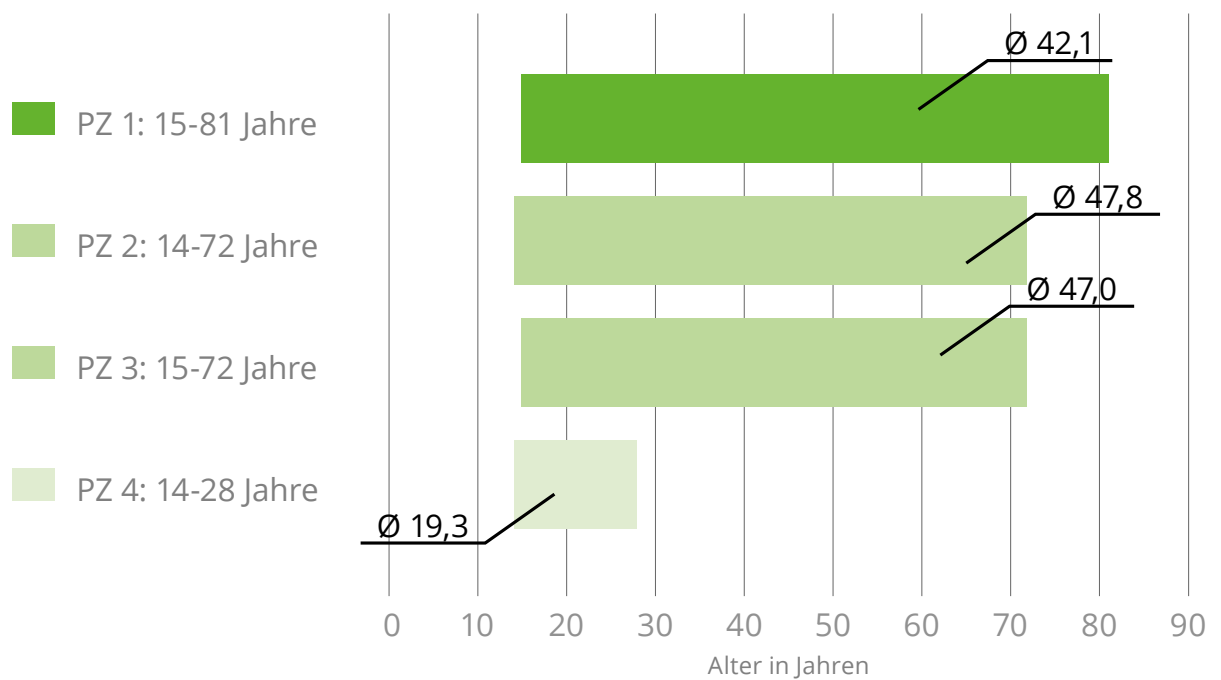
PZ 4

24 Personen:
■ Weiblich: 12
■ Männlich: 12





Die Planungszelle 2 wurde gezielt als Jugendgruppe konzipiert, deren Teilnehmende die ange-dachte Altersspanne von 14 – 28 Jahren in der Zelle vollständig abdeckten. Im Gegensatz dazu zeigt die Altersspanne in Planungszelle 4, dass hier die jüngste Person 29 Jahre alt war. In den beiden anderen Planungszellen reichte die Altersspanne von 15 bis 69 bzw. 67 Jahren. Auffällig ist der ver-gleichsweise jüngere Altersdurchschnitt in Planungszelle 1.

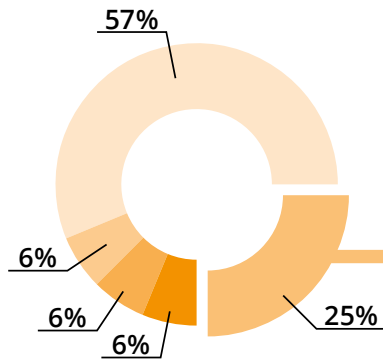


Die Planungszelle 4 wurde gezielt als Jugendgruppe konzipiert, deren Teilnehmende die ange-dachte Altersspanne von 14 – 28 Jahren in der Zelle vollständig abdeckten. In den drei anderen Planungszellen waren Teilnehmende von 14 bzw. 15 bis hin zu 72 bzw. 81 Jahren vertreten.

Staatsangehörigkeit

PZ 1

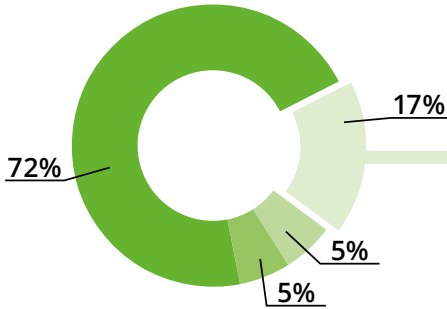
- Deutscher / (...)
- Niederländisch
- Griechisch
- Indisch
- Deutsch



- 1 Deutsch / Kasachisch
- 1 Deutsch / US-Amerikanisch
- 1 Deutsch / Italienisch
- 1 Deutsch / Portugiesisch

PZ 1

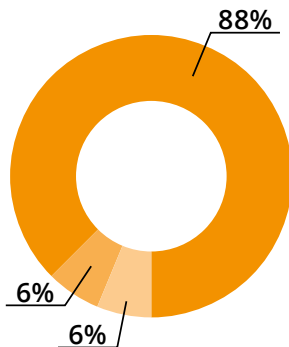
- Deutsch
- Chinesisch
- Portugiesisch
- Deutsch / (...)



- 1 Deutsch / Britisch
- 1 Deutsch / Moldawisch
- 1 Deutsch / Französisch

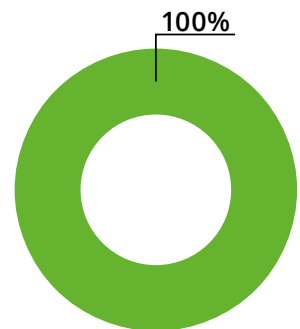
PZ 2

- Deutsch
- Turkmenisch
- Mazedonisch



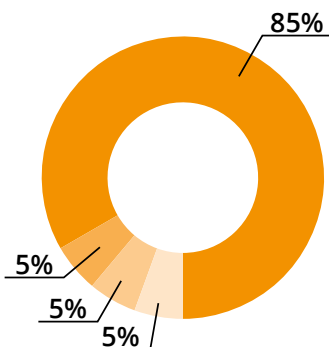
PZ 2

- Deutsch



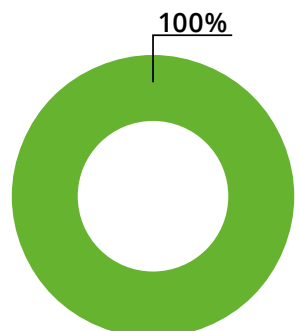
PZ 3

- Deutsch
- Schwedisch
- Iranisch
- o.A.



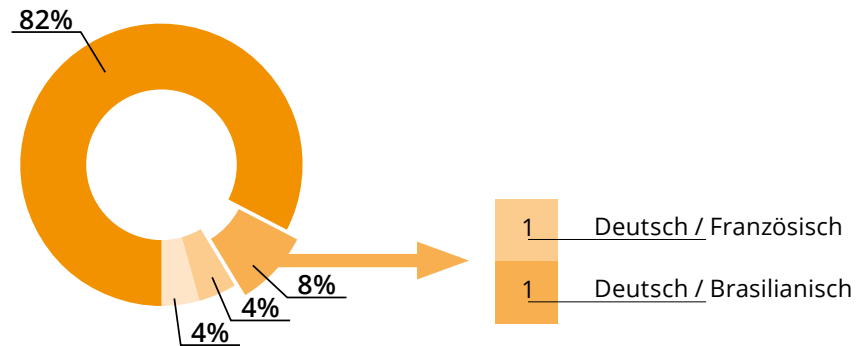
PZ 3

- Deutsch

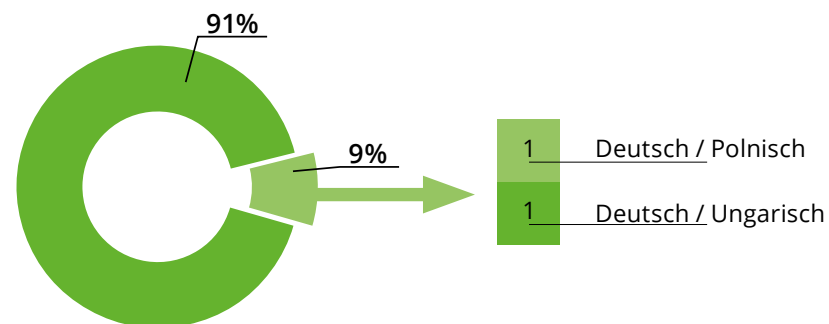


PZ 4

- Japanisch
- Ägyptisch
- Deutsch / (...)
- Deutsch

**PZ 4**

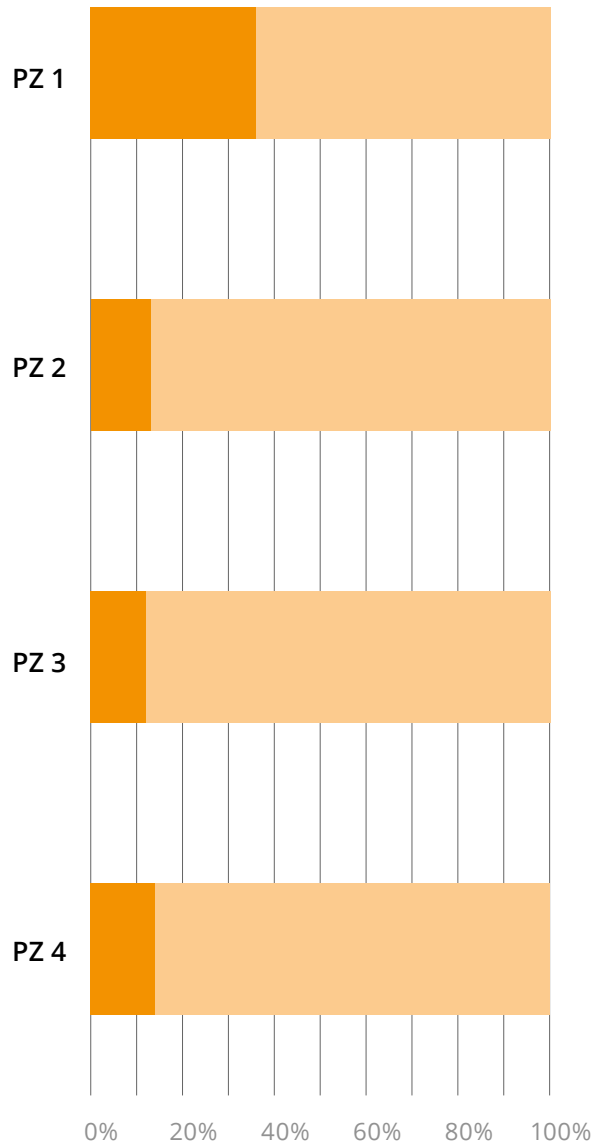
- Deutsch
- Deutsch / (...)



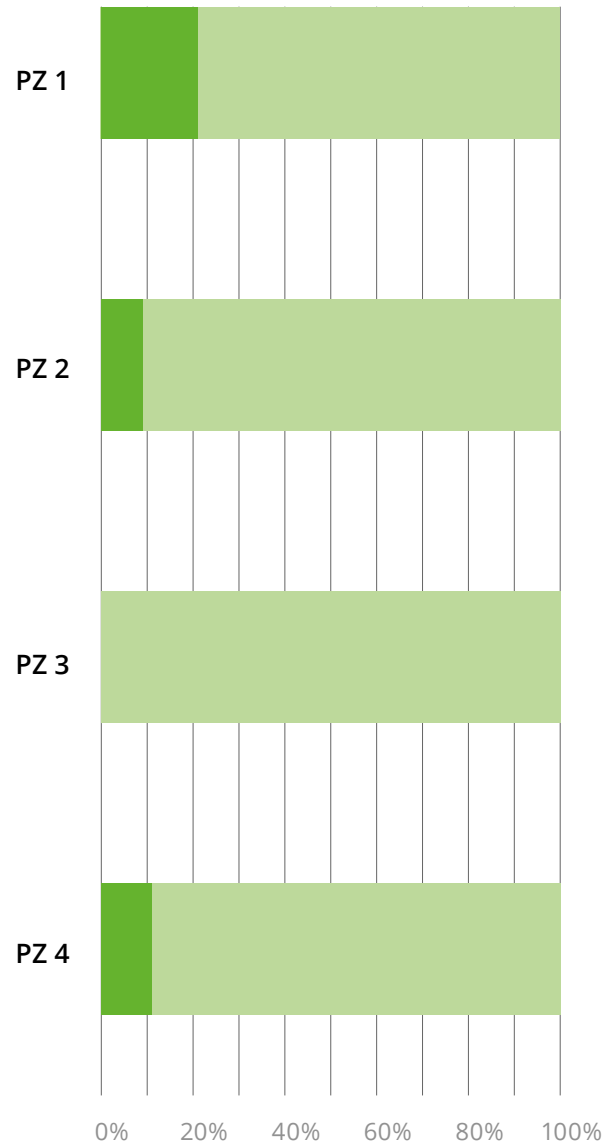
Von allen Teilnehmenden haben 79% nur die deutsche Staatsbürgerschaft. Besonders in Planungszelle 1 kam eine Vielfalt an Staatsbürgerschaften zusammen, unter anderem auch doppelte Staatsbürgerschaften, ähnlich wie in Planungszelle 4.

Knapp 92% aller Befragten haben nur die deutsche Staatsangehörigkeit, in Planungszelle 1 und 4 nahmen auch Personen mit anderer oder doppelter Staatsbürgerschaft teil.

Migrationshintergrund



■ mit Migrationshintergrund
■ ohne Migrationshintergrund
 N = 69



■ mit Migrationshintergrund
■ ohne Migrationshintergrund
 N = 83

In den Planungszellen 2 bis 4 gaben zwischen 12 und 14% der Befragten einen Migrationshintergrund an. In Planungszelle 1 gaben knapp 36% einen Migrationshintergrund an.

In der Planungszelle 1 gaben 21% der Teilnehmenden einen Migrationshintergrund an, in der Planungszelle 3 hingegen niemand. In Planungszelle 2 und 4 waren zwischen 9% und 11% der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund.

Seit wie vielen Jahren sind Sie in Düsseldorf zuhause?

Zeitraum in Jahren	Häufigkeit pro Planungszelle			
	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
1 bis 10	38%	19%	29%	30%
11 bis 20	38%	44%	24%	13%
21 bis 30	6%	38%	24%	13%
31 bis 40	13%	-	-	13%
41 bis 50	6%	-	6%	4%
51 oder mehr	-	-	18%	26%

N = 69

In Planungszelle 1 gaben die meisten Personen an seit maximal 20 Jahren in Düsseldorf zu wohnen. In Planungszelle 2 fallen die Angaben durch die Altersbeschränkung für diese Zelle naturgemäß niedrig aus. In den Planungszellen 3 und 4 waren die Angaben über alle Zeitanlagen in etwa verteilt. Mehr als ein Viertel der Teilnehmenden lebt seit mindestens 11 Jahren in Düsseldorf und fast ein Fünftel seit über 20 Jahren. Die kürzeste angegebene Wohndauer ist 1 Jahr, die längste ist 72 Jahre.

Zeitraum in Jahren	Häufigkeit pro Planungszelle			
	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
1 bis 10	32%	17%	32%	25%
11 bis 20	26%	33%	9%	67%
21 bis 30	21%	11%	9%	8%
31 bis 40	-	17%	14	-
41 bis 50	11%	6%	9%	-
51 oder mehr	11%	17%	27%	-

N = 83

In Planungszelle 1 gab mehr als die Hälfte der Teilnehmenden an, zwischen 1 und 20 Jahren in Düsseldorf zu wohnen. Unter den Teilnehmenden der Planungszelle 3 hingegen wohnen 50% seit mindestens 30 Jahren in Düsseldorf. In Planungszelle 4 fallen die Angaben durch die Altersbeschränkung naturgemäß niedrig aus. Aus der gesamten Phase II ist die kürzeste angegebene Wohndauer 1 Jahr, die längste ist 72 Jahre.

Ausgeübte Berufe

(alle Planungszellen; doppelt genannte Berufe sind nur einmal abgedruckt)

Abteilungsleitung	IT Consultant	Reiseverkehrskauffrau
Personalmanagement	IT Service Manager	Rentner:in
Angestellte	Journalistin	Sales Manager
Anwendungsentwickler	Künstlerin	Schüler:in
Arbeitssuchend	Kunsttherapeutin	Schulsozialarbeiterin
Architektin	Lehrer:in	Selbständig
Auszubildende:r	Media Beratung	Sozial/Medienpädagogik
Beamter	Notfallsanitäter in Ausbildung	Sozialarbeiterin
Bürokauffrau	Personalentwicklung	Stadtinspektorin
Chemiker	Personalleitung	Student:in
Dipl. Betriebswirtin	Pharmazeutisch-technische	Versicherungsangestellte
Diplompädagogin	Assistenz	Verwaltungsleiter
Dolmetscherin	Polizeibeamter	Wirtschaftsprüferin
Energiekostenberater	Promovierende	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Geschäftsführende Gesellschafterin	Referentin Wissenschaftliche	
Hausfrau	Weiterbildung	

Erlernete Berufe

(alle Planungszellen; doppelt genannte Berufe sind nur einmal abgedruckt)

Architektin	Industriekauffrau, Kommunika-	Psychologin
Ärztin / (Krankenschwester)	tionswissenschaftlerin	Rechtsanwaltsgehilfin
Bankkaufmann	Ingenieur	Regieassistentin
Chemiker	Journalistin	Reiseverkehrskauffrau
Dipl. Betriebswirtin,	Judaistik, Historikerin,	Rettungssanitäter
Heilpraktikerin	Stadtinspektorin	Schauwerbegestalterin,
Dipl. Ing. Elektrotechnik /	Juristin	Mediengestalterin, Lehramt
Nebenamtlicher Kirchenmusiker	Kauffrau f. Bürokommunikation,	Sek 1 an Realschulen
Dipl. Kauffrau	Staatl. anerkannte Diätassistentin	Sozialarbeit / Sozialpädagogik
Dipl. Kaufmann	Keinen	Sozialarbeiterin
Dipl. Kunsttherapeutin	Krankenschwester	Technische Assistentin
Dipl. Pädagogik	M.A. Philologie, technische	Verlagskaufmann,
Dipl. Pädagogin	Übersetzerin, staatlich	Diplom-Sozialpädagoge
Dipl. Verwaltungswirtin	geprüfte Übersetzerin	Verwaltungsfachwirtin
Dipl. Mathematiker	Mediengestalter Digital & Print	Werbekauffrau, Promotion
Energieanlagenelektroniker	Personalentwicklung /	Germanistik
Erzieher, Dipl. Sozialpädagogik	Psychologe	Wirtschaftsprüferin
Erzieherin, Betriebswirtin	Pharmazeutisch-technischer	Zahnarzthelferin
Fachinformatiker	Assistent	Zahnmedizinische
Systemintegration	Politologe	Verwaltungsangestellte
Fernmeldetechniker, Betriebsrat	Polizeibeamter	
Geschäftsführer einer GmbH	PR-Redakteurin	

Ausgeübte Berufe

(alle Planungszellen; doppelt genannte Berufe sind nur einmal abgedruckt)

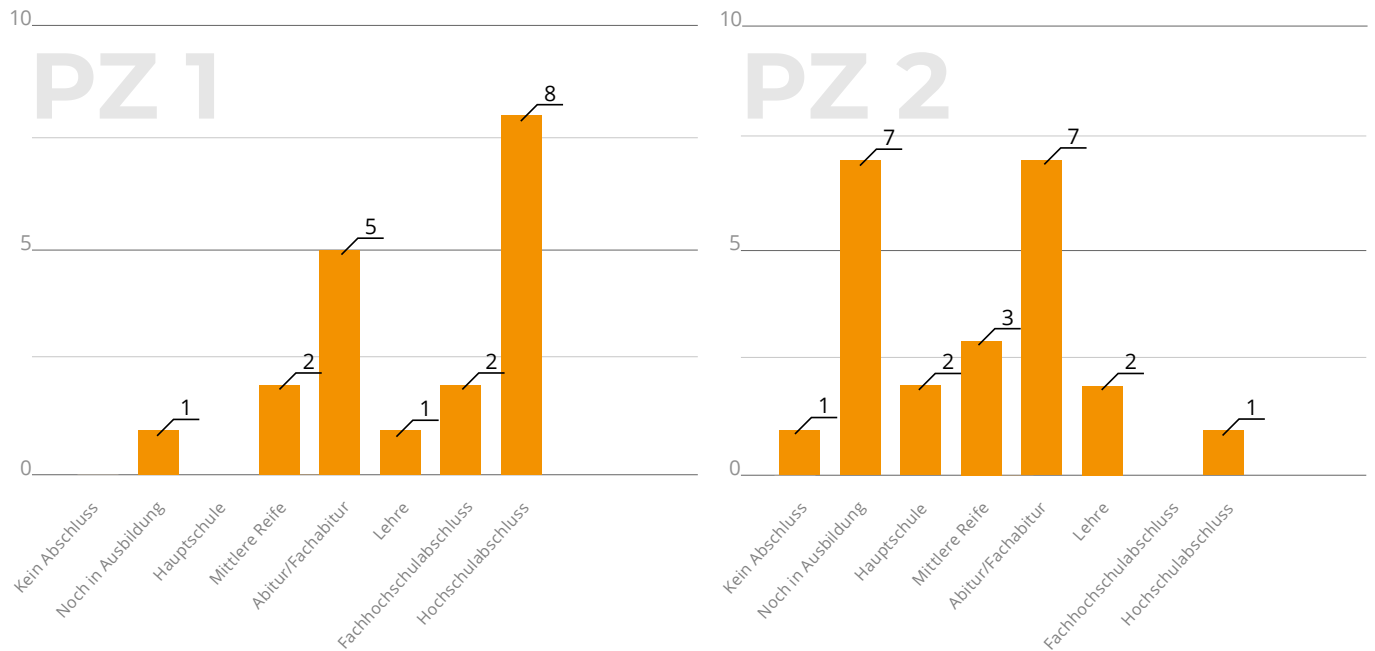
Arbeitsuchend	Kaufmann	Selbständig
Architekt	Legal Engineer	Softwareentwickler/
Ausbildungssuchend	Lehrer	Unternehmensberater
Bäckermeister	Marketing Managerin	Student:in
Bankangestellter	Medizinische Pflege	Studienberatung
Beam:t:in	Minijob	Szenografin
Betriebswirt	Pensionärin	Tennislehrer
Bibliothekar:in	Praktikant	Trainee in technischer Redaktion
Doktorandin der Medizin	Psychotherapeutin	Unternehmensberater
Einzelhandelskaufmann	Rechtsreferendar:in	Vorruhestand wegen Krankheit
Fachberater Außendienst	Redakteurin	Zerspanungsmechaniker
Führungskräfte-/Teamentwicklerin	Rentner:in	
Hausfrau	Rentnerin mit Minijob	
Hartz IV Empfänger	Schüler:in	

Erlernete Berufe

(alle Planungszellen; doppelt genannte Berufe sind nur einmal abgedruckt)

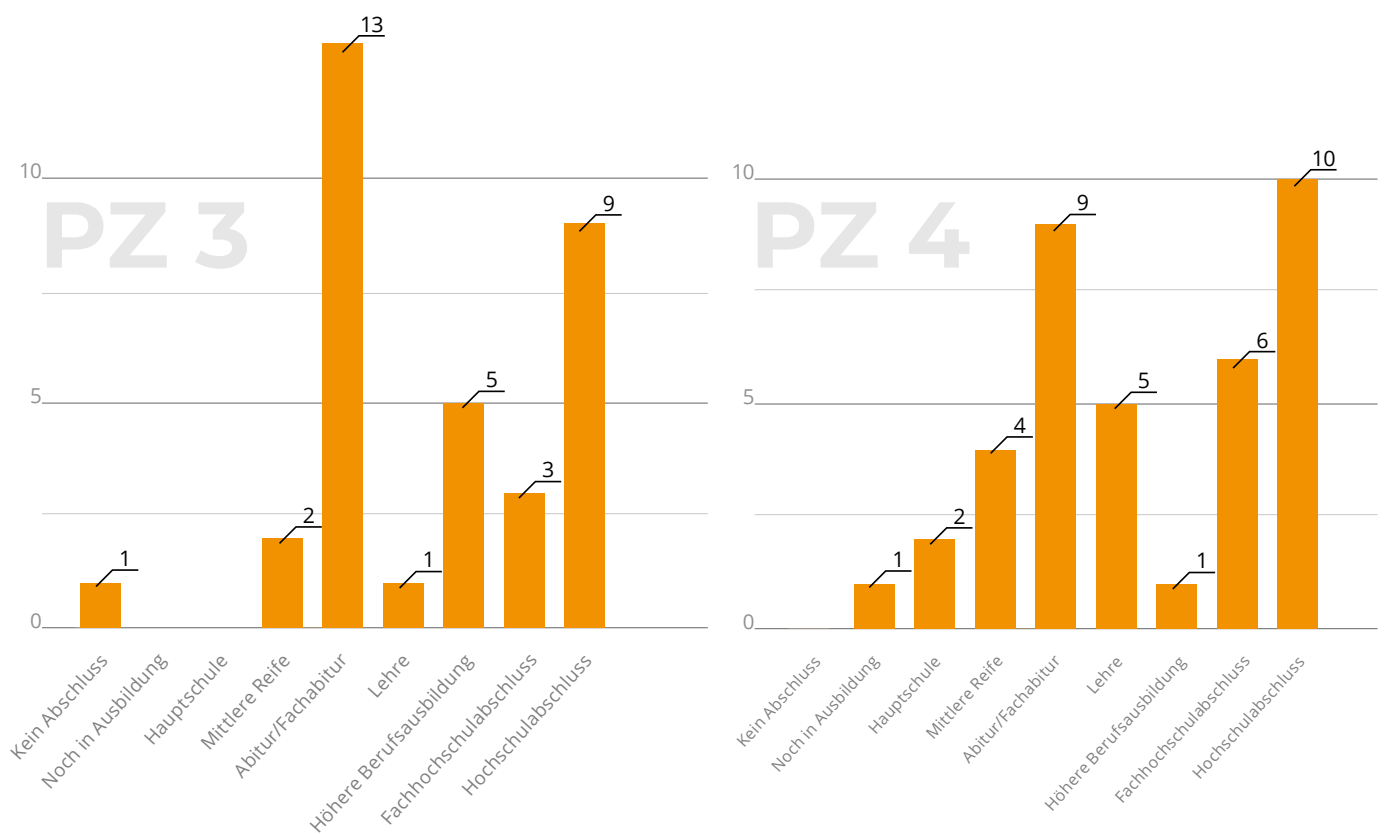
Ärztin, Bsc. Physik	Dipl. Volkswirt	Maler-Lackierer
Assessor jur.	Einzelhandelskauffrau, Buch-hal- terin, Berufsberaterin	Mathematiker
Außenhandelskaufmann	Einzelhandelskaufmann	MSc. Betriebswirtschaft
Ba. Kunstgeschichte Philosophie	Erzieherin	Redakteurin
Bäckermeister	Fitnessökonom und Gymmanager	Sales Engineering and Product Management
Bankfachwirt	Friseurin (Meister)	Sozialarbeiter
Bankkaufmann	Grundschullehrer	Studienrat / 2. Staatsexamen
Bauingenieur, Pflegehilfskraft	Industriekaufmann	Tennislehrer
Beamter, Fitnesstrainer	Ingenieur in technischer Redak- tion & Medienmanagement	Verwaltungsangestellte/ Finanzbuchhalterin
Bibliothekar:in	Jura	Volkswirt
Cutterin	Justizangestellte	Zerspanungsmechaniker, Speditionskaufmann, Netzwerktechniker
Dipl. Betriebswirt	Kauffrau, Schülerinstruktion	
Dipl. Juristin	Keinen	
Dipl. Politologin und MSc. Super- vision	Krankenpfleger, Architekt mit Ver- tiefung Städtebau	
Dipl. Psychologin, Psychothera- peutin	Lehrerin	
Dipl. Rechtspflegerin		

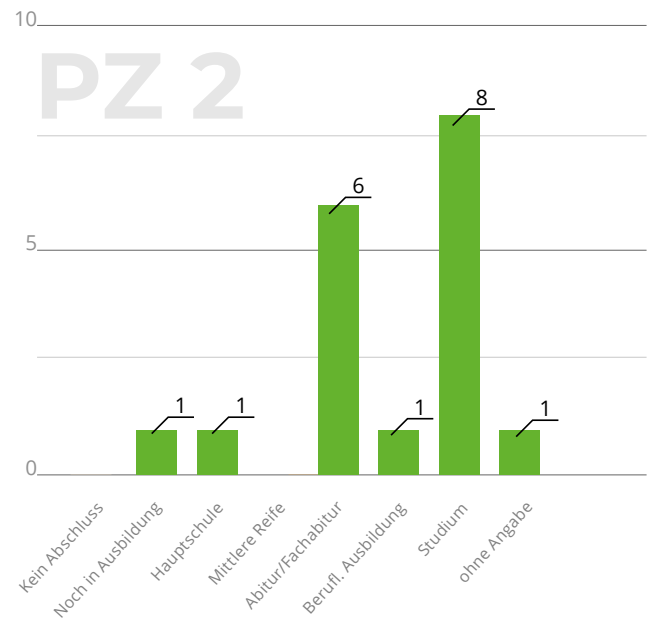
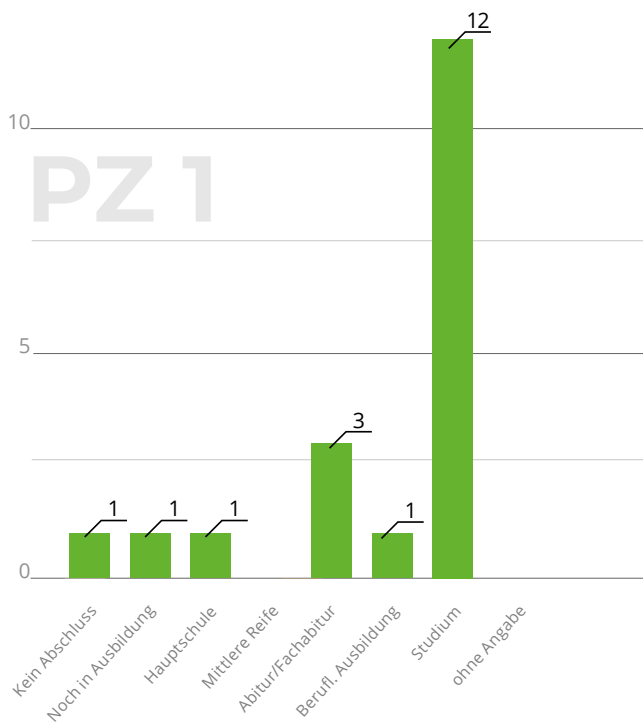
Höchster formaler Bildungsabschluss (mehr als eine Angabe möglich)



In den Planungszellen waren unterschiedliche Bildungsabschlüsse vertreten. In Planungszelle 2 waren aufgrund der Altersstruktur mehr Teilnehmende, die sich noch in Ausbildung befinden. In Planungszelle 1 und 3 hatte keine Person einen Hauptschulabschluss und nur eine Person war noch in Ausbildung in Planungszelle 1. Auffällig ist der hohe Anteil der Menschen mit Abitur/Fachabitur und Hochschulabschlüssen in den drei Planungszellen ohne Altersobergrenze.

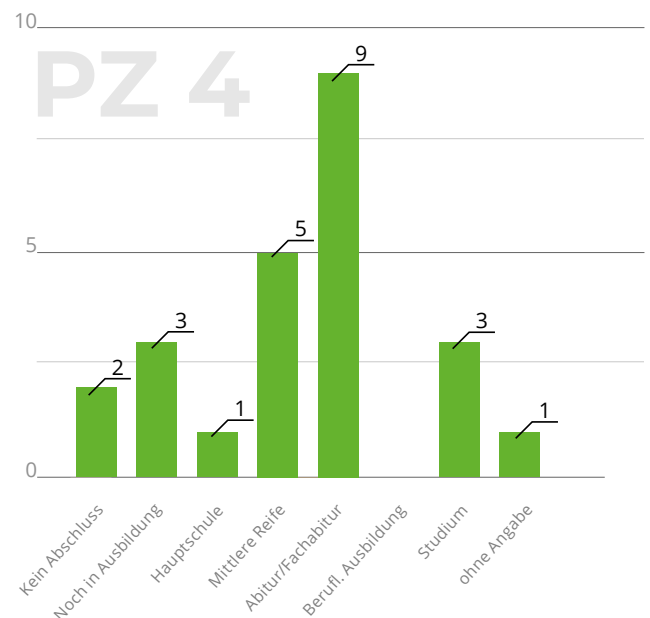
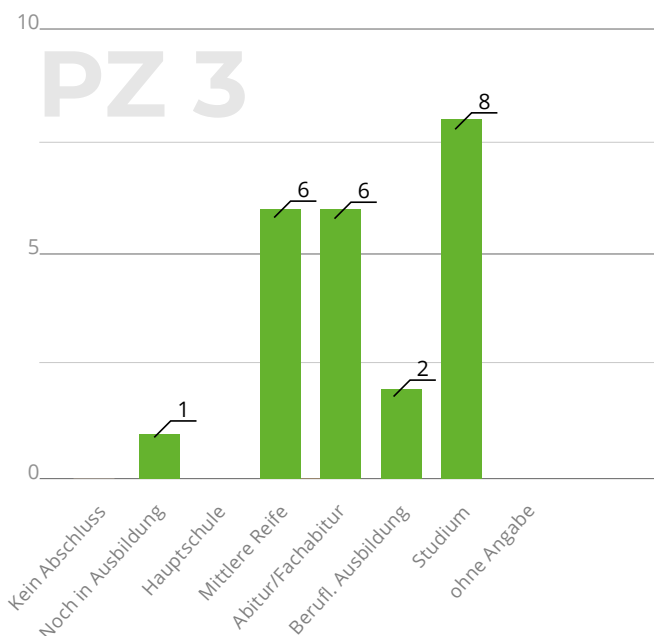
N = 72, Mehrfachnennung möglich





Auch in Phase II sind Personen mit Abitur und Studium als höchstem Bildungsabschluss relativ häufig vertreten. Wenig vertreten sind Personen mit Hauptschulabschlüssen oder beruflicher Ausbildung. Etwas mehr Teilnehmende haben einen Realschulabschluss in PZ 3 und PZ 4. Letztere Planungszelle hat auch den höchsten Wert der Personen noch in Ausbildung, was sich mit der begrenzten Altersstruktur und dem niedrigeren Altersdurchschnitt erklären lässt.

N = 82



Haushaltsgröße der Teilnehmenden

Unterschiedliche Haushaltsgrößen der Teilnehmenden waren in allen Planungszellen ungefähr gleichmäßig verteilt, mit Ausnahme der Zweipersonenhaushalte in Planungszelle 1 und 4, die hier stärker hervortreten. In 38% aller in den Planungszellen vertretenen Haushalte leben zwischen ein und fünf Kinder.

Personenanahl	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
1	2	3	5	3
2	7	2	5	10
3	3	5	4	3
4	3	3	2	5
≥ 5	1	2	1	2
Haushalt mit Kind(ern)	7	7	5	8

N = 71

In den Planungszellen 1, 2 und 3 gaben die meisten Teilnehmenden an in einem Zweipersonenhaushalt zu leben, während in der Jugendplanungszelle (PZ 4) am häufigsten ein Vierpersonenhaushalt angegeben wurde. Darüber hinaus leben in 29% der vertretenen Haushalte aller Planungszellen zwischen ein und drei Kinder.

Personenanahl	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
1	1	3	7	0
2	10	9	13	5
3	4	5	3	5
4	4	1	0	11
≥ 5	0	0	0	2
Haushalt mit Kind(ern)	5	4	1	14

N = 83

Vereins-/Parteiangehörigkeit

Die Fragestellung zielte explizit auf eine Vereins- oder Parteimitgliedschaft ab. Aus allen Planungszellen beantworteten insgesamt nur 22 Personen diese Frage. Während einige der Teilnehmenden gleichmäßig verteilt in allen Planungszellen Mitglied eines Vereins und dort auch aktiv sind, waren nur in Planungszelle 1 und 3 auch Parteimitglieder vertreten.

	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
Im Verein Mitglied	2	3	5	3
Im Verein aktiv	7	2	5	10
In Partei Mitglied	3	5	4	3
In Partei aktiv	3	3	2	5

Die Fragestellung zielte explizit auf eine Vereins- oder Parteimitgliedschaft ab, sodass aus allen Planungszellen insgesamt nur 40 Personen diese Frage beantworteten. In Planungszelle 4 gaben mit 11 Personen die meisten Teilnehmenden eine Vereinsmitgliedschaft an. Eine Parteimitgliedschaft gaben insgesamt lediglich vier der Befragten an, fünf Personen engagieren sich aktiv in einer Partei.

	PZ1	PZ2	PZ3	PZ4
Im Verein Mitglied	7	6	8	11
Im Verein aktiv	6	5	5	9
In Partei Mitglied	1	2	1	0
In Partei aktiv	1	2	1	1



